Theobald Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor

Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor

Konteradmiral a. d. Robert A. Theobald, U. S. N.

Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor

Washingtons Anteil an dem japanischen Angriff

Mit ergänzenden Vorworten von

Konteradmiral a. D. Husband E. Kimmel, U. S. N.

Flottenadmiral William F. Halsey, U. S. N.

SCHNITTER-PUBLISHING-HOUSE · NEW YORK (N. Y. - USA)

1963

Copyright for the American Edition:
„The Final Secret of Pearl Harbor"
by The Devin-Adair Company Publishers, New York
Copyright for the German Edition:
„Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor"
by „Schnitter-Publishing-House", New York, 1963
Vertrieb: Schnitter-Verlag G.m.b.H., Berlin
Gesamtherstellung: E. Goltze KG., Göttingen

Inhaltsverzeichnis

Teil III

Teil IV

Vorwort des Admiral Kimmel

Konteradmiral Theobalds Nachforschungen haben ihn zu dem Schluß geführt, daß wir in Pearl Harbor unvorbereitet gewesen sind, weil die Pläne des Präsidenten Roosevelt es bedingten, daß die Flotte in Hawai mit keinem Wort oder Hinweis alarmiert würde. Er hat eine lesenswerte, bündige und überzeugende Beweisführung gegeben für seine Schlußfolgerungen über den Plan des Präsidenten Roosevelt und die Einzelheiten seiner Durchführung. In meiner Anschauungswelt kann ich keine Gründe finden, die die Entwicklung und Durchführung eines solchen Planes rechtfertigen könnten. Auch für die hochgestellten Persönlichkeiten in Washington, die sich bereitwillig dazu hergaben, eine Alarmierung unserer Streitkräfte in Pearl Harbor zu unterlassen, sollte es keine Entschuldigung geben.

Die Befehlshaber in Pearl Harbor erhielten niemals Kenntnis vom Wortlaut oder auch nur eine summarische Wiedergabe der amerikanischen Note, die dem japanischen Botschafter am 26. November 1941 übergeben wurde, dieser Note, die allen weiteren Verhandlungen ein Ende machte, so daß der Krieg im Pazifik unvermeidlich wurde. Sie bekamen auch niemals Kenntnis davon, daß die Vereinigten Staaten den Engländern für den Fall eines japanischen Angriffs bewaffnete Unterstützung zugesichert hatten. Die Tatsache einer solchen Zusage wurde erst in der Untersuchung durch den Kongreß 1946 enthüllt. Während der letzten drei Monate vor dem Angriff wurden mir verschiedene Abhörberichte nebensächlicher japanischer Sendungen zugeleitet, aber eine große Zahl lebenswichtiger Nachrichten, die Klarheit über die japanischen Absichten brachten, wurden den kommandierenden Offizieren in Pearl Harbor vorenthalten, im besonderen: Die telegrafischen Meldungen aus Honolulu nach Tokio über die genauen Liegeplätze der Schiffe in Pearl Harbor; den Telegrammwechsel Tokio-Botschaft Washington, der einen ultimativen Schlußtermin für eine befriedigende Verständigung auf der Washingtoner Konferenz setzte, andernfalls die Dinge zwangsläufig ihren Gang nehmen würden.

Ebensowenig wurden den Kommandostellen des Heeres und der Marine in Hawai irgendwelche Andeutungen gemacht über die aufgefangenen, ent-

schlüsselten und den verantwortlichen Stellen in Washington am 6. und 7. Dezember 1941 zugeleiteten entscheidenden japanischen Nachrichten.

Admiral Theobald war Chef der Zerstörer beim Schlachtgeschwader und befand sich auch während des japanischen Angriffs in Pearl Harbor. Er unterstützte mich und war zugegen, als ich meine Aussage vor der Roberts-Kommission machte. Seine Ausführungen stützen sich auf persönliche Kenntnis sowohl über das Vorgehen dieser Kommission als auch über die Ereignisse, die dem Angriff auf die Flotte vorangingen.

New London, Conn.
Dezember 1953

Husband E. Kimmel
Konteradmiral a. D., USA

Vorwort des Admirals Halsey

Admiral Theobalds Buch belegt die Ergebnisse seiner sorgfältigen Untersuchungen mit einem großen Aufwand dokumentarischer Beweise. Einerlei, ob man mit einzelnen oder allen seinen Folgerungen übereinstimmt, ist es Pflicht jedes Amerikaners, der sich den Glauben an Anstand und Ehrenhaftigkeit bewahrt hat, von diesem Buch Kenntnis zu nehmen. Jeder mag es mit offenen Sinnen lesen und danach zu seinen eigenen Schlüssen kommen. Für mein Urteil kommt es jedenfalls der Wahrheit über die Katastrophe von Pearl Harbor näher als irgend eine andere Veröffentlichung, die ich darüber gelesen habe.

Ich war zu dieser Zeit einer der drei rangältesten Admirale der Pazifikflotte unter Admiral Kimmel. Ich bin sicher, daß er mich über alle Informationen auf dem Laufenden erhielt, die er selber bekam. Mit Bestimmtheit kann ich sagen, daß ich von den laufend entschlüsselten geheimen japanischen Meldungen (»magic messages«[1]) keine Kenntnis hatte. All das uns vorliegende Nachrichtenmaterial deutete auf einen japanischen Angriff auf die Philippinen, die südlichen Gebiete von Malakka oder Niederländisch-Indien hin. Obgleich Pearl Harbor eine wesentliche Rolle in dem aufgefangenen Nachrichtenmaterial spielte, deuteten die uns zugänglich gemachten Nachrichten nur in andere

[1] Wegen der Bedeutung von »magic« siehe Teil II. D. Übers.

Richtung. Hätten wir eine Ahnung gehabt von dem ständigen Interesse der Japaner für die genauen Liegeplätze unserer Schiffe in Pearl Harbor und für ihre Bewegungen, wie dies aus den »Magic messages« hervorging, dann wäre es selbstverständlich gewesen, unser ganzes Interesse darauf zu richten, wie wir einem Angriff zu begegnen hätten. Ich bin vollkommen sicher, daß ich dann gegen die Verlegung eines Teils meiner Kampfgruppe nach der Wake-Insel Ende November/Anfang Dezember protestiert haben würde. Ebenso sicher bin ich aber auch, daß ein solcher Protest nicht nötig geworden wäre, weil Admiral Kimmel diese Bewegung unter keinen Umständen befohlen hätte, wenn er über die wirkliche Lage unterrichtet gewesen wäre. Mein Flaggschiff war damals die »Enterprise«, einer der beiden Flugzeugträger im Pazifik. Der zweite war die »Lexington« von der Gruppe unter Konteradmiral Newton. Der dritte und letzte Träger der Pazifikflotte, die »Saratoga«, befand sich an der amerikanischen Westküste zur periodischen Überholung.

Ganz besonders litten wir unter dem Mangel an Aufklärungsflugzeugen großer Reichweite. An Heeresflugzeugen waren nur solche des Typs B-18 vorhanden, langsame Kurzstreckenflugzeuge und für die Aufklärung über See völlig ungeeignet. Von den PBY-Seeaufklärern der Marine — gute alte, langsame und schwerfällige Arbeitspferde — waren zu wenige verfügbar, um die ganzen 360 Grad des Horizonts ständig überwachen zu können, ohne Personal und Material völlig zu verschleißen. Noch dazu waren wir durch die uns übertragene Ausbildung von Personal für Flugzeuge dieses Typs im Atlantikdienst überlastet. Dies im Verein mit der Verlegung des vierten Trägers, der »Yorktown«, nach der atlantischen Station war eine weitere Schwächung unserer schon so beschränkten Hilfsmittel.

Trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß diese Überwachung über die vollen 360 Grad bei Kenntnis der »magic messages« angeordnet und bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit von Mensch und Material durchgeführt worden wäre.

Ich habe Admiral Kimmel und General Short zu jeder Zeit als hervorragende Offiziere angesehen, die hier den Wölfen als Sündenbock vorgeworfen wurden für Dinge, die außerhalb ihrer Kontrolle lagen. Sie mußten mit dem operieren, was ihnen an Ausrüstung und Informationen zur Verfügung stand. Sie sind ausgesprochene militärische Märtyrer.

Fishers Island, N.Y.
September 1953

William F. Halsey
Flottenadmiral, U.S.Navy

Da der Autor den Angriff auf Pearl Harbor selbst mitgemacht hat und vor der Robert-Kommission[2] zusammen mit Admiral Husband E. Kimmel gestanden hat, als dieser seine Aussagen machte, hat er immer nach einer erschöpfenden Erklärung der Hintergründe gesucht, die dieses Ereignis möglich gemacht haben. Lange Jahre hindurch hat er alle erreichbaren Beweisstücke gesammelt und zu einem Bilde zusammengefügt, die Licht auf die Ereignisse in Washington in Verbindung mit diesem Angriff werfen konnten. Diese Nachforschungen erbrachten sichere Schlüsse über die Art, in der die Strategie unseres Landes gehandhabt wurde, um die Japaner zu diesem Angriff auf Pearl Harbor zu verlocken, und weiter, um dem amerikanischen Volk die Kenntnis dieser Vorgänge vorzuenthalten.

Länger als drei Jahre haben dem Verfasser die 39 Aktenbände zur Verfügung gestanden, die das gesamte Untersuchungsmaterial über Pearl Harbor enthalten. Das gewissenhafte Studium dieser Unterlagen hat zwar manche Irrtümer im einzelnen berichtigt, dafür aber auch die letzten Zweifel des Autors an der Richtigkeit seiner grundlegenden Schlüsse beseitigt. Seine Ansicht steht fest, daß diejenigen Persönlichkeiten in Washington, denen die Tatsachen bekannt waren, sich aus Gründen patriotischer Art und der Loyalität gegen ihren Oberbefehlshaber im Kriege sofort entschlossen, den Schleier des Geheimnis-

[2] Admiral Kimmel hatte den Verfasser gebeten, als sein Rechtsbeistand vor der Roberts-Kommission zu fungieren, aber ein solcher wurde ihm nicht zugestanden. Trotzdem begleitete der Verfasser den Admiral ungeachtet der Rechtswidrigkeit seiner Anwesenheit bei all seinen Vernehmungen durch diese Kommission und wurde denn auch am Ende des ersten Tages als Zeuge vereidigt. Während der Diskussion über diese Vereidigung fand folgender Wortwechsel statt:

Richter Roberts: Dann ist es also klar, daß Sie nicht als Anwalt fungieren.
Admiral Theobald: Nein.
General McCoy: Der Admiral steht natürlich nicht unter Anklage.
Richter Roberts: Nein, dies ist in keiner Weise ein Verfahren gegen den Admiral.

Diese Feststellung des Richters Roberts, daß Admiral Kimmel nicht unter Anklage stände, ist kaum zu verstehen gewesen. Die Kommission hatte den Auftrag, den Überraschungsangriff auf die Flotte zu untersuchen, die Admiral Kimmel zu dieser Zeit befehligte. Es bestand allgemein die Ansicht, daß das Ergebnis dieser Untersuchung die Grundlage der scharfen gerichtlichen Verfahren gegen Admiral Kimmel und General Short abgegeben hat, die sich gerade die Feststellungen der Kommission zu eigen gemacht haben. Zugleich wurden diese Feststellungen zum frühest möglichen Zeitpunkt weitest veröffentlicht.

ses über das Vorgehen des Präsidenten zu breiten, das in dem Angriff auf Pearl Harbor sein entscheidendes Ziel erreichte.

Während aber für die Dauer des Krieges eine solche Geheimhaltung voll gerechtfertigt war, können heute keine Gründe mehr dafür geltend gemacht werden. Der Krieg ist vorbei, Präsident Roosevelt und seine Verwaltung gehören der Geschichte an. Vaterländische Gründe, die die Geheimhaltung eines bestimmten nationalen Vorgehens im Hinblick auf eine spätere mögliche Wiederholung geboten erscheinen lassen könnten, sind hier nicht stichhaltig. Denn im Zeitalter atomarer Überraschungsangriffe ist die Methode, einen Krieg durch Provozieren eines feindlichen Überfalls zum Ausbruch zu bringen, sinnlos geworden. Schon die Schwere unserer Verluste in Pearl Harbor würde ein nochmaliges Vorgehen dieser Art für die Zukunft ausschließen, ungeachtet der gesteigerten Zerstörungskraft heutiger und zukünftiger Waffen. Im übrigen werden die Freunde ihres ehemaligen Präsidenten der Loyalität gegen ihn besser dienen, wenn sie ihre Politik der Geheimhaltung zugunsten voller Öffentlichkeit fallen ließen. Ein weiterer Gesichtspunkt, der heute für offene Wahrheit in der ganzen Pearl-Harbor-Geschichte spricht, ist die Forderung, dem soldatischen Ruf der beiden Oberbefehlshaber in Hawai, Admiral Kimmel und General Short, endlich Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, eine Rechtfertigung, die längst überfällig ist.

Während der Dauer des Krieges verlangte die Wachhaltung der nationalen Moral auf dem höchstmöglichen Stande vollständiges Vertrauen zum Präsidenten und seinen militärischen Ratgebern. Im damaligen Stadium durfte der Öffentlichkeit kein Anlaß zum geringsten Vorwurf gegen Washington wegen Pearl Harbor gegeben werden. So wurde denn, von dem Bericht der Roberts-Kommission ausgehend, die Verantwortung in der Hauptsache den beiden Oberkommandierenden in Hawai aufgebürdet. Dieser sorgfältig durchgeführte Plan, der jeden Argwohn gegen Washington zerstreute, leistete seinen vollen Beitrag zu der erfolgreichen Führung des Krieges.

Jetzt aber ist der Zeitpunkt gekommen, die Mitwirkung Washingtons beim Zustandekommen des Angriffs auf Pearl Harbor in aller Öffentlichkeit zu behandeln und so in den Augen des amerikanischen Volkes die Betroffenen von jeder über ihre wirkliche Verantwortlichkeit hinausgehenden Schuld zu entlasten. Es ist anzunehmen, daß viele Leser sich nur sehr zögernd den wesentlichen Folgerungen anschließen werden, die durch diese Untersuchung erreicht wurden. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ist der normale Gang folgerichtiger Beweisführung hier verlassen worden zugunsten der Reihenfolge, die

im gerichtlichen Verfahren üblich ist. Der Vorwurf wird zu Beginn erhoben, und anschließend werden die Beweise vorgebracht und erörtert. Der Leser ist dann in der Lage, jedes Argument zu bewerten, sobald es vorgebracht wird, in Hinsicht auf die Schlußfolgerungen, die sich als Summe aller Feststellungen in der Ansicht des Verfassers fest gestaltet haben.

Der einzige Zweck dieser Veröffentlichung ist, die Wahrheit zu finden, und es kann erwartet werden, daß kein anderes Motiv dahinter vermutet wird. Kritische Beurteilung der dienstlichen Handlungsweise finden sich vielfach in den folgenden Texten. Damit ist aber keine Kritik an den betreffenden Offizieren beabsichtigt. Sie befolgten die ihnen erteilten Befehle unter Bedingungen, die für ihr berufliches Empfinden besonders hart waren. Solche Kommentare sind aber nötig zum vollen Verständnis der hier vorliegenden Erörterungen, jedoch besteht in keiner Weise die Absicht, die Beweggründe der Betroffenen anzugreifen. Patriotismus und Loyalität waren die richtungweisenden Maßstäbe.

Es ist unvermeidlich, daß sich dieselben Gedankengänge und Argumente vielfach wiederholen bei der Behandlung der verschiedenen Phasen dieses verschlungenen Problems. Manchmal war das gar nicht zu umgehen, wenn der logische Ablauf einer bestimmten Beweiskette gewahrt bleiben sollte. An anderen Stellen sind solche Wiederholungen vielfach zu besonderen Hervorhebungen verwendet worden.

Marblehead, Mass.
Februar 1954

Robert A. Theobald
Konteradmiral a. D. U.S.Navy

Die Marinelaufbahn des Verfassers

Diensteintritt Marineschule 1903
Reifezeugnis der Marineschule 1906
Artillerieoffizier USS »New York«, Flaggschiff der amerikanischen Flottendivision bei der britischen Großen Flotte 1917—1918
Dienstleistung an der Höheren Marineschule 1919—1921
Kommandant eines Zerstörers, Asiatisches Geschwader 1922—1924
Kommandeur der höheren Marineschule 1924—1927
Erster Offizier des Schlachtschiffs »West Virginia« 1927—1929
Besuch der Altersklasse der Marineakademie 1929—1930

Sekretär der Operationsabteilung im Marinedepartment und Mitglied der Kommission für Zusammenarbeit von Heer und Flotte 1930—1932
Beförderung zum Kapitän z. See, Februar 1932
Chef des Stabes der Zerstörer bei der Pazifikflotte 1932—1934
Besuch der höheren Klasse der Marineakademie, Seminarstudie über Kriegführung gegen Japan und im Pazifik 1934—1935
Leiter der strategischen Abteilung der Marineakademie 1935—1937
Kommandant des Schlachtschiffs »Nevada« 1937—1939
Chef des Stabes der Flotte der U.S. 1939—1940
Mitglied der Zentralabteilung im Marinedepartment, Frühjahr 1940
Beförderung zum Konteradmiral, Juni 1940
Chef der 3. Kreuzerdivision, Sommer 1940
Chef der 1. Zerstörer-Flottille der pazifischen Flotte 1940—1941
Chef der Zerstörer der pazifischen Flotte, Dezember 1941— Mai 1942
Chef der nordpazifischen Streitkräfte, Mai 1942— Januar 1943
Chef des 1. Marinedistrikts 1943—1944
Rücktritt aus dem aktiven Marinedienst, Februar 1945

Übersicht über die eingesetzten Untersuchungs-Kommissionen

Die Roberts-Kommission 18. 12. 1941 bis 23. 1. 1942
Die Hart-Untersuchung 12. 2. bis 15. 6. 1944
Der Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß 20. 7. bis 19. 10. 1944
Der Marine-Untersuchungshof 24. 7. bis 19. 10. 1944
Die Clausen-Untersuchung 23. 11. 1944 bis 12. 9. 1945
Die Hewitt-Untersuchung 11. 5. bis 11. 7. 1945
Die Clarke-Untersuchung 14. bis 16. 9. 1944 und 13. 7. bis 4. 8. 1945
Der Vereinigte Kongreßausschuß 15. 11. 1945 bis 31. 5. 1946
Die *Clausen-* und die *Hewitt*-Untersuchung wurden eingesetzt, um die Feststellungen der Wehrmacht-Untersuchung in genehmer Weise zurechtzubiegen. Es handelte sich darum, eine Bloßstellung des Präsidenten Roosevelt als dem wirklich Verantwortlichen zu umgehen.

Kreis der vornehmlich an dem Spiel um Pearl Harbor beteiligten Personen

Präsident Roosevelt
Staatssekretär des Äußern Hull (State Department)
Staatsseskretär des Heeres Stimson (War Department)
Staatssekretär der Marine Knox (Naval Department)

Name, Dienstgrad 1941[3]	*Dieststellung Ende 1941*	*Dienstgrad 1945*[4]
General Marshall	Chef des Stabes des Heeres	Armeegeneral
Brigadegeneral Gerow	Operationsabteilung beim Chef des Stabes des Heeres	Generalleutnant
Brigadegeneral Miles	Chef des Nachrichtenwesens beim Chef des Stabes des Heeres	Generalmajor
Oberst Bratton	Chef der ostasiatischen Abteilung des Nachrichtenwesens	Oberst
Oberst Sadtler	Chef des Signalwesens beim Kriegsministerium	Oberst
Admiral Stark	Chef des Stabes der Marine (Seekriegsleitung)	Admiral a. D.
Konteradmiral Ingersoll	Stellvertretender Chef der Seekriegsleitung	Admiral
Konteradmiral Turner	Direktor der Seekriegsabteilung (Kriegsplanung)	Admiral
Konteradmiral Noyes	Direktor des Marine-Verkehrswesens	Konteradmiral
Kapitän z. See Wilkinson	Direktor des Marine-Nachrichten-Wesens	Vizeadmiral
Kapitän z. See Beardall	Adjutant des Präsidenten	Konteradmiral

[3] zur Zeit des Pearl- Harbor-Angriffs.
[4] zur Zeit der Kongreß-Untersuchung.

Kapitän z. See Beatty	Adjutant des Staatssekretärs der Marine	Konteradmiral
Korvettenkapitän Safford	Leiter der Verkehrsmittel-Sicherungsdivision	Kapitän z. See
Korvettenkapitän McCollum	Leiter der ostasiatischen Sektion des Nachrichtenwesen	Kapitän z. See
Kapitänleutnant Kramer	Führung der Übersetzergruppe bei der Verkehrsmittel-Sicherungs-Division	Kapitän z. See
Admiral Hart	Chef der Asiatischen Flotte	Admiral a. D.
Admiral Kimmel	Chef der Pazifikflotte	Konteradmiral a. D.
Generalleutnant Short	Kommandierender General der Station Hawaii	Generalmajor a. D.
General McArthur	Kommandierend General auf den Philippinen	Armeegeneral



Admiral Robert A. Theobald (der Verfasser des Buches), Kommandeur der Zerstörer Pazifische Flotte.



Außenminister Cordell Hull mit den japanischen Friedensgesandten in Washington, rechts der Gesandte Kurusu.



Roosevelt's Friedensschwur auf einer Versammlung in Boston am 30. Oktober 1940. Amerikas Jugend wurde nun doch in einen fremden Krieg geschickt.

Teil I

Präsident Roosevelt führt die Vereinigten Staaten in den Krieg

Kapitel I

Die wichtigste Folgerung: Präsident Roosevelt überlistet den amerikanischen Pazifismus

Im Frühjahr 1940 wurden Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich von Deutschland erorbert, und Großbritanniens Lage war für den Rest des Jahres so verzweifelt, daß viele seinen Zusammenbruch mit Beginn des neuen Jahres erwarteten. Zum Glück wendeten sich aber die Achsenmächte 1941 gegen den Osten, um Griechenland zu erobern und Rußland anzugreifen.

Es besteht aller Grund anzunehmen, daß Präsident Roosevelt bei der Überwältigung Frankreichs zu der Überzeugung kam, daß die Vereinigten Staaten an der Seite Großbritanniens kämpfen müßten, solange dieses noch aktiv am Kriege teilnahm, wenn es nicht später allein den Kampf zu bestehen haben wollte als die letzte demokratische Bastion in einer nationalsozialistischen Welt. Nun war aber das Land weniger als *je kriegsbereit,* weder psychologisch noch in seiner Rüstung. Isolationismus war die herrschende Einstellung im ganzen Lande, während die Streitkräfte schwach und ungerüstet waren.

Die Vereinigten Staaten waren nicht nur *genötigt,* so schnell wie möglich aktive Teilnehmer an dem Kampf um die Demokratie zu werden, sondern auch das ganze Volk zu einmütiger Unterstützung der Kriegsanstrengungen zu gewinnen. Aber wie konnte die Bevölkerung *kriegswillig* gemacht werden? *Höchstens der Einbruch einer Sintflut konnte den Kongreß veranlassen, eine Kriegserklärung zu beschließen.* Dieses Vorgehen würde aber noch nicht verbürgen, daß die Nation in geschlossener Einigkeit zur Unterstützung des Krieges bereit sein würde, was stets die Voraussetzung zum Siege gewesen ist. Dies war das Problem, dem der Präsident sich gegenüber sah, und seine Lösung gründete sich auf die einfache Tatsache, daß zum Kampf zwar Zwei gehören, zu seinem Beginn aber nur Einer nötig ist.

Da das *amerikanische Volk so ablehnend gegen eine Kriegsteilnahme ge-*

stimmt war, mußte also eine der Achsenmächte gezwungen werden, die Vereinigten Staaten hineinzuziehen, und das in solcher Weise, daß das Volk zu einhelliger Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes aufgerüttelt wurde. Dazu war ein nicht mißzuverstehendes Vorgehen nötig, und es war eine schwere Entscheidung, die dem Präsidenten damit auferlegt wurde.

In diesem Zusammenhange muß daran erinnert werden, daß die drei Achsenmächte Italien, Deutschland und Japan am 28. September 1940 den Dreierpakt abschlossen, in dem diese Staaten sich verpflichteten, gemeinsame Sache gegen jeden Staat zu machen, der bis dahin nicht am europäischen Kriege oder dem japanisch-chinesischen Konflikt teilgenommen hatte und nunmehr eine der drei Vertragsmächte angreifen würde. *Von da ab spielte die Tatsache, daß Krieg mit Japan zugleich Krieg mit Deutschland und Italien bedeuten würde, eine wichtige Rolle in der diplomatsichen Strategie des Präsidenten.* Während der ganzen Zeit des Herannahens des Krieges und ebenso während des Krieges selbst war *das eigentliche Ziel unserer Politik die Niederwerfung Deutschlands.*

Um die angestrebte Lösung des Problems zu erreichen, wendete Präsident Roosevelt nacheinander die folgenden Mittel an:

1. Er eröffnete einen erfolgreichen Feldzug, um die mangelhafte Rüstung des Landes auf den erforderlichen Stand zu bringen.

2. Er richtete wiederholt *schwere Herausforderungen gegen Deutschland,* wie *Neutralitätsverletzungen* und *Verstöße* gegen die *diplomatischen Bräuche.*

3. Er übte immer stärker werdenden Druck diplomatischer und wirtschaftlicher Art auf Japan aus, der seinen Höhepunkt am *25. Juli 1941* erreichte, als die Vereinigten Staaten, England und die Niederlande ihren gesamten Handel mit Japan sperrten und es damit einer fast vollständigen wirtschaftlichen Abschnürung unterwarfen.

4. Im *August 1941* traf er in Neufundland eine Vereinbarung mit dem britischen Ministerpräsidenten, in der beide Mächte sich gegenseitige Unterstützung zusagten für den Fall, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien oder ein drittes, noch nicht im Kriege befindliches Land von Japan im Pazifik angegriffen würde.

5. Er brach die Washingtoner Konferenz ab durch die Note vom 26. November 1941, *die Japan nur die Wahl ließ, zu kapitulieren oder zu kämpfen.*

6. Er beließ entgegen dem Rat der Marineleitung eine schwache Pazifikflotte in Hawai, wo sie lediglich dem Zweck diente, *Japan zu einem überraschenden Angriff zu verlocken.*

7. Er förderte einen solchen Überfall, indem er den Befehlshabern in Hawai Nachrichten von *entscheidender Bedeutung vorenthielt,* die aus entschlüsselten japanischen Meldungen stammten und den bevorstehenden Kriegsausbruch und die starke Wahrscheinlichkeit eines Angriffs auf Pearl Harbor erkennen ließen.

Diese *Verweigerung notwendiger Informationen war ein wesentliches Moment bei dem Plan, Japan zu einem überraschenden Angriff auf Pearl Harbor zu verlocken.* Wenn Admiral Kimmel und General Short in Kenntnis gesetzt worden wären von dem, was man in Washington wußte, dann wären die Kommandostellen in Hawai auf einen derartigen Angriff gefaßt gewesen. Die Flotte wäre dann während der ersten Dezembertage in See geblieben, bis die Entscheidung über Krieg oder Frieden gefallen war. Bei dem sehr wirksamen Spionagedienst in Hawai wäre Tokio dadurch veranlaßt worden, den Angriff aufzugeben. Einem im Prinzip gleichen Problem sah sich auch Präsident Lincoln im März 1861 gegenüber, nämlich die Stimmung des Nordens für das Ziel zu gewinnen, die abgespaltenen Südstaaten mit Waffengewalt zum Wiederanschluß an die Union zu zwingen. Während der ersten Wochen nach seinem Amtsantritt unternahm er noch nichts, aber dann gab ihm die dringende Forderung Süd-Carolinas, das Fort Sumter zu übergeben, die Lösung des Problems in die Hand. Er lehnte die Übergabe des Forts ab und schickte einen Flottenverband hin, um es mit Vorräten zu versehen. Darauf feuerte Süd-Carolina den ersten Schuß im Sezessionskriege. Pearl Harbor war Präsident Roosevelts Fort Sumter.

Diplomatisch gesehen war Roosevelts Strategie, Japan durch unaufhörlichen und immer gesteigerten diplomatischen und wirtschaftlichen Druck zum Kriege zu zwingen, indem er gleichzeitig unsere Schiffe in Hawai beließ, als Anreiz zu einem Überraschungsangriff, ein voller Erfolg. Militärisch gesehen haben aber unsere Verluste an Menschen und Material den 7. Dezember 1941 zum Tage einer tragischen Niederlage gemacht. Man kann sich dem Schluß nicht entziehen, daß die unbedingte Absicht, Japan um jeden Preis zur ersten Kampfhandlung zu drängen, den Präsidenten und seine zivilen Ratgeber veranlaßt hat, die militärischen Ratschläge zu mißachten, die den Schlag wenigstens auf ein erträgliches Maß abgemildert hätten. Wahrscheinlich hat der Präsident an ein Ereignis wie etwa ein vergröberter »Panay«-Vorfall[5] ge-

[5] Das US-Kanonenboot »Panay« wurde am 12. Dezember 1937 auf dem Jangtse von japanischen Bombern versenkt.

dacht. Wenn auch durch diesen Schlag der Grund für den späteren vollständigen Sieg gelegt wurde, so wurde doch ein ungeheuerlicher Preis gezahlt, wie die nachstehend aufgeführten Verluste an Schiffen und Besatzungen erkennen lassen.

Die Verluste von Pearl Harbor: Tatsachen und Zahlen

Es war die deutliche Absicht der Japaner, den Angriff gegen die militärischen Ziele der Insel zu richten. Die ersten Angriffswellen zielten auf die Flugplätze auf Oahu — Armee, Marine und Marinekorps — um die Luftverteidigung nach Möglichkeit auszuschalten. Der Hauptangriff erfolgte 15 Minuten später und richtete sich vornehmlich auf die im Hafen liegenden schweren Schiffseinheiten. Schäden an kleineren Fahrzeugen waren deutlich als Nebenerscheinungen der Hauptoperation zu erkennen. Auf die Stadt Honolulu wurden nur vereinzelte Bomben geworfen. Sie stammten von drei Flugzeugen, die in der letzten Phase des Angriffs durch Kursänderungen in der letzten Minute zeigten, daß ihre Piloten keinen Wert darauf legten, sich dem schweren Flakfeuer auszusetzen, das jetzt über den Hauptkampfplatz hereingebrochen war.

Im Dezember 1941 zählte die Pazifikflotte 12 schwere Einheiten: 9 Schlachtschiffe und 3 Flugzeugträger. Von diesen Schiffen waren während des Angriffs 8 Schlachtschiffe, aber keiner von den Trägern in Pearl Harbor anwesend: Das Schlachtschiff »Colorado« lag in der Werft von Bremerton. Der Flugzeugträger »Enterprise« war unterwegs auf dem Rückmarsch von der Wake-Insel mit einer Flottenabteilung. Die »Lexington« überführte mit einer andern Gruppe Flugzeuge nach den Midway-Inseln. Die »Saratoga« befand sich nach Beendigung ihrer Werftüberholung noch an der amerikanischen Westküste.

Die Ergebnisse des Luftangriffs auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 waren folgende:

Schlachtschiffe:

Arizona: Totalverlust durch Hochgehen der vorderen Munitionskammern

Oklahoma: Totalverlust, gekentert und im Hafen gesunken. Später gehoben, nur um den Hafen zu räumen, und vor Oahu wieder versenkt.

California: West-Virginia:	Beide auf ebenem Kiel an ihren Liegeplätzen gesunken, bis zum Oberdeck unter Wasser. Viel später gehoben, repariert und wieder in Dienst gestellt.
Nevada:	Auf Grund gesetzt, weil das Schiff bei dem Versuch auszulaufen wegen schwerer Bombenschäden zu sinken drohte. Repariert und wieder in Dienst gestellt.
Pennsylvania: Maryland: Tennessee:	Alle beschädigt, aber nicht in ernstem Umfange.

Kleinere Schiffe:

Die Kreuzer Helena, Honolulu und Raleigh waren beschädigt, konnten aber repariert und wieder in Dienst gestellt werden.
Zerstörer: 2 Boote nicht mehr reparaturfähig, 2 andere beschädigt, wurden repariert und waren wieder dienstfähig.
Hilfsschiffe: 1 Flugzeugtender, 1 Werkstattschiff, beide schwer beschädigt, aber repariert und wieder in Dienst gestellt.
Zielschiff: »Utah«, früheres Schlachtschiff, sank auf ihrem Ankerplatz.

Die japanischen Angriffe auf die verschiedenen Flugplätze auf Oahu verursachten folgende Verluste: Marine 80, Heer 97 Flugzeuge.

Die *Personalverluste* betrugen:

Marine einschl. Marinekorps 3077 Offiziere und Mannschaften tot, 867 verwundet
Armee einschl. Armeeluftwaffe 226 Offiziere und Mannschaften tot, 396 verwundet
Gesamtverlust 4575 Mann.

Die japanischen Verluste betrugen:
48 abgeschossene Flugzeuge
3 Zwerg-U-Boote vernichtet.
Diese Fahrzeuge hatten 45 t Wasserverdrängung und besaßen geringen oder gar keinen Wert.

Kapitel 2

Präsident Roosevelts aufeinander folgende Maßnahmen zur Herbeiführung des Krieges

Fortschreitende militärische Bereitschaft

Trotz zahlreicher Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, gestalteten sich die Bemühungen des Präsidenten um Steigerung der militärischen Bereitschaft während der Jahre 1940 und 1941 bemerkenswert erfolgreich. Sein bester Bundesgenosse war ein Kongreß, in dessen beiden Häusern eine Mehrheit energisch bemüht war, die seit vielen Jahren unzureichenden Aufwendungen für militärische und maritime Zwecke durch bedeutende Anstrengungen auszugleichen. Am 3. September 1940 wurde den Vereinigten Staaten gegen die Abgabe von 50 alten Zerstörern die langjährige Verpachtung von Basisplätzen auf britischem Gebiet zugestanden. Am 16. September wurde das Freiwilligen-Dienstgesetz beschlossen. Bis Ende 1940 hatte der Kongreß folgende Beschlüsse gefaßt: Sofortige Vermehrung des Heeres auf 1 Million Mann mit dem Ziel einer Endstärke von 4 Millionen; Beschaffung von 50 000 Flugzeugen für die Heeresluftwaffe; Mannschaftsstärke der Marine 170 000 Mann zuzügl. 34 000 Mann für das Marinekorps; 15 000 Flugzeuge und 10 000 Piloten für die Marineluftwaffe; ein Schiffbauprogramm, das eine Flotte für jeden der beiden Ozeane zum Ziel hatte und 17 Schlachtschiffe, 14 schwere Kreuzer, 40 leichte Kreuzer, 197 Zerstörer und 74 Unterseeboote umfaßte.

In Fortsetzung seiner Bemühungen wendete sich der Präsident am 29. Dezember 1940 mit einer Rundfunkansprache an die Öffentlichkeit, in der er um Unterstützung für weitere bedeutende Aufwendungen für Armee und Flotte bat. Der im Januar 1941 vorgelegte Haushaltsentwurf empfahl denn auch die für Friedenszeiten ungeheuerliche Summe von 10 811 Millionen Dollars für Heer und Flotte aufzuwenden. Am 10. April 1941 erwarben die Vereinigten Staaten Verteidigungsrechte in Grönland, und im Juli 1941 besetzten amerikanische Streitkräfte Island mit Zustimmung der dortigen Regierung.

Provokationen gegen Deutschland

Deutschlands *stillschweigende Hinnahme amerikanischer Neutralitätsverletzungen* während der Zeit vom *Juni 1940 bis zum Dezember 1941* waren ein

besonders überraschendes Merkmal dieses Krieges. Es wurde dadurch offensichtlich, daß Deutschland es durchaus vermeiden wollte, zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Amerika beizutragen. Die amerikanische Teilnahme am ersten Weltkriege hatte sich als entscheidend erwiesen, und Hitler wollte sichtlich eine Wiederholung im zweiten Weltkriege vermeiden.

Die wichtigsten amerikanischen Neutralitätsverletzungen während dieses Zeitraumes waren: 1. die Lieferung bedeutender Mengen an Kriegsmaterial an England unmittelbar nach Dünkirchen; 2. der Erwerb überseeischer Stützpunkte auf britischem Gebiet sowie auf Grönland und Island; 3. die Überlassung von 50 Zerstörern an England während des Krieges dieses Landes mit Deutschland und Italien; 4. die Rundfunkbotschaft des Präsidenten vom 29. Dezember 1940 mit der Warnung an die Achsenmächte, daß kein Diktator die Vereinigten Staaten in ihrem Entschluß wankend machen könnte, Großbritannien beizustehen; 5. die Inkraftsetzung des Leih- und Pachtvertrages vom 11. März 1941 und später die Ausdehnung dieser weltweiten Kriegshilfe auf alle gegen die Achsenmächte vereinten Staaten, Großbritannien, Sowjetrußland, China, Griechenland, Holland, Norwegen und selbst die Tschechoslowakei; 6. die Schließung der deutschen und holländischen Konsulate und das Einfrieren aller Guthaben dieser Länder in den Vereinigten Staaten durch Verwaltungsmaßnahmen als Antwort auf die Angriffe auf amerikanische Schiffe; 7. die an die ganze Welt gerichtete Erklärung des Präsidenten im Juli 1941, daß die Besetzung Islands ausdrücklich zu dem Zweck erfolgt sei, einer Inbesitznahme durch Deutschland zuvorzukommen; 8. die ebenfalls im Juli 1941 erfolgte Ankündigung, daß die Marine der Vereinigten Staaten die Seewege nach Island und anderen vorgeschobenen Stützpunkten offenhalten würden, was nichts anderes bedeutete als die *Bekämpfung der deutschen U-Boote* im mittleren und westlichen Atlantik[6]; 9. die Bekanntmachung des Präsidenten vom 11. September 1941, daß amerikanische Schiffe und Flugzeuge auf Schiffe der Achsenmächte feuern würden, wenn diese in für die amerikanischen Interessen lebenswichtigen Gewässern gesichtet würden.

[6] Während der zweiten *Jahreshälfte 1941* griffen amerikanische Zerstörer *deutsche U-Boote mit Wasserbomben* an, ohne daß die Resultate bekanntgeworden sind. Dagegen verursachten deutsche U-Boote folgende Schäden und Verluste: Zerstörer Greer torpediert, Versorgungsschiff Salinas torpediert, Zerstörer Kearney torpediert, Zerstörer Reuben James versenkt.

Amerikanischer Druck auf Japan

Präsident Roosevelts ständig verstärkter diplomatisch-wirtschaftlicher Druck auf Japan war äußerst kennzeichnend. Am 26. Januar 1940 lief der amerikanisch-japanische Handelsvertrag ab, also 6 Monate, nachdem er von Amerika außer Kraft gesetzt war. Im Laufe des Jahres 1940 wurden dann nach und nach die Verschiffungen nach Japan gesperrt für Flugzeugbenzin, Schrott, wichtige Maschinen und Werkzeuge. Am 9. Oktober 1940 wurden die Hilfslieferungen von Weizen nach dem Fernen Osten eingestellt. 1941 bewirkten die Unterstützungslieferungen Englands und Amerikas, daß Niederländisch-Indien sich weigerte, sich in das Wirtschaftssystem Japans eingliedern zu lassen. Anfang 1941 begannen Großbritannien, die Niederlande und die Vereinigten Staaten, China finanzielle und militärische Hilfe zu leisten. Gleichzeitig begannen die angelsächsischen Länder, ihre Staatsangehörigen aus Ostasien zurückzuberufen.

Am 29. Mai 1941 wurde als Vergeltung für die Beschlagnahme amerikanischen Gasolins in Haiphong durch Verwaltungsorder jeder Export kriegswichtigen Materials von den Philippinen nach Japan gesperrt. Anschließend wurden als Vergeltung für die japanische Besetzung Französisch-Indochinas durch gemeinsame Maßnahmen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Niederlande alle japanischen Vermögenswerte gesperrt und jeder Handel mit dem Gegner abgebrochen.

Am 17. August 1941 konferierte dann Präsident Roosevelt am Tage nach seiner Rückkehr von dem Zusammentreffen mit Churchill in Neufundland mit dem Botschafter Nomura, wobei zwei Aktenstücke des Auswärtigen Amtes verlesen und erörtert wurden. Eine Ausfertigung dieser Schriftstücke wurde dem Botschafter zur Weiterleitung an seine Regierung übergeben. Beide Dokumente enthielten scharf formulierte Wendungen, obgleich sie eigentlich nur eine Zusammenfassung der unverbindlichen Besprechungen zwischen dem Botschafter und dem State Department während der letzten Monate enthielten, die aber abgebrochen wurden, als Japan Französisch-Indochina okkupierte. Admiral Nomura wurde bedeutet, daß sie keinen andern Charakter haben sollten als nur Belegmaterial. Dies gab dem Präsidenten die Möglichkeit, die amerikanischen Ansichten in so schroffer Form darzulegen, daß sie in einer diplomatischen Note geeignet gewesen wäre, eine unmittelbare Krise in den Beziehungen der beiden Staaten hervorzurufen.

Das eine der Dokumente war die Antwort auf den Vorschlag einer Zusam-

menkunft zwischen Präsident Roosevelt und dem japanischen Premierminister Fürst Konoye sowie der Wiederaufnahme der informellen Besprechungen in Washington. Die belangreichsten Stellen lauteten auszugsweise: »Der amtierende Staatssekretär des Auswärtigen .... legte dar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nur annehmen könne, daß die Besetzung Französisch-Indochinas durch Japan ... eine Ankündigung an die Vereinigten Staaten darstelle, daß Japan durch diese Gewalthandlung vorbereitende Schritte zu weiteren Eroberungen im Gebiet des Südpazifik unternommen habe, ... daß die Regierung der Vereinigten Staaten demgemäß keine andere Wahl habe, als den japanischen Botschafter dahin zu informieren, daß nach Ansicht dieser Regierung die von der japanischen Regierung unternommenen Schritte weiteren Verhandlungen über eine friedliche Regelung der Dinge im Pazifikbereich den Boden entzogen hätten«. »Es versteht sich von selbst, daß keine Vorschläge oder Anregungen, die die Rechte und Privilegien der Vereinigten Staaten oder Japans berühren, unter anderen Voraussetzungen betrachtet werden können, als daß sie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen stehen, die von den Vereinigten Staaten seit langem als maßgebend angesehen worden sind.« »Wenn ... ein auf friedlichen und konstruktiven Prinzipien beruhendes Programm für den Pazifik angenommen wäre und danach eines der Länder oder Gebiete in diesem Raum bedroht werden sollte, dann würde diese Regierung mit anderen Nationen zusammen vorgehen, die sich der Aggression widersetzen, und die Hilfeleistung auf jede Nation auszudehnen, die bedroht ist.«

Das andere Dokument schloß mit folgender Warnung: »Diese Regierung hält es jetzt für notwendig zu sagen, daß, wenn die japanische Regierung weitere Schritte unternimmt, in Verfolg einer Politik oder eines Programms militärischer Beherrschung benachbarter Länder durch Gewalt oder durch Androhung von Gewalt, die Regierung der Vereinigten Staaten gezwungen sein wird, unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig hält, um die legitimen Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer Staatsangehörigen zu schützen und um die Sicherheit und Unversehrtheit des Staates zu gewährleisten;.

Am 3. September 1941 forderten die Vereinigten Staaten Japan auf, die nachstehenden Prinzipien als Grundlage für jede weitere Verhandlung anzuerkennen: 1. Respektierung der territorialen Unversehrtheit und der Souveränität aller Nationen; 2. gleiche Handels- und Wirtschaftsrechte: 3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten: 4. den status quo im ganzen pazifischen Bereich.

Diplomatischer Notenwechsel während des September brachte kein Ergebnis. Am 2. Oktober 1941 forderten deshalb die Vereinigten Staaten den klaren Beweis, daß Japan willens und bereit wäre, seine Truppen aus China und Indochina zurückzuziehen. Am 16. Oktober trat das Kabinett des Fürsten Konoye zurück, und zwei Tage später übernahm General Tojo die Regierung. Washington erkannte sofort, daß dieser Kabinettswechsel ein entscheidender Schritt zum Kriege wäre.

Japan hatte nur die Wahl, die wirtschaftliche Abschnürung, der es seit dem 25. Juli unterworfen war, zu brechen oder auf seine Pläne zu verzichten, nämlich eine allgemeine asiatische Sphäre des Wohlstandes zu schaffen, wie es das euphemistisch nannte. So entsandte es als Sonderbotschafter Kurusu, der neben dem akkreditierten Botschafter Nomura in Washington eine Lösung für die japanisch-amerikanischen Streitfragen zu erreichen versuchen sollte. Als Grundlage für eine Beilegung der Differenzen schlugen die Botschafter vor: 1. Daß die Vereinigten Staaten alles Öl liefern sollten, das gebraucht wurde, und ferner die eingefrorenen Guthaben freigegeben würden; 2. daß die Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit Japan die Nutzbarmachung aller Güter und Waren aus Niederländisch-Indien sicherstellen sollten: 3. daß Japan sich bereit erklären würde, seine Truppen aus Französisch-Indochina zurückzuziehen unter der Bedingung, daß entweder der Friede zwischen Japan und China hergestellt würde oder ein gerechter Friede im pazifischen Raum.

Inzwischen würde Japan mit dem Abzug von Truppen aus dem südlichen Indochina beginnen, wenn die Vereinigten Staaten den vorgenannten Vorschlägen zustimmen und beide Teile sich verpflichten würden, keine Truppen nach Südostasien oder in den südlichen Pazifik vorzuschieben, ausgenommen den Teil von Französisch-Indochina, in dem zur Zeit japanische Truppen stationiert sind.

Gegenseitige Verpflichtungen in Neufundland

15 Tage, nachdem die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Niederlande den Handel mit Japan abgebrochen hatten als Antwort auf die militärische Besetzung Französisch-Indochinas durch Japan, trafen Präsident Roosevelt und Churchill auf Neufundland zusammen. Diese Konferenz dauerte vom 9. bis 13. April 1941. Die einzige amtliche Kundgebung über diese Besprechung war eine gemeinsame Feststellung, die als Atlantik-Deklaration bekannt-

geworden ist und am 14. August in Washington veröffentlicht wurde. Sie umfaßt die Verkündigung von acht Grundprinzipien, die das Fehlen aggressiver Absichten auf seiten der beiden Mächte betonten, die Bedingungen formulierten, die für eine bessere Welt nach dem Kriege die Gewähr geben könnten, und gewisse Nachkriegsmaßnahmen vorsahen, die den Angreifern nach ihrer Niederlage auferlegt werden müßten. Die Atlantikdeklaration war aber nichts als eine Formulierung vager Gefühlsbegriffe und brachte nichts, um eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit in der sich schnell zuspitzenden Lage im Pazifik zu fördern, was doch gerade der Grund für die Zusammenkunft gewesen war. Dieser neutrale Charakter der ganzen Deklaration kommt sehr schön in der Präambel zum Ausdruck, die lautet: »Der Präsident der Vereinigten Staaten und der Premierminister Churchill, der die Regierung Sr. Majestät in dem Vereinigten Königreich repräsentiert, die sich getroffen haben, halten es für nötig, gewisse allgemeine Grundsätze für die Politik ihrer Staaten bekannt zu geben, auf denen sich ihre Hoffnung für eine bessere Zukunft der Welt gründet«.

Niemand kann auch nur einen Augenblick glauben, daß die beiden Staatsmänner, begleitet von Diplomaten, militärischen und maritimen Ratgebern hohen Ranges, eine Reise von 2500 Meilen über einen von U-Booten verseuchten Ozean unternommen hätten, nur um nichts Realeres zustande zu bringen als diese nichtssagende Verlautbarung. Für die geschichtliche Feststellung haben spätere Ereignisse glücklicherweise deutlich gemacht, daß die Repräsentanten der beiden Staaten eine für sie hochbefriedigende Aussprache gehabt haben und die in ihren privaten Gesprächen erreichten Vereinbarungen ein starker Rückhalt für die anschließende Vorkriegsdiplomatie im Pazifik gewesen sind.

Zweifellos hatte der Premierminister gehofft, auf der Konferenz den Grund für ein anglo-amerikanisches Bündnis legen zu können. Aber ohne Zweifel verließ er Neufundland in genauer Kenntnis der isolationistischen Gefühle in den Vereinigten Staaten und mit dem Bewußtsein, *daß es eines japanischen Angriffs bedürfen würde*, um die Vereinigten Staaten zum Kriegseintritt bewegen zu können, ungeachtet der Überzeugung des Präsidenten, daß Amerikas Teilnahme am Kriege für den Sieg der Alliierten unerläßlich wäre.

Dieser Sachverhalt und die vollständige Übereinstimmung, mit der die beiden Staatsmänner voneinander schieden, wird durch die folgenden Stellen in der Unterhausrede Churchills vom 27. Januar 1942 bestätigt:

»Wir haben — ich sage das ganz gerade heraus — fast zwei Jahre lang un-

ter der Drohung eines japanischen Angriffs gestanden, dem zu begegnen uns alle Mittel fehlten. Aber im Laufe der Zeit haben die Vereinigten Staaten unter der Führung des Präsidenten Roosevelt aus Gründen eigener Interessen und Sicherheit, aber auch aus ritterlicher Haltung für die Sache der Freiheit und Demokratie sich immer mehr einer bewaffneten Auseinandersetzung genähert. Und nun, wo endlich der Schlag gefallen ist, trifft er uns nicht allein« .... »Seit der atlantischen Konferenz, auf der ich diese Dinge mit Präsident Roosevelt erörtert habe, schien *die Wahrscheinlichkeit, daß die Vereinigten Staaten schließlich, auch ohne selbst angegriffen zu sein, den Kampf im Fernen Osten eröffnen* und so den endlichen Sieg sichern würden, unsere Sorgen erheblich zu mindern. Diese Erwartung wurde durch die Ereignisse nicht enttäuscht. Sie festigte unseren britischen Entschluß, alle unsere beschränkten Kampfmittel an der aktiven Kampffront einzusetzen«.

Zwei Punkte sind bei diesen Zitaten besonders bemerkenswert. Als erstes ist es die Feststellung, daß Präsident Roosevelts Politik Amerika immer näher an den Krieg heranführte. Als zweites ergibt sich, daß die Atlantikkonferenz Churchill mit ausreichenden Zusagen auf amerikanische Waffenhilfe im Fernen Osten versah, um auf diese Zusicherungen wichtige militärische Entschlüsse gründen zu können. Kann es einen stärkeren Beweis dafür geben, daß Präsident Roosevelt auf Neufundland positive Verpflichtungen übernommen hat?

Die folgenden Zwischenfälle liefern einen weiteren Beweis für das Bestehen gegenseitiger Abmachungen: Am 17. August 1941 verlor Präsident Roosevelt, wie wir eben gesehen haben, nach seiner Rückkehr nach Washington keine Zeit, um *durch geeignete Maßnahmen die Spannung in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan weiter zu verschärfen.* Am 7. November 1941 befragte der Präsident das Kabinett, ob das Land bereit sein würde, einer aktiven Intervention der Regierung zuzustimmen, wenn weiterhin eine Nation im Fernen Osten durch japanische Aggression bedroht würde, worauf er einstimmig eine bejahende Antwort erhielt; am 10. November 1941 verkündete Churchill in London öffentlich, daß England im Falle des Kriegsausbruchs zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in derselben Stunde Japan den Krieg erklären würde, eine Feststellung, die er bei den enormen Kriegslasten, die das Land bereits zu tragen hatte, niemals gemacht hätte, wenn er nicht sein »quid pro quo« in der Tasche gehabt hätte.

Diese enge Angleichung englischer und amerikanischer Politik ist der schlüssige Beweis dafür, daß in Neufundland Geheimgespräche der beiden Staatsmänner eine so bestimmte Abmachung erzielt haben, daß sie bis auf den

bloßen Namen eine Allianz darstellte. Etwa am 5. Dezember 1941, als es für den amerikanischen Isolationismus bereits zu spät war, den Gang der Ereignisse aufzuhalten, erhielt Großbritannien Zusicherungen, die diese Abmachungen in ein Militärbündnis umwandelten. Dieser Schritt wurde auf folgende Weise bekannt: Auf diesen Zusagen fußend erteilte das Kriegsamt in London am 6. Dezember 1941 dem Luftmarschall Brooke Popham, Oberbefehlshaber der britischen Heeres- und Luftstreitkräfte in Malaya, den folgenden Befehl:

»Wir haben nunmehr die Zusage bewaffneten amerikanischen Beistandes in folgenden Fällen erhalten: (A) Wenn wir genötigt sind, einer japanischen Landung auf der Enge von Kra zuvorzukommen, oder wenn wir gegen eine japanische Invasion in einem andern Teil Siams vorgehen; (B) wenn Niederländisch-Indien angegriffen wird und wir uns an seiner Verteidigung beteiligen; (C) wenn die Japaner uns selbst angreifen. Handeln Sie dieser Anweisung entsprechend sofort ohne Rückfrage in London, sobald Sie sichere Nachricht haben über das Vorrücken eines japanischen Expeditionskorps mit der erkennbaren Absicht einer Landung bei Kra oder über eine sonstige Verletzung siamesischen Hoheitsgebiets. Wenn Niederländisch-Indien angegriffen wird, verfahren Sie nach den Plänen, die zwischen Großbritannien und Holland vereinbart sind«.

Der Wortlaut dieses Telegramms findet sich im Bericht des amerikanischen Nachrichtenüberwachers in Singapore an Admiral Hart in Manila über das Auffangen dieser Sendung. Da der Admiral keine Instruktionen in dieser Angelegenheit besaß, legte er den Bericht dem Marineministerium vor mit der Bitte um Anweisung dazu. Der Angriff auf Pearl Harbor kam einer Antwort zuvor, und danach war allerdings keine Antwort mehr nötig. Deshalb ist auch niemals etwas über diesen Vorfall bekannt geworden. Wir wissen nicht, auf welchem Wege die erwähnten Zusicherungen von Washington nach London übermittelt wurden. Wir wissen auch nicht, ob und welche Instruktionen etwa Admiral Stark und General Marshall erteilt wurden. Sicher ist es aber, daß Admiral Hart nicht unterrichtet wurde.

Diese Depesche des britischen Kriegsamtes an den Oberbefehlshaber in Singapore, die vor dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor herausging. gibt den endgültigen Beweis dafür, daß die britisch-amerikanische militärische Zusammenarbeit seit der Neufundland-Konferenz eine fest abgemachte Sache war.

Abbruch der Washingtoner Verhandlungen mit Nomura und Kurusu

Am 26. November 1941 behändigte Staatssekretär Hull den japanischen Unterhändlern eine Note, die die amerikanischen Vorschläge für die Lösung der zwischen den beiden Staaten bestehenden Streitpunkte darlegte. Der diplomatischen Fassung entkleidet und klar ausgesprochen besagte diese Note, daß in Gegenleistung für einen neuen Handelsvertrag und Aufhebung der beiderseitigen Guthabensperre Japan den folgenden Bedingungen zuzustimmen hätte: 1. Die Anerkennung seiner vollständigen Niederlage im chinesisch-japanischen Kriege durch Zurückziehung aller japanischen Kräfte aus China; 2. die stillschweigende Kapitulation vor der wirtschaftlichen Abschnürung durch einen gleichartigen Rückzug aus Französisch-Indochina, dessen Unversehrtheit anschließend zu garantieren wäre; 3. seine Beteiligung an einem Nichtangriffspakt mit der Wirkung einer Verpflichtung, die nachgenannten Staaten nicht anzugreifen: Die Philippinen, Sibirien, Niederländisch-Ostindien, China und Thailand; 4. die Aufhebung der von den Japanern eingesetzten Schattenregierungen in China und Mandschuko mit dem Versprechen, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten keine andere Regierung in China zu unterstützen als die von Tschiang Kai-Shek; 5. die Aufkündigung der von Japan gegenüber Deutschland und Italien in Form des Dreierpakts übernommenen Verpflichtung.

Die Einzelheiten der amerikanischen Note wurden nach Tokio mit der Gesandschaftsdepesche Nr. 1189 (siehe unter Kap. 5) übermittelt. Diese amerikanischen Bedingungen ließen jede diplomatische Feinheit vermissen. Eine viel subtilere Fassung der Note unter Ablehnung der von Japan vorgeschlagenen Lösungen würde genau die gleiche Wirksamkeit im Hinblick auf den Abbruch der Verhandlungen gehabt haben. Daraus kann nur gefolgert werden, *daß der Präsident Roosevelt absolut sicher gehen wollte, daß Japans Antwort eine Kriegserklärung sein würde.* Er benutzte für seinen Zweck eine eisenbeschlagene Keule anstelle seines diplomatischen Floretts.

Jeder, den es anging, erkannte, *daß diese Note den Verhandlungen mit Kurusu-Nomura ein Ende setzte und daß der Krieg unvermeidlich war.* Staatssekretär Hull benachrichtigte denn auch die Spitzen der Armee und Marine, daß die diplomatischen Verhandlungen fehlgeschlagen wären und alles weitere nunmehr bei den Verantwortlichen der Streitkräfte läge. Tokio seinerseits unterrichtete sofort die japanischen Unterhändler, daß die amerikanischen Vorschläge vollkommen ungeeignet für weitere Verhandlungen seien. Am 27.No-

vember sprach Präsident Roosevelt über das transatlantische Kabel mit Churchill, und die Nachricht, die dieser empfing, muß dem britischen Premierminister höchst willkommen gewesen sein, nach seinen endlosen Bemühungen, die Vereinigten Staaten als Kriegsverbündeten zu gewinnen.

Durch diese Note vom 26. November 1941 brachte also Präsident Roosevelt die Vereinigten Staaten endgültig und wohlüberlegt in den Krieg. Er hatte Japan den Handschuh ins Gesicht geschlagen. Dessen Versuch, die Einkreisung zu durchbrechen, war fehlgeschlagen, es mußte kämpfen oder kapitulieren, und es bestand natürlich kein Zweifel, wie seine Antwort ausfallen würde.

Nachdem die letzte Hoffnung auf Einigung geschwunden war, sandte Präsident Roosevelt einen persönlichen Appell an den Tenno mit der Aufforderung, den Frieden zu bewahren. Diese Botschaft traf aber in Tokio erst so spät ein, daß Botschafter Grew nicht mehr in der Lage war, sie noch vor dem Angriff auf Pearl Harbor zu überreichen. Man kann nur annehmen, daß dieses Telegramm nur als eine Art Alibi im Hinblick auf mögliche spätere Wirkungen im Buch der Geschichte abgefaßt wurde.

Die Flotte in Hawai

Die Pazifikflotte wurde auf Anordnung des Präsidenten Roosevelt vom April 1940 bis zum Angriff auf Pearl Harbor in den Gewässern von Hawai festgehalten. Admiral J. O. Richardson, Chef der Pazifikflotte im Jahre 1940, kam zweimal in der zweiten Jahreshälfte nach Washington, um mit dem Präsidenten und den führenden Männern des Staatssekretariats und des Marineministeriums die Sachlage zu erörtern. Er empfahl, die Flotte nach der amerikanischen Westküste zurückzunehmen, weil 1. die Schiffe für den Ernstfall unzureichend besetzt seien; 2. die Gewässer um Hawai zu exponiert wären, um während der bestehenden internationalen Spannung dort Flottenübungen abzuhalten; 3. die Verteidigungsmittel der Flotte gegen Luft- und unterseeische Angriffe weit unter der erforderlichen Stärke lägen.

Er wurde darauf im Januar 1941 unerwartet durch Admiral Kimmel ersetzt. In seiner Unterredung mit Admiral Richardson hatte Präsident Roosevelt erklärt, daß die Flotte im mittleren Pazifik stationiert sein müsse, weil ihre Anwesenheit dazu beitragen würde, Japan von einerAggression im Fernen Osten abzuschrecken. Diese Ausrede muß dem Präsidenten dazu gedient haben, über einen kritischen Punkt der Besprechung hinwegzuhelfen, weil er dem Admi-



Amerikanische Matrosen protestieren dagegen, daß sie als Neutrale mit ihren Schiffen von den Reedereien an England verchartert werden sollen.



Gegner des Englandhilfgesetzes, Jack Mc. Michael, wird während der Sitzung eines Ausschusses des Senats in Washington abgeführt.



Roosevelt am Ziel seiner Wünsche. Am 8. Dezember 1941 unterschrieb er die Kriegserklärung an Japan und Deutschland.

ral den wirklichen Grund für die Belassung der Flotte in Hawai nicht sagen konnte. Pearl Harbor ist von der Linie: japanische Inlandsee nach Formosa weiter entfernt als New York von Gibraltar. Die damals in den Gewässern von Hawai stationierte Flotte war weder stark genug noch in geeigneter strategischer Position, um einen wirklichen Einfluß auf die japanischen Entschließungen in Ostasien ausüben zu können. Das hätte nur die Konzentrierung einer genügend starken Flotte bei den Philippinen bewirken können. Die Hawaiflotte dagegen konnte keine Operationen im westlichen Pazifik durchführen, weil ihr Bestand an Troßschiffen (Tanker, Versorgungsschiffe) ganz unzureichend war für derartige Unternehmungen in solcher Entfernung von einer ständigen Hauptversorgungsbasis. Diese Tatsache würde auch dem geschulten japanischen Spionagedienst in Hawai nicht entgangen sein. Die Japaner zögerten ja auch nicht, im Juli 1941 nach Französisch-Indochina einzumarschieren.

Darüber hinaus wurde aber im März 1941 die schon ungenügende Pazifikflotte geschwächt durch die Entsendung von drei Schlachtschiffen, 1 Träger, 4 leichten Kreuzern und 18 Zerstörern für den Atlantikdienst. Im Juni 1941 zog man sogar in Washington den Abzug weiterer 3 Schlachtschiffe nach dem Atlantik ernstlich in Erwägung. Derartig einschneidende Änderungen in den Flottendispositionen in diesen diplomatisch kritischen Zeiten wären niemals ohne die Billigung des Präsidenten durchgeführt worden. Bei der wirksamen japanischen Spionage in Hawai und in der Panama-Kanal-Zone wurden solche Stärkeveränderungen in Hawai und Schiffsverlegungen vom Pazifik nach dem Atlantik unverzüglich nach Tokio berichtet. Daraus folgt, daß die Bereitwilligkeit, die Pazifikflotte angesichts der wohlbekannten Spionage zu schwächen in dieser Zeit, in der ein scharfer diplomatischer Druck auf Japan ausgeübt werden sollte, ein klarer Beweis dafür ist, daß Präsident Roosevelt an dem angeblichen diplomatischen Effekt der Flotte auf Japan gar nichts gelegen war.

Eine andere Einzelheit in der Besprechung Präsident Roosevelts mit Admiral Richardson ist äußerst aufschlußreich. Der Admiral wollte wissen, ob die Vereinigten Staaten den Krieg erklären würden oder nicht, wenn Japan die malaiische Halbinsel, Niederländisch-Indien oder Indonesien angreifen würde. Der Präsident erwiderte, daß er nicht sicher wäre, ob die Vereinigten Staaten kämpfen würden, selbst, wenn die Philippinen angegriffen würden. Nach einer Pause fügte er dann aber hinzu, er sei fest überzeugt, daß das Land doch in einen pazifischen Krieg verwickelt werden würde, weil Kriege immer die Tendenz hätten sich auszuweiten, und daß Japan früher oder später irgend eine

Handlung begehen würde, die auch noch die Vereinigten Staaten hineinziehen würde.

Diese Äußerungen bedürfen einer sorgfältigen Prüfung. Wenn wir nicht für die Philippinen kämpfen würden, dann sicher auch nicht für Guam. Der Präsident konnte daher keine Unternehmung im Fernen Osten im Auge haben, die Amerika mit Sicherheit zum Kriege genötigt hätte. Wenn also der asiatische Raum für die Betrachtung ausfiel, dann blieben im Pazifik hierfür nur zwei Möglichkeiten offen, Hawai und der Panama-Kanal. Es ist wichtig, den klaren Beweis zur Kenntnis zu nehmen, der hier vorliegt, daß Japan, wenn es zum Kriege schritt, bald eine offenkundige Handlung gegen die Vereinigten Staaten begehen würde, und daß der Präsident darauf bestand, die Pazifikflotte in ihrer exponierten Lage in Hawai zu belassen.

Informationen, die den Befehlshabern in Hawai vorenthalten wurden

Da dieses Kapitel sich mit Präsident Roosevelts Maßnahmen in Richtung auf den Krieg befaßt, interessiert uns an dieser Stelle nur die Rolle, die er bei dem Vorenthalten von Informationen gegenüber Admiral Kimmel und General Short gespielt hat. Diese Rolle muß naturgemäß auf die Formulierung seiner Entscheidung und seine entsprechenden Anweisungen an Admiral Stark und General Marshall beschränkt sein.

Im August 1945 wurden gewisse Beurteilungen des Marine-Untersuchungshofes und die Stellungnahme des Staatssekretärs der Marine hierzu veröffentlicht. Der Gerichtshof kritisierte das Urteilsvermögen des Admirals Stark: Er hätte es unterlassen, während der kritischen Tage zwischen dem 26. November und 7. Dezember 1941 an Admiral Kimmel wichtige Informationen gelangen zu lassen, die er in Bezug auf die Absichten der Japaner besaß; er hätte ferner am 7. Dezember die sofortige Mitteilung unterlassen, daß nach Vorliegen der Meldungen mit unmittelbarem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu rechnen wäre und ein Angriff auf Hawai in Kürze erwartet werden müsse.

Die abschließende Stellungnahme des Staatssekretärs der Marine zu dieser Ansicht des Untersuchungshofes enthält folgende Entscheidung: »Admiral Harold R. Stark USN (im Ruhestand) soll in der Marine der Vereinigten Staaten keine Stellung bekleiden, die ein hohes Maß von Urteilskraft erfordert«.

Am folgenden Tage brachte mindestens eine Washingtoner Zeitung die Ant-

wort des Admirals zu dieser absprechenden Beurteilung. Er sagte, daß sein Gewissen in dieser Sache vollkommen rein wäre, weil alle seine dienstlichen Handlungen in den Tagen vor Pearl Harbor durch Befehle von »höherer Stelle« bestimmt gewesen seien. Admiral Stark hat diese Feststellung auch mindestens in einem Falle in einer privaten Korrespondenz wiederholt. Während dieser kritischen Tage gab es aber nur eine Stelle von höherer Autorität in der Reihenfolge der Marine-Befehlsgewalt als Admiral Stark: Präsident Roosevelt[7].

Es ist zu beachten, daß Admiral Stark sich gegen die Kritik an der Verweigerung von Informationen an Admiral Kimmel wehrte, den schwersten Vorwurf gegen seine Tätigkeit vor Pearl Harbor. Wenn er also sagte, daß alles, was er während dieser Zeit tat, auf Befehl von höherer Stelle geschah, so kann das nur heißen, daß während der vier Monate vor dem Angriff auf direkten Befehl des Präsidenten Roosevelt dem Chef der Pazifikflotte Informationen von höchster Wichtigkeit vorenthalten wurden. Wenn der Marineleitung derartige Weisungen erteilt wurden, dann muß man annehmen, daß ähnliches mit der Armee geschah. Ein solcher Befehl wäre vollkommen unwirksam gewesen, wenn er nur dem einen der beiden Oberbefehlshaber erteilt wurde. Die Umstände beweisen auch, daß General Marshall ähnliche Order erhielt. Von Anfang August bis zum 7. Dezember 1941 erhielt General Short ebensowenig wie Admiral Kimmel Kenntnis von den hochwichtigen Informationen, die in Washington vorlagen. Es gibt nur zwei mögliche Erklärungen für das systematische Verschweigen dieser Nachrichten gegenüber den Befehlshabern in Hawai: Ent-

[7] Da die militärischen Entscheidungen des Admirals beanstandet wurden, müssen die Befehle, die er von »höherer Stelle« erhielt, militärische Befehle gewesen sein. Der Präsident als Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist aber die einzige zivile Persönlichkeit, die rechtmäßig dem Oberbefehlshaber der Marine-Operationen derartige Befehle erteilen kann. Das ist der Fall, weil der Staatssekretär der Marine gesetzlich kein militärisches Kommando ausüben kann. Folglich hätte der Staatssekretär keine gesetzlichen Befugnisse gehabt, dem Admiral den Befehl zu geben, daß er dem Admiral Kimmel Informationen vorenthalten solle, die die militärischen Entschlüsse des Flottenchefs beeinflussen mußten, oder etwa die Gruppierung der Flotteneinheiten oder ihre Dispositionen in Erwartung eines feindlichen Angriffs zu ändern. Alle die Befehle, die Admiral Stark in dieser Sache von »höherer Stelle« empfing, können ihm deshalb nur von Präsident Roosevelt erteilt worden sein. Der Staatssekretär der Marine übt dagegen volle Befehlsgewalt aus über alle Marineeinrichtungen in Verwaltungs- und Routineangelegenheiten. In solchen Belangen ist also der Chef der Marine-Operationsabteilung voll und ganz den Befehlen des Staatssekretärs unterworfen.

weder geschah es nach gemeinsamer Entscheidung und Verabredung von General Marshall und Admiral Stark, oder es geschah auf Anordnung des Präsidenten selbst. Die berufliche Erziehung und Anschauung, die Erfahrung und der Ruf dieser beiden Offiziere lassen es undenkbar erscheinen, daß jeder von ihnen aus eigener Initiative zu einem solchen Entschluß gekommen wäre oder aber ihm zugestimmt hätte, ohne zu einer eigenen Entscheidung gekommen zu sein.

Wieder sehen wir uns derselben Tatsache gegenüber: Es waren Befehle des Präsidenten Roosevelt, die verhinderten, daß Nennenswertes von diesen lebenswichtigen Informationen über die Entwicklung der japanischen Frage den Hawai-Kommandeuren übermittelt wurde.

Es bestehen aber noch zwei weitere Vorfälle, die diese Folgerung auf das bestimmteste bestätigen.

Als die Verhandlungen in Washington durch die Note vom 26. November 1941 endgültig abgebrochen waren, wurde es notwendig, die auswärtigen Kommandostellen hiervon in Kenntnis zu setzen. Eine Unterlassung dieser Art wäre denn doch eine zu starke Herausforderung der geschichtlichen Kritik gewesen. Der Präsident gab denn auch den Befehl hierzu. Kriegsminister Stimson betonte diese Tatsache vor der Armee-Untersuchungskommission über Pearl Harbor, um seine ungewöhnliche Teilnahme an dem Entwurf dieser Depesche des Kriegsamts zu erklären. Normalerweise ist ja die Abfassung und Abfertigung einer solchen Benachrichtigung eine reine Routineangelegenheit, die ganz in der Zuständigkeit der Militärbehörden liegt und nicht einmal flüchtige Beachtung seitens des Präsidenten oder des Kriegsministers finden würde. Umso auffälliger ist die Tatsache, daß der Präsident es für notwendig hielt, selbst an Heer und Marine die Weisung zur Herausgabe der sogenannten Kriegswarnungen vom 27. November 1941 (siehe Kap. 8) zu geben, und hierin liegt der Beweis, daß er nicht nur wußte, daß den Hawai-Kommandeuren vitale Informationen vorenthalten worden waren, sondern auch erwartete, daß diese Haltung beibehalten würde, bis er Gegenbefehl erteilte.

Der vorerwähnte Zwischenfall setzt Präsident Roosevelts Handlungsweise am Abend des 6. Dezember 1941 ins rechte Licht. Gegen 21.30 Uhr, als er die 13 Stücke der japanischen Meldung erhielt, die an diesem Sonnabend eingegangen waren, sagte er zu Herrn Harry Hopkins »das bedeutet Krieg«. Später an demselben Abend sprach der Präsident, wie sich logisch schließen läßt, mit Admiral Stark, als dieser aus dem Theater zurückgekehrt war. Aber trotzdem wurde keinerlei Nachricht an die Befehlsstellen in Hawai gegeben, weder in

der Nacht noch am folgenden Vormittag. Die Benachrichtigung, die endlich am Sonntag Nachmittag herausging, erfolgte auf Initiative des Generals Marshall und kam, wie wir sehen werden, zu spät.

Warum also hat Präsident Roosevelt nach dem Interesse, das er am 26. November der Herausgabe einer Nachricht zugewendet hatte, jetzt in der Nacht zum 7. Dezember nichts getan, um sich zu vergewissern, daß Admiral Kimmel und General Short über den Empfang der Nachricht in Kenntnis gesetzt wurden, die »Krieg bedeuteten«? Der einzig mögliche Schluß ist auch hier, daß er nicht wollte, daß diese beiden Oberbefehlshaber davon unterrichtet würden, daß der Ausbruch des Krieges eine Frage von Stunden war.

Teil II

»Magic« gab es nur für Washington und Manila, nicht aber für Hawai

Kapitel 3

»Magic«

Der japanische Purpur-Code

Die allergeheimsten japanischen Nachrichtensysteme bedienten sich alle verschlüsselter Codes. Der Purpur-Code unterschied sich aber von den andern dadurch, daß er eine Maschine zum Verschlüsseln und Entschlüsseln brauchte. Washington entschleierte nun diesen Purpur-Code so vollständig, daß nicht nur der Code selber rekonstruiert und der Schlüssel als maschinell betätigt festgestellt wurde, sondern auch die Maschine selbst nachgebaut werden konnte. Daraufhin wurden eine Anzahl Purpur-Schlüsselmaschinen gebaut für den Gebrauch amerikanischer und englischer Entschlüsselungsstellen. Beim Gebrauch eines Chiffrecodes ist es allgemein üblich, die Chiffre periodisch zu wechseln, gewöhnlich alle 24 Stunden. Den Stationen, die den Code benutzen, wird dann jeweils für einen Zeitraum im voraus ein Chiffreschema übermittelt, einige Zeit bevor es in Kraft tritt. Bei der Purpur-Maschine war der Schlüssel zu jeder Chiffre in der Konstruktion der Maschine gegeben. Die Schnelligkeit, mit der alle japanischen Meldungen während der Ereignisse des Jahres 1941 entziffert werden konnten, läßt erkennen, daß die amerikanischen und britischen Abhörstellen auch die Bekanntgabe des Chiffreschemas auffingen.

»Magic« und seine Verteilung durch Washington

Die Durchbrechung des japanischen diplomatischen Nachrichtengeheimnisses war eine Dechiffrierleistung ersten Ranges. In Anerkennung dieser Arbeit wurden die durch diese Entschlüsselung erlangten japanischen Meldungen mit »Magic« bezeichnet. Nur unter dieser Bezeichnung liefen sie bei den Empfangsstellen in Washington im Jahre 1941.

Während der zweiten Hälfte dieses Jahres hatten Armee und Marine koordinierte Organisationen für diesen Zweck. Um dabei Doppelarbeit zu ver-

meiden, wechselten beide Stellen sich darin in einem 24-Stundenturnus ab. Die Einheiten der Marine empfingen und entschlüsselten die Meldungen an den ungraden Tagen, die Heeresstellen an den geraden Tagen. Im Marineamt fiel diese Aufgabe der Nachrichten-Sammelstelle zu, einer Unterabteilung der Verkehrsmittel-Sicherungsdivision im Marinenachrichtenamt. Die abgekürzte Bezeichnung für die Verkehrsmittel-Sicherungsdivision war OP-20-G und die der Nachrichten-Sammelstelle OP-20-GZ. Der Leiter von PO-20-GZ war Ende 1941 Kapitänleutnant Kramer, der durch seine doppelte Aufgabe bei der Handhabung von Magic zwei verschiedenen Vorgesetzten unterstand. In Bezug auf die Übersetzerarbeit war er dem Leiter der Verkehrsmittel-Sicherungsdivision unterstellt. Dagegen unterstand er für den Verteilungsdienst dem Direktor des Marine-Nachrichtenwesens.

Im Kriegsministerium wurde die Entschlüsselung und Übersetzung vom Signal-Nachrichtendienst bearbeitet, die dem Signalkorps unterstand. Jede fertig bearbeitete Meldung wurde der Ostasiensektion des Heeresnachrichtendienstes zugestellt, deren Chef, Oberst Bratton, die Verteilung für das Kriegsministerium leitete. Auf der Verteilungsliste der Marine standen 7 Empfänger, auf der Liste des Kriegsministeriums 6 Empfänger. Von jeder Meldung wurden 15 Ausfertigungen hergestellt. Davon gaben OP-20-GZ und der Signal-Nachrichtendienst jeweils dem andern 7 Ausfertigungen. Die Empfänger waren:

Marineleitung:	*Heeresleitung:*
Präsident Roosevelt	Staatssekretär Hull
Staatssekretär Knox	Staatsekretär Stimson
Admiral Stark	General Marshall
Konteradmiral Noyes	Brigadegeneral Gerow
Konteradmiral Turner	Brigadegeneral Miles
Kapitän z. See Wilkinson	Oberst Bratton
Korvettenkapitän McCollum	

Heer und Marine bedienten sich der gleichen Methode, um die richtige Verteilung der Magics sicherzustellen. Die Meldungen wurden in verschlossenen Taschen überbracht, zu denen nur der Empfänger und der verteilende Offizier einen Schlüssel besaßen. Jedem der Empfänger oder seinem bevollmächtigten Stellvertreter wurde eine verschlossene Tasche ausgehändigt. Die übliche Praxis war die, bei jedem Rundgange die Taschen zurückzulassen und sie bei der nächsten Runde mit den erledigten Meldungen wieder mit zurückzunehmen. Eine Ausfertigung der Meldungen wurde dann zu den Akten genom-

men, alle anderen auf dem schnellsten Wege vernichtet. Das Kriegsministerium, das nur 6 Empfänger hatte, konnte sofort eine Kopie ablegen.

Für nächtliche Verteilungen pflegten Oberst Bratton und Kapitänleutnant Kramer bei wichtigen Meldungen nach folgender Praxis zu verfahren: Die verschlossene Tasche wurde dem Empfänger in seiner Wohnung oder wo sonst er anzutreffen war, ausgehändigt. Abweichend davon machte Oberst Bratton es oft so, daß die Taschen den Offizieren vom Nachrichtendienst in den betreffenden Dienststellen übergeben wurden mit der Weisung, daß die Überbringung sofort zu erfolgen hätte.

Alle japanischen Botschaftsstellen und Konsulate waren zum Empfang von Ultrakurzwellen-Sendungen ausgerüstet, aber keine dieser Stellen besaß einen eigenen Sender. Deshalb ging der Verkehr aus Tokio in der Hauptsache über Radio, obgleich gelegentlich auch die Kabel benutzt wurden. Dagegen mußten die Meldungen nach Tokio über die öffentlichen Kabel oder Radio gehen außer in den wenigen Fällen, in denen das transpazifische Telefon benutzt wurde.

Während der zweiten Hälfte des Jahres 1941 nahm der diplomatische Verkehr Japans einen bedeutenden Umfang an. Glücklicherweise gab der Verkehr Tokio-Washington und Tokio-Berlin die Entwicklung der gesamten diplomatischen Situation vollständig wieder. Aber der amerikanische Nachrichtendienst richtete sich trotz gespannter Aufmerksamkeit für diesen wichtigsten Verkehr doch mit solcher Achtsamkeit auf den sonstigen japanischen Nachrichten-Verkehr ein, wie es die Verhältnisse zuließen. Der Verkehr mit Washington gab die Verhandlungen Vereinigte Staaten-Japan und Berichte wieder, während der Berlin-Verkehr Auskunft über die gesamten Verhandlungen Japans mit seinen zukünftigen Partnern aus dem Dreierpakt, Deutschland und Italien, gab.

Verteilung der nachgebauten Purpur-Code-Maschinen

Als die Purpurcode-Maschinen zur Verfügung standen, wurde mindestens eine davon nach London geschickt. Zwei der Maschinen wurden der Marine-Nachrichtensammelstelle zugeteilt und zwei weitere dem Heeres-Signal-Nachrichtendienst überlassen. Dadurch war es möglich, daß bei den beiden Entschlüsselungsstellen in Washington jederzeit eine Maschine auf die Chiffre der laufenden 24 Stunden eingestellt war, während die anderen den Verkehr des Vortages oder noch früherer Perioden bearbeitete.

Im April 1941 wurde die letzte bei der Marine verfügbare Maschine dem Kommando des 16. Marine-Distrikts auf den Philippinen übersandt. Der vollständige Personalstab für eine Entschlüsselungsabteilung begleitete die Maschine. Die gesamte Einrichtung wurde in den unterirdischen Räumen von Corregidor untergebracht. Die von Tokio ausgehenden diplomatischen Sendungen wurden auf diese Weise dem Chef der asiatischen Flotte und dem kommandierenden General der Heereseinheiten auf den Philippinen zugänglich gemacht. *Für Hawai gab es keine Purpur-Maschine.*

Mehrere Gedanken drängen sich da sofort auf. Warum wurden nicht, als die Maschinen in Washington in Auftrag gegeben wurden, 2 oder 3 weitere davon bestellt? Wenn aber damals tatsächlich nicht an eine solche Reserve gedacht worden war, so konnte doch die Nachlieferung einer weiteren Maschine keine zeitraubende Sache sein. Vor allem aber, warum wurde nicht der eigene amerikanische Bedarf gedeckt, ehe man eine Maschine nach England gab, mit dem man damals noch nicht einmal verbündet war? Das Eine steht fest: Diese selbstverständlichen Lösungen des Problems, auch für die Kommandostellen in Hawai 1 oder 2 Maschinen verfügbar zu machen, liegen zu sehr auf der Hand, als daß sie hätten übersehen werden können, als über die Verteilung der Maschinen entschieden wurde.

Die vorgenommene Verteilung der Purpur-Maschinen bedeutete, daß der Nachrichtendienst auf Hawai nicht in der Lage sein würde, irgend etwas von dem aufgefangenen japanischen diplomatischen Verkehr zu entschlüsseln. Die Marinestelle in Pearl Harbor konnte sich nur darauf beschränken, Schlüsse aus dem aufgefangenen Verkehr der japanischen Marine zu ziehen, wie etwa Anrufe von Schiffen, Umfang der Meldungen und Richtungspeilungen identifizierter Schiffssendungen.

Dem Vereinigten Ausschuß des Kongresses wurde hierzu mitgeteilt, daß Manila für die Stationierung der letzten verfügbaren Maschine der Marine gewählt worden sei, weil die Philippinenstation am wirksamsten in der Lage wäre, die japanischen Meldungen aufzufangen. Das war zutreffend, soweit der Verkehr Tokio-Berlin in Betracht kam, aber im übrigen war diese Erklärung überaus lahm. Der Empfang japanischer Radiosendungen war in Hawai genauso vollständig und befriedigend, aber die Stationierung des Hauptteils der amerikanischen Seestreitkräfte in diesem Gebiet machte es militärisch dringend ratsam, daß Magic den Hawai-Kommandeuren genauso zugänglich war wie Washington und dem asiatischen Kommando.

Wie wir gesehen haben, wäre es kein Problem gewesen, spätestens im Juli

auch nach Pearl Harbor eine Purpur-Maschine zu geben, um so die mangelnden Entschlüsselungsmöglichkeiten bei der Nachrichtenstelle dieser Station zu beheben. Auffangen aller japanischen Meldungen und ihre Entschlüsselung, das wäre die richtige Antwort auf alle die Gründe gewesen, die später im Zeugenstand vorgebracht wurden, um das Vorenthalten von Magic vor Admiral Kimmel und General Short zu rechtfertigen. Denn die wichtigsten Erklärungen, die für diese Maßnahme von Zeugen der Armee und Marine vor den verschiedenen Untersuchungskommissionen vorgebracht wurden, waren: Der große Umfang des japanischen Geheimverkehrs, sodann, daß die Übermittlung der Magic-Sendungen von Washington nach Hawai die Gefahr in sich geschlossen hätte, daß die Japaner die Durchbrechung ihres Code-Geheimnisses bemerkt hätten, wenn es ihnen nämlich gelang, ihrerseits den amerikanischen Code ebenfalls zu brechen. Als die Entscheidung für die Stationierung der letzten Purpurmaschine auf den Philippinen gefallen war, mußte sich der Gedanke ergeben, aus rein militärischer Notwendigkeit so bald wie möglich auch für Hawai eine Maschine bereitzustellen. Daß dies unterlassen wurde, macht es klar, daß es sich um ein beabsichtigtes Vorgehen und nicht um ein Versäumnis gehandelt hat. Vom militärischen Standpunkt aus gab es ganz gewiß keinen Gesichtspunkt, der diese Entscheidung gerechtfertigt hätte. Der einzig mögliche Schluß ist deshalb, daß die negative Entscheidung Bestandteil eines bestimmten Planes war, der vorsah, daß die Kenntnis von Magic den Hawai-Kommandeuren vorenthalten werden, den asiatischen Dienststellen aber zur Verfügung stehen sollte.

Vollständiges Verschweigen von Magic gegenüber Hawai ab Mitte August 1941

Admiral Kimmel sagte vor dem gemeinsamen Kongreßausschuß aus, daß er im Juli 1941 über sieben entschlüsselte japanische Sendungen unterrichtet worden sei, daß das Ministerium ihn aber ab Anfang August mit keinem Wort in dem Sinne unterrichtet hätte, daß er auch nur annähernd ein Bild von der zunehmenden Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan hätte gewinnen können oder ihm gar die Möglichkeit einer japanischen Aktion gegen Hawai angedeutet hätte. Der Zeitpunkt für den Beginn dieser Nachrichtensperre ist äußerst kennzeichnend. Die diplomatisch-wirtschaftliche Einkreisung Japans war seit drei Wochen in Wirkung. Präsident Roosevelt kehrte von der Neufundland-Konferenz mit Churchill Mitte August zurück. Japan

ging dem Zeitpunkt entgegen, zu dem es von den Vereinigten Staaten gezwungen wurde, zwischen Krieg und Kapitulation zu wählen.

Obgleich nun Admiral Kimmel während des Juli 1941 über geheime japanische Sendungen unterrichtet worden war, war doch die Bekanntgabe militärischer Informationen, die aus abgehörten japanischen Sendungen stammten, seit Beginn des Frühjahrs bei Heer und Flotte entscheidend eingeschränkt worden. Diese veränderte Handhabung war im Kriegsministerium durch eine Äußerung des Generals Marshall veranlaßt worden. Dieser hatte darauf hingewiesen, daß die Kenntnis von den Entschlüsselungsmöglichkeiten für japanische Sendungen auf einen kleinsten Personenkreis beschränkt bleiben müsse und niemals Informationen aus dieser Quelle außerhalb Washingtons bekanntgegeben werden dürften. Wenn in einem gegebenen Falle der Direktor der Seekriegsabteilung die Bekanntgabe einer solchen Nachricht für notwendig erachten würde, so hätte er eine entsprechende Depesche für General Marshall vorzubereiten. Auf diese Weise wurde die Kenntnis von einer solchen ausnahmsweise erfolgenden Bekanntgabe auf den Stabschef des Heeres und den Direktor der Seekriegsabteilung beschränkt.

Eine entsprechende Handhabung wurde für den Bereich der Marine angeordnet als Ergebnis einer Besprechung zwischen Admiral Stark, den Konteradmiralen Ingersoll und Turner sowie Kapitän Kirk, dem Direktor des Marine-Nachrichtenwesens im April 1941. Admiral Stark entschied damals, daß in Zukunft der Direktor der Seekriegsabteilung die Verantwortung für die Bekanntgabe aller Nachrichten zu tragen hätte, die auf die Auswertung japanischer Pläne Bezug hätten oder die Operationen der auswärtigen Kommandostellen beeinflussen könnten. Diese Anordnung wurde allen leitenden Mitarbeitern im Stabe des Chefs der Operationsabteilung bekanntgegeben.

Die Ausschaltung einer der seit langem bestehenden Funktionen der beiden Nachrichtenorganisationen in Washington, nämlich der Bekanntgabe ausgewerteter Nachrichten, war ein einzigartiges Vorkommnis. Wenn nun General Marshall und Admiral Stark Mitte August angewiesen wurden, die Bekanntgabe von Magic an Hawai einzustellen, wie das Admiral Kimmel in seiner Aussage so bestimmt behauptet hat, dann waren nur zwei Offiziere darüber zu unterrichten, Brigadegeneral Gerow und Konteradmiral Turner. Der wohlüberlegte Sinn dieser Maßnahme wird in das richtige Licht gesetzt durch die Bemühungen Admiral Kimmels während des 1. Halbjahres 1941, sicherzustellen, daß das Ministerium ihn voll unterrichtet hielte über alles, was die Flotte anging. In dieser Zeit schrieb er zwei Briefe an Admiral Stark zu dieser

Frage, einen vom 18. Februar und einen vom 26. Mai. Der letzte Absatz dieses zweiten Briefes lautete »Ich muß dringend nahelegen, daß grundsätzlich angeordnet wird, daß der Chef der Pazifischen Flotte stets sofort über alle wichtigen Entwicklungen unterrichtet wird und das auf dem schnellstmöglichen Wege«. Admiral Kimmel übergab diesen Brief persönlich an Admiral Stark im Juni 1941 und erhielt die Zusicherung, daß er im gewünschten Sinne informiert werden würde. Diese Zusage wurde aber nur für weniger als zwei Monate innegehalten.

Das so gut wie vollständige Verschweigen aller Informationen während der drei Monate, die dem Angriff auf Pearl Harbor vorhergingen, wird in den folgenden Kapiteln eindeutig aufgezeigt, in denen die wichtigsten japanischen Sendungen dieses Zeitraumes wiedergegeben sind. Nur eine einzige von den vielen Meldungen, die hier gar nicht aufgeführt sind, gelangte an Admiral Kimmel. In den ersten Dezembertagen wurde eine japanische Meldung aus Bangkog nach Tokio über eine beabsichtigte Landung bei Khotu Baru auf der Halbinsel von Kra zu seiner Unterrichtung an ihn übermittelt.

Diese völlige Verweigerung von Informationen gegenüber Hawai steht im Gegensatz zu den elementarsten Grundsätzen der Kriegführung. Sie ist einfach unverständlich, wenn man nicht annimmt, daß Präsident Roosevelt einen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor wünschte und brauchte.

Kapitel 4

Tokios Interesse an den genauen Liegeplätzen der US-Schiffe in Pearl Harbor

Während der ersten 9 Monate des Jahres 1941 hatte das japanische Konsulat in Honolulu nach der allgemeinen Praxis solcher Außenposten in amerikanischen Häfen alle Bewegungen amerikanischer Schiffe in den Gewässern um Hawai nach Tokio gemeldet. Das Abhören dieser Routinemeldungen hatte nur allgemeines Interesse für den amerikanischen Nachrichtendienst. In diese alltäglichen Berichte brachte aber die Anweisung Nr. 83 aus Tokio vom 24. September 1941, die hierunter wiedergegeben ist, eine ganz neue Wendung, und sie hörten auf, bloße Routinemeldungen zu sein. Diese Sendung und andere, die im Verkehr Tokio-Honolulu erfolgten, brachten den amerikanischen Nachrichtenstellen äußerst wertvolle Aufschlüsse.

Da uns hier nur diejenigen Nachrichten interessieren, die in Washington vor dem Angriff auf Pearl Harbor bekannt geworden waren, geben wir im folgenden nur die Nachrichten wieder, die vor dem Ereignis entschlüsselt vorlagen.

Als die Nachrichtenstellen von Heer- und Marineleitung die Bedeutung der Anweisung Tokios vom 24. September an das Konsulat in Honolulu erwogen und dabei zu den allein möglichen Schlüssen kamen, mußte sich ihre Aufmerksamkeit notwendig auf ein Telegramm richten, das in Washington acht Monate vorher eingetroffen war. Aus diesem Grunde ist es als notwendiger Ausgangspunkt für die Behandlung des Verkehrs Tokio-Honolulu anzusehen. Sein Wortlaut war:

»Botschafter Grew, Tokio, an Ministerium des Äußern (State Department) 27. Januar 1941: Der peruanische Gesandte hat ein Mitglied meiner Botschaft davon unterrichtet, daß er aus mehreren, darunter einer japanischen Quelle gehört hat, daß die Japaner im Falle eines drohenden Krieges mit den Vereinigten Staaten einen überraschenden Angriff auf Pearl Harbor durchzuführen beabsichtigen, und zwar unter Einsatz ihrer gesamten Kampfkraft und Kampfmittel. Der peruanische Gesandte hält diese Gerüchte für phantastisch. Trotzdem scheinen sie ihm von solcher Bedeutung zu sein, daß er es für nötig gehalten hat, einem Mitgliede meines Stabes davon Mitteilung zu machen.«

Tokio an Generalkonsul, Honolulu, 24. September 1941 (Nr. 83):

»In Zukunft wäre es erwünscht, von Ihnen laufende Berichte über Schiffe nach folgenden Richtlinien zu erhalten, soweit das möglich ist:

1. Das Hafengebiet von Pearl Harbor ist grob in 5 Sektoren zu gliedern. Gegen Abkürzungen nach Ihrem Ermessen keine Einwendungen.
   Sektor A Die Fläche zwischen der Ford-Insel und dem Arsenal.
   Sektor B Die Gewässer südlich und westlich der Ford-Insel. Dieser Sektor liegt also auf der entgegengesetzten Seite der Ford-Insel wie Sektor A.
   Sektor C Die östliche Bucht.
   Sektor D Die mittlere Bucht.
   Sektor E Die westliche Bucht und die verbindenden Wasserwege.
2. In Bezug auf Flugzeugträger und Kriegsschiffe ist es wichtig, Bericht von Ihnen zu erhalten, welche zu Anker liegen (diese weniger wichtig), welche an den Kais, an Bojen, im Dock. Typen und Klassen kurz angeben. Wenn möglich, ist es wichtig zu wissen, wenn zwei oder mehrere Schiffe nebeneinander am Kai liegen. (Entschlüsselt Kriegsministerium, 9. Oktober 1941)

Generalkonsul Honolulu an Tokio 29. Oktober 1941 (Nr. 178):

Diese Meldung erfolgte in Beantwortung der Depesche Tokio Nr. 83 und enthielt einen Zweibuchstabencode zur Bezeichnung der fünf beschriebenen Hafensektoren von Pearl Harbor.

Tokio an Generalkonsul Honolulu 15. November 1941 (Nr. 111):
Da die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten äußerst gespannt sind, geben Sie Ihren Bericht »Schiffe im Hafen« zweimal wöchentlich, aber unregelmäßig. Wenn auch schon vorausgesetzt, achten Sie auf unbedingte Geheimhaltung. (Entschlüsselt Marineleitung 3. Dezember 1941)

Generalkonsul Honolulu an Tokio 18. November 1941 (Nr. 222):
Langer Bericht über die Liegeplätze der Schiffe in den verschiedenen Sektoren des Hafens von Pearl Harbor. (Entschlüsselt Kriegsministerium 6. Dezember 1941).

*Tokio an Generalkonsul Honolulu, 18. No*vember 1941 (Nr. 113):
Erbitten Bericht über die zu Anker liegenden Schiffe in folgenden Gebieten: Areal »N« Pearl Harbor, Mamala-Bucht (Honolulu) und die daran angrenzenden Gewässer. Äußerste Geheimhaltung. (Entschlüsselt Kriegsministerium 5. Dezember 1941)

Tokio an Generalkonsul Honolulu, 20. November 1941 (Nr. 111)[8]
Bitte erforschen Sie eingehend die Flottenbasen in der Nachbarschaft des militärischen Bezirks von Hawai. (Entschlüsselt Kriegsministerium 4. Dezember 1941)

Kapitel 5

Die diplomatischen Depeschen Japans im November 1941

Der aufgefangene japanische Nachrichtendienst, namentlich der zwischen Tokio und Washington, war besonders lebhaft im November 1941. Die Verhandlungen Kurusus und Nomuras waren der Hauptanlaß dafür, obgleich auch andere Momente der heranreifenden Pazifikkrise ihren Anteil daran hatten. Zum Glück war nur ein Teil dieser Meldungen von wirklicher Bedeutung und somit notwendig zum vollen Verständnis für die letzten Ereignisse auf dem Wege zum Kriege. Die nachstehend wiedergegebenen Depeschen zeigen die

[8] Die Depeschen aus Tokio vom 15. und 20. November 1941 trugen beide die gleiche Nr. 111.

wachsende Verschärfung in Tokios Haltung bei den Washingtoner Verhandlungen und die offensichtliche Gewißheit, mit der die Japaner nach dem Erhalt der amerikanischen Note vom 26. November 1941 ihren geheimen Angriff anlaufen ließen.

Am 3. November gab der amerikanische Botschafter Grew in Tokio einen siebenteiligen Bericht an das Auswärtige Amt. Einige Stellen dieses Berichts sind geradezu geschaffen als Einführung zu diesem Kapitel und deshalb hier wiedergegeben: »Nishi-Nishi, Tokios führende Zeitung, vom 1. November brachte unter der Schlagzeile »Das Reich steht seiner größten Krise gegenüber« einen Artikel über die Notwendigkeit, dem Wirtschaftskriege zwischen den Vereinigten Staaten und Japan so oder so ein Ende zu setzen. Dieser Artikel sowie der gleichzeitige Leitartikel (am 1. November drahtlich nach Washington übermittelt) setzen sich mit der zur Zeit in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Haltung auseinander. »Die Ansicht, daß der Krieg im Fernen Osten bei Fortführung der Wirtschaftsblockade vermieden werden könnte, findet in den Tatsachen keine Stütze«.

»Japan wird lieber ein nationales Harakiri riskieren, als sich dem ausländischen Druck zu fügen;.

»Entscheidend bleibt die Frage, ob unsere nationalen Bedürfnisse, Politik und Interessen einen Krieg mit Japan rechtfertigen ... im Falle, daß die diplomatischen Verhandlungen fehlschlagen sollten ... Meine Absicht ist nur, mein Land davor zu bewahren, ungewollt in einen Krieg mit Japan hineinzuschliddern aus bloßer Unterschätzung der Entschlossenheit Japans, sich kopfüber in einen selbstmörderischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu stürzen«.

Tokio an Botschaft Washington, 6. November 1941 (Nr. 736):
Aus verschiedenen Gründen ist es unbedingt notwendig, daß alle Voraussetzungen für die Unterzeichnung dieses Abkommens bis zum 25. dieses Monats gegeben sein müssen. Ich verkenne nicht, daß dies eine schwer zu erfüllende Aufgabe ist, sie ist aber unter den gegebenen Bedingungen nicht zu umgehen. Bitte, würdigen Sie das gründlichst und meistern Sie das Problem, zu verhüten, daß die japanisch-amerikanischen Beziehungen in einen chaotischen Zustand verfallen. Verfolgen Sie dieses Ziel mit aller Bestimmtheit. Ich bitte Sie darum«. (Entschlüsselt Marineleitung 5. November 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 11. November 1941 (Nr. 762):
Nach dem Verlauf der Verhandlungen zu schließen, hat es den Anschein, als

ob die Vereinigten Staaten sich der äußerst kritischen Lage noch gar nicht bewußt wären. Es bleibt bei der Tatsache, daß der in meiner Sendung Nr. 736 genannte Termin unter den gegebenen Bedingungen unabänderlich ist. Dies ist ein unwiderruflicher Entscheidungstag (deadline-date), und deshalb ist es notwendig, daß bis dahin eine Verständigung erzielt ist. Die Sitzung des Parlaments wird am 15. eröffnet ... Die Regierung muß bis dahin ein klares Bild von der Situation haben, um den Fall in dieser Sitzung darlegen zu können. Sie wollen daraus ersehen, daß die Lage sich einem kritischen Punkt nähert, und die Zeit ist schon sehr knapp«. (Entschlüsselt Marineleitung, 12. November 1941)

Tokio an Generalkonsul Hongkong, 14. November 1941:
»Sollten die Verhandlungen mit Washington zusammenbrechen, dann wird sich das Reich in einer erschreckend kritischen internationalen Situation befinden. In Berücksichtigung dessen ist die vom Kabinett beschlossenene Außenpolitik, soweit China betroffen ist, die folgende:

A) Wir werden die britische und amerikanische Machtstellung in China völlig zerstören.

B) Wir werden alle feindlichen Konzessionen und alle wichtigen Feindrechte und Interessen (Zölle, Bodenschätze usw.) in China übernehmen.

C) Wenn es notwendig wird, werden wir auch alle diejenigen Rechte und Interessen im Besitz der Feindmächte beschlagnahmen, die in Beziehung zu der neuen chinesischen Regierung stehen.

(Entschlüsselt Marineleitung, 26. November 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 15. November 1941 (Nr. 775):
» ... Wie die Dinge auch stehen mögen, die Tatsache bleibt bestehen, daß der in meiner Anweisung Nr. 736 genannte Entscheidungstag absolut unabänderlich ist. Deshalb machen Sie den Vereinigten Staaten klar, worum es geht, so daß die Unterzeichnung eines Abkommens bis dahin ermöglicht wird«.
(Entschlüsselt Marineleitung, 15. November 1941)

Tokio an Kurusu, Washington, 15. November 1941:
»Zur Information Euer Exzellenz«
1. Ich habe Ihren Bericht Nr. 1090 gelesen, und Sie können versichert sein, daß ich Ihnen sehr dankbar bin für all die Mühe, die Sie aufgewendet haben. Aber das Schicksal unseres Landes hängt wie an einem dünnen Faden von

dem Ergebnis der wenigen noch verbleibenden Tage ab. Also kämpfen Sie noch härter als bisher.
2. ... Nach Ihrer Meinung sollten wir abwarten, wie der Krieg verläuft, ohne ungeduldig zu werden. Ich bedauere indessen sagen zu müssen, daß dies nicht im Bereich der Möglichkeit liegt. In meiner Anweisung Nr. 736 nannte ich Ihnen als Entscheidungstag den 25. November, um bis dahin die Verhandlungen zum Ziele zu führen. Dieser Tag wird nicht verschoben werden, bitte zeigen Sie Verständnis dafür. Sie sehen, wie kurz die verbleibende Zeit ist. Erlauben Sie deshalb den Vereinigten Staaten nicht, uns durch Winkelzüge hinzuhalten und die Verhandlungen noch weiter zu verschleppen. Drängen Sie auf eine Entscheidung auf Basis unserer Vorschläge und tun Sie, was in Ihren Kräften steht, um eine sofortige Lösung herbeizuführen«.
(Entschlüsselt Marineleitung, 17. November 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 22. November 1941 (Nr. 812):
»Es ist äußerst schwierig für uns, an eine Verschiebung des in meiner Instruktion Nr. 736 genannten Endtermins heranzugehen. Sie wissen das. Indessen weiß ich, daß Sie ihr Möglichstes tun. Bleiben Sie bei Ihrer festen Haltung und tun Sie, was Sie können. Unterlassen Sie nichts, um die von uns gewünschte Lösung herbeizuführen. Es bestehen Gründe, die Sie nicht kennen können, warum wir wünschen, daß die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bis zum 25. geregelt wären. Wenn Sie aber glauben, in den nächsten 3 oder 4 Tagen doch noch mit Ihren Verhandlungen zum Ziel kommen zu können, wenn also die Unterzeichnung bis zum 29. erreicht werden kann — lassen Sie es mich in Worten wiederholen: bis zum Neunundzwanzigsten —, wenn die diesbezüglichen Dokumente ausgetauscht werden können, wenn wir schließlich zugleich zu einer Verständigung mit Großbritannien und den Niederlanden gelangen können, kurz: wenn alles bis dahin geregelt werden kann, haben wir uns entschlossen, bis zu diesem Datum zu warten. Diesmal ist es allerdings unser Wille, daß dieser Entscheidungstag unter keinen Umständen noch einmal hinausgeschoben wird. Danach gehen die Dinge automatisch ihren Gang. Bitte machen Sie sich das eindringlich klar und verdoppeln Sie Ihre Anstrengungen, um doch noch zum Ziele zu kommen.

Diese Nachricht ist bis auf weiteres ausschließlich für die beiden Botschafter bestimmt.
(Entschlüsselt Marineleitung, 22. November 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 24. November 1941 (Nr. 823):
»Die in meiner Sendung Nr. 812 angegebene Zeit ist Tokio-Zeit«.
(Entschlüsselt Marineleitung 24. November 1941)

Botschaft Washington an Tokio, 26. November 1941 (Nr. 1180):
»... Unser Fehlschlag und unsere Demütigung sind vollständig. Wir möchten vorschlagen, erstens, daß Präsident Roosevelt Ihnen (dem Tenno) drahten möge, daß er um der Nachwelt willen hoffe, daß Japan und die Vereinigten Staaten zusammen arbeiten werden für die Erhaltung des Friedens im Pazifik ...«. (Entschlüsselt Marineleitung 28. November 1941)

Botschaft Washington an Tokio, 26. November 1941 (Nr. 1189):
»Um 4.45 Uhr nachm. am 26. trafen ich und Botschafter Kurusu mit Staatssekretär Hull zusammen und verhandelten zwei Stunden lang mit ihm ... Hull sagte ... Ich bedauere, Ihnen sagen zu müssen, daß wir dem nicht zustimmen können (Japans Vertragsvorschlag vom 20. November). Wir fühlen uns genötigt, einen Plan vorzuschlagen ... der die Differenzen zwischen unserem Vorschlage vom 21. Juni und Ihrem vom 25. September in Einklang bringt. Mit diesen Worten machte er uns die folgenden Vorschläge:

A. Unsere Anerkennung seiner sogenannten vier Prinzipien.

B. 1. Den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Tokio, Washington, Moskau, den Niederlanden, Tschungking und Bangkog;
2. Übereinkommen zwischen Japan, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, den Niederlanden, China, Thailand über die Unverletzlichkeit von Französisch-Indochina und wirtschaftliche Gleichberechtigung in Französisch-Indochina;
3. Die vollständige Zurückziehung aller japanischen Truppen aus China und ganz Französisch-Indochina;
4. Bindende und endgültige Verpflichtung Japans und der Vereinigten Staaten, kein anderes Regime in China zu unterstützen als das Tschiang-Kai-Sheks;
5. Die Aufhebung der Exterritorialität und aller Konzessionen in China;
6. Abschluß eines gegenseitigen Handelsvertrages zwischen Japan und den Vereinigten Staaten auf Grundlage der Meistbegünstigung;
7. Die beiderseitige Aufhebung der japanischen und amerikanischen Guthabensperre;
8. Stabilisierung des Wechselkurses Yen-Dollar;

9. Einerlei, um welche Art von Verträgen es sich handelt, die Japan oder die Vereinigten Staaten mit dritten Ländern abgeschlossen haben, verpflichten sich beide Teile, daß diese nicht als feindlich gegenüber den Gegenständen dieses Abkommens oder in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Friedens im Pazifik interpretiert werden. (Dies richtet sich natürlich gegen die Bestimmungen des Dreierpakts);

Der letzte Paragraph ist hier ausgelassen. Er enthält nichts als eine Aufzählung der Argumente des Botschafters und die Feststellung, daß die beiden Unterhändler durch die letzten amerikanischen Forderungen einfach zum Schweigen gezwungen wurden. Er kann hier also nicht als Nachrichtenmaterial gelten. (Entschlüsselt Kriegsministerium, 28. November 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 28. November 1941 (Nr. 844):
»Sie beide, meine Herren Botschafter, haben sich in übermenschlichen Bemühungen eingesetzt, aber die Vereinigten Staaten sind trotzdem noch weiter gegangen und haben uns diese erniedrigenden Forderungen gestellt. Das war ganz unerwartet und höchst bedauerlich. Die kaiserliche Regierung kann sie (die amerikanische Note) in keiner Weise als Grundlage für weitere Verhandlungen ansehen. Mit einer Darlegung der Ansichten der kaiserlichen Regierung, die ich Ihnen in 2 oder 3 Tagen zugehen lassen werde, werden die Verhandlungen de facto abgebrochen sein, das ist unvermeidlich. Ich möchte aber noch nicht den Eindruck erwecken, als ob der Abbruch schon erfolgt sei. Sagen Sie ihnen nur, daß Sie weitere Instruktionen erwarten und daß, obgleich Ihnen die Ansicht Ihrer Regierung noch nicht bekannt sei, die kaiserliche Regierung doch jederzeit nur berechtigte Ansprüche geltend gemacht und große Opfer für die Sache des Friedens im Pazifik gebracht habe ... Seit die Dinge so weit gekommen sind, habe ich mit dem Manne Fühlung genommen, von dem Sie in Ihrem Bericht Nr. 1180 gesprochen haben (dem Tenno). Dieser sagte, daß unter den gegebenen Umständen von dem, was Sie vorschlagen, keine Rede sein kann ...«.
(Entschlüsselt Marineleitung, 28. November 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 29. November 1941 (Nr. 857):
»Bei Ausführung dieser Instruktionen beachten Sie bitte, daß dies nicht zu irgend etwas führt, das als Abbruch der Verhandlungen ausgelegt werden kann.«

Dieser Satz bildete den Schluß einer Anweisung, weiter mit der Regierung

der Vereinigten Staaten im Gespräch zu bleiben. Dies war nichts weiter als ein Glied in der Kette der Bemühungen, den Anschein zu erwecken, als wolle Japan die Verhandlungen weiterführen.
(Entschlüsselt Marineleitung, 30. November 1941)

Am 27. und 30. November 1941 fanden ausgedehnte transpazifische Gespräche zwischen Botschafter Kurusu und dem Chef der Amerika-Abteilung im japanischen Außenamt, Yamamoto, statt. Bezeichnende Stellen in diesem Meinungsaustausch waren:

Yamamoto an Kurusu, 27.11.41: »Brechen Sie die Verhandlungen nicht ab«.
(Übersetzt Marineleitung, 28.11.41)

Kuruso an Yamamoto, 30.11.41: »Sollen die japanisch-amerikanischen Verhandlungen fortgesetzt werden?«
Yamamoto an Kuruso: »Ja«.

Kurusu an Yamamoto: »Vorher waren Sie so sehr eilig damit, nicht wahr, aber jetzt wünschen Sie, die Besprechung hinzuziehen. Wir werden aber dabei Ihre Unterstützung brauchen. Sowohl der Premierminister als auch der Außenminister werden einen andern Ton anschlagen müssen, verstehen Sie! Wahren Sie die Form besser«.
(Übersetzt Marineleitung, 30. November 1941)

Tokio an Botschaft Berlin, 30. November 1941 (Nr. 985):
Instruktion für den Botschafter, Hitler wie folgt zu informieren: »Die Verhandlungen zwischen Tokio und Washington, die im April aufgenommen wurden ... sind jetzt abgebrochen, zerbrochen ... sagen Sie ihnen (Hitler und Ribbentrop) streng vertraulich, daß äußerste Gefahr besteht für plötzlichen Kriegsausbruch zwischen den angelsächsischen Mächten und Japan infolge irgend eines bewaffneten Zusammenstoßes, und fügen Sie hinzu, daß der Ausbruch des Krieges früher erfolgen kann, als irgend jemand es sich träumen läßt«.

Diese bezeichnenden Wendungen waren Bestandteil einer langen, dreiteiligen Instruktion.
(Entschlüsselt Marineleitung, 1. Dezember 1941)

Tokio an Botschaft Berlin, 30. November 1941 (Nr. 986):
Diese Sendung war die zweite ausführliche an diesem Tage und bestand aus

zwei Teilen. Sie schilderte die japanische Version der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Ferner wurde festgestellt, »daß eine Fortsetzung der Verhandlungen von Schaden für unsere Sache sein würde«, und charakterisierte einige der amerikanischen Vorschläge vom 26. November als »beleidigend ... offensichtlich nur ein Trick«. Japan schloß daraus, daß die Vereinigten Staaten sich entschieden hätten, es als Feind anzusehen.
(Entschlüsselt Marineleitung, 1. Dezember 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 1. Dezember 1941 (Nr. 865):
»Der in meiner Instruktion Nr. 812 genannte letzte Termin ist gekommen und vorübergegangen, und die Lage gestaltet sich immer kritischer ... Um die Vereinigten Staaten nicht mißtrauisch werden zu lassen, haben wir die Presse und andere Stellen dahin unterrichtet, daß zwar noch weitere Meinungsverschiedenheiten zwischen Japan und den Vereinigten Staaten bestünden, daß aber die Verhandlungen weitergingen. (Dies ausschließlich zu Ihrer Information)«
(Entschlüsselt Marineleitung, 1. Dezember 1941)

Während der Washingtoner Verhandlungen hatte Japan für den Abschluß der Verhandlungen einen Entscheidungstag gesetzt, nach dessen Ablauf »die Dinge automatisch ihren Gang nehmen würden«. Gewisse Wendungen in den aufgefangenen Sendungen zeigten die große Bedeutung, die die japanische Regierung der Konferenz beimaß, und ließen keinen Zweifel, daß dies Japans letzter Versuch war, mit friedlichen Mitteln zu einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten zu gelangen. »Meistern Sie das Problem, zu verhüten, daß die japanisch-amerikanischen Beziehungen in einen chaotischen Zustand verfallen«. »Es scheint Anzeichen dafür zu geben, daß die Vereinigten Staaten sich nicht völlig der äußerst kritischen Situation bewußt sind«. »Das Schicksal unseres Reiches hängt wie an einem dünnen Faden von dem Ergebnis der wenigen noch verbleibenden Tage ab«.

Automatisch eintretende Handlungen nach dem Scheitern so entscheidender Verhandlungen konnten nur Kriegshandlungen sein. Darüber hinaus besagte die Depesche an den Generalkonsul in Hongkong offen, daß Japan zum Kriege mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien entschlossen wäre, wenn die Verhandlungen fehlschlügen. Diese Sendung wurde am 26. November 1941 entschlüsselt, dem Tage, an dem Staatssekretär Hull den japanischen Botschaftern die amerikanische Note überreichte, die den Verhandlungen in

Washington so entscheidend ein Ende setzte, wie das die klare Absicht des Präsidenten Roosevelt war.

Zwei Tage später wurde für die amerikanische Regierung auch der letzte Zweifel am Scheitern der Verhandlungen beseitigt durch die Anweisung aus Tokio an die japanischen Botschafter, daß »die kaiserliche Regierung sie (die amerikanische Note) in keiner Weise als Grundlage für weitere Verhandlungen ansehen kann. Mit einer Darlegung der Ansichten der kaiserlichen Regierung, die ich Ihnen in zwei oder drei Tagen zugehen lassen werde, werden die Verhandlungen de facto abgebrochen sein«. Ohne daß dies noch notwendig gewesen wäre, erbrachten die beiden Depeschen von Tokio nach Berlin, übersetzt am 1. Dezember 1941, einen weiteren Beweis hierfür.

Vom 28. November an wußte Präsident Roosevelt nebst seinen Washingtoner Ratgebern mit Sicherheit, daß der Krieg bevorstand und die japanische Antwort auf die amerikanische Note diesen Krieg zum Ausbruch bringen würde.

Danach gab Tokio durch die wiederholt betonte Wichtigkeit des Anscheins einer Fortsetzung der Verhandlungen sehr deutlich zu erkennen, daß das Moment der Überraschung das Wesentliche sein würde für »die Dinge, die danach automatisch ihren Gang gehen«. (Vergl. Präsident Roosevelts Feststellung in Kap. 7)

Das stimmte mit der hinlänglich bekannten Praxis der Japaner überein, seine Kriege mit einem überraschenden Angriff zu beginnen. In Kapitel 4 sahen wir, daß Washington genügend Anlaß zu der Annahme gegeben war, daß Pearl Harbor das Ziel dieses Angriffs sein würde.

Für Japan gab es nur zwei lohnende Ziele im Pazifik für einen solchen Angriff: Die Pazifische Flotte und der Panama-Kanal. Für seine strategischen Ziele im westlichen Pazifik bedeutete aber eine Beschädigung des Panamakanals nichts im Vergleich mit einer ernsten Schädigung der Pazifikflotte. Wenn diese Flotte nun in Pearl Harbor stationiert war, ist es nicht zu viel gesagt, wenn man feststellt, daß dies das einzig lohnende Ziel im Pazifik war. Präsident Roosevelt hatte augenscheinlich soviel strategische Einsicht, daß er diese Tatsache voll in Rechnung stellte, als er darauf bestand, die Flotte in Hawai stationiert zu lassen.

Admiral Kimmel war sich immer bewußt, daß seine Flotte das Ziel eines japanischen Überraschungsangriffs sein könnte. Aber die große Frage war für ihn immer — wann! Er und seine Admirale, mit denen er die Situation ständig erörterte, *wären sich ganz ohne Zweifel darüber klar gewesen, daß dieser*

Termin Anfang Dezember sein würde, wenn man ihnen von all dem Kenntnis gegeben hätte, was in Washington bekannt war. Das allein ist es, worum es sich bei der Pearl Harbor Sache gehandelt hat. Dann allerdings wäre es kein Überraschungsangriff gewesen, und niemand hätte in diesem Falle sagen können, wie oder wann Amerika dann in den Krieg hineingeraten wäre.

Kapitel 6

Die Anweisung zur Vernichtung der Codes

Die schärfste Reaktion auf angespannte internationale Beziehungen ist die Kriegserklärung. Die entscheidende Maßnahme, die diesem letzten Schritt vorausgeht, ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Wenn die Beziehungen abgebrochen werden, werden die Botschafter abberufen und die Missionen offiziell geschlossen. Trotzdem bleibt eine Anzahl ihrer Mitglieder zurück und ihre diplomatische Unverletzlichkeit bleibt voll respektiert. Darüber hinaus bleiben aber die Konsulate während dieses Zustandes in Funktion, weil sie nach internationalem Brauch nicht als Mitglieder der diplomatischen Vertretung gelten. Geheimmaterial in den Botschaften und Konsulaten ist deshalb völlig gegen Beschlagnahme geschützt, ebenso gegen fremde Einsicht, solange dieser Zustand des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen besteht.

Der Ausbruch des Krieges schafft aber eine völlig andere Situation. Die nunmehr feindlichen Botschaften und Konsulate werden sofort in Besitz genommen und ihr Personal bis zur Rückführung in die Heimat festgenommen.

Wenn der Kriegsausbruch als bevorstehend angenommen wird, entsteht daher für den betreffenden Staat das vitale Interesse an der Sicherung des Geheimverkehrs und der Geheimakten, und es werden alle Vorkehrungen getroffen, daß kein Material der genannten Art in feindliche Hände gerät, wenn die diplomatischen und konsularischen Posten vom Feinde in Besitz genommen werden. Wenn also ein Staat seine Botschaften und Konsulate in einem anderen Lande anweist, die Codes, Chiffren, Codemaschinen und Geheimsachen zu vernichten, dann kann dieser Schritt nur die Bedeutung haben, daß der Kriegsausbruch als bevorstehend angenommen wird. Aus keinem anderen Anlaß würde sich ein Staat jeder Möglichkeit geheimen Verkehrs mit seinen Missionen in einem andern Staat berauben.

In den Tagen von Pearl Harbor sahen die Japaner den Purpurcode als das System größter Sicherheit an. Dieses System verwendete eine geheime Maschine zum Verschlüsseln und zum Entziffern. Nur die wichtigen Auslandstellen waren mit diesem Code ausgerüstet — Botschaften und solche Konsulate wie die in Manila, Singapore und Batavia. Für den Geheimverkehr mit anderen Konsulaten wurden Codes eines geringeren Sicherheitsgrades verwendet.

Während der kritischen letzten Tage des Friedenszustandes waren die Japaner natürlich gehalten, ihre Kriegsabsichten geheimzuhalten. Aus dieser Überlegung heraus waren zwei verschiedene Wege zur Übermittlung der Anweisung zur Code-Vernichtung nötig, solche, die mittels des Purpurcode gegeben werden konnten, und solche, für die weniger sichere Geheimmittel benutzt werden mußten. Denn in diesem Zeitpunkt rechneten die Japaner augenscheinlich nicht mit der Möglichkeit, daß ihr Purpurcode kompromitiert sein könnte.

Um die Sicherheit für die Anweisung zur Code-Vernichtung an Missionen und Konsulate, die noch nicht mit dem Purpurcode ausgerüstet waren, zu erhöhen, hatte Tokio die besonderen »Winde«- und »Versteckte Worte«-Codes entwickelt. Die ganze »Winde«-Episode bleibt dem Kapitel 10 vorbehalten aus Gründen, die dort ausgeführt werden. Der »Versteckte Worte«-Code wurde durch die nachstehende Sendung angeordnet:

Tokio an Botschaft Washington, 27. November 1941 (Zirkular 2409) (in 4 vollständigen Teilen) »als Obliegenheit des Missionschefs zu behandeln«:

»Angesichts der gespannter werdenden internationalen Beziehungen wird das folgende Aushilfssystem für Meldungen, die »Ingo Denpo« (versteckte Worte oder irreführende Sprache benutzende Depeschen) in Kraft gesetzt. Studieren Sie dies sorgfältig. »Stelle eine Tabelle auf, deren linke Spalte die Code-Wörter enthält und die Rechte die entsprechenden Klartextworte. Besonders darauf achten, daß keine Schreibfehler vorkommen.«

Teil 1

»Beispiel: Eine Meldung der Bedeutung »Japanische und USSR-Streitkräfte haben einen Zusammenstoß gehabt« wird heißen Hijikata und Kubota Sekretäre sind zu Ihrer Botschaft beordert am 15ten (Beginn der Schlüsselung) Stop (Ende der Schlüsselung)«.

»Um diese Kabel von anderen unterscheiden zu können wird an das Ende das englische Wort »Stop« gesetzt. Das japanische Wort »Owari« (Ende) wird nicht gebraucht«.

Teil 2	
Code-Wort	*Bedeutung*
Hatakeyama	Die Beziehungen zwischen Japan und ... haben sich verschlechtert
Hattori	Die Beziehungen zwischen Japan und ... sind nicht so, wie erwartet
Teil 3	
Hijikata	Japans und ... Streitkräfte haben einen Zusammenstoß gehabt
Kashiwagi	Wir eröffnen Kampfhandlungen gegen ...
Koyanagi	England
Kubota	U.S.S.R.
Teil 4	
Minami	Vereinigte Staaten

(Entschlüsselt Marineleitung, 2. Dezember 1941)

Diese Anweisung enthielt 53 Codewörter nebst ihrer Bedeutung. Der Kürze wegen haben wir die meisten fortgelassen und nur die Worte wiedergegeben, die zum Verständnis des Beispiels in Teil 1 der Anweisung und der »Versteckte-Worte-Depesche«, die am 7. Dezember 1941 in Washington (s. Kapitel 8) aufgefangen wurde, nötig sind.

Tokio an Botschaft Washington, 1. Dezember 1941 (Zirkular Nr. 2444)
»Die vier Stellen in London, Hongkong, Singapore und Manila sind angewiesen worden, die Code-Maschinen nicht mehr zu benutzen. Die Maschine in Batavia ist nach Japan zurückgeschickt worden. Entgegen dem Inhalt meines Zirkulars Nr. 2447 bleibt die Maschine der U.S. (Botschaft) mit dem Maschinen-Code da«.
»Bitte verkehren Sie mit Frankreich, Deutschland, Italien und der Türkei über die Schweiz und mit Brasilien, Argentinien und Mexico City von Washington aus.«
(Entschlüsselt Marineleitung, 1. Dezember 1941)

Tokio (Togo) an Botschaft Washington, 2. Dezember 1941 (Nr. 867):
»1. Verbrennen Sie alle Telegraphencodes in Ihrem Besitz mit Ausnahme derjenigen, die jetzt mit der Maschine in Gebrauch sind, und je 1 Kopie des »O«-Ode (Oite) und den Kurzcode (L).

Verbrennen Sie auch die verschiedenen anderen Codes, die Sie in Verwahrung haben.«

»2. Setzen Sie sofort eine Ihrer Code-Maschinen außer Betrieb und zerstören sie gründlich«.

»3. Die Ausführung melden Sie mir durch das eine Wort »Haruna«.

»4. Zu dem von Ihnen für richtig gehaltenen Zeitpunkt und nach Ihrem Ermessen verfahren Sie mit allen Ordnern für ankommende und abgehende geheime Schriftstücke«

»5. Verbrennen Sie alle Codes, die Ihnen der Telegraphen-Beamte Kosaka überbracht hat. Die Notwendigkeit, mit Mexico City in Kontakt zu kommen gem. meiner Note Nr. 860, besteht nicht mehr«.
(Entschlüsselt Kriegsministerium, 3. Dezember 1941)

Kriegs- und Marineministerium konnten schnell feststellen, daß die Codevernichtung der Japaner eilig vor sich ging. Am 3. Dezember teilte die britische Admiralität mit, daß die japanische Botschaft in London die Vernichtung durchgeführt habe. Am Sonnabend, 6. Dezember 1941, waren 16 »Harunas« empfangen unter Einschluß derer von New Orleans, San Francisco und Seattle.

Japanische Gesandtschaft Bern an japanische Gesandtschaft Ankara, 2. Dezember 1941, (Tokio Zirkular Nr. 2447):
Es sind Anweisungen ergangen an unsere diplomatischen Stellen in Nordamerika einschließlich Manila, Kanada, Panama, Kuba, die Südsee einschl. Timor, Sinora, Tschein-Mai und alle unsere Geschäftsträger in britischen (einschl. unserer Botschaft in London) und niederländischen Gebieten, mir Anzeige zu machen über die Vernichtung aller ihrer telegrafischen Codes mit Ausnahme einer Kopie von »Oite« und »L«.

»Weitergabe von Berlin nach Lissabon, Helsinki, Budapest und Wien; Weitergabe von Rom nach Bukarest; Weitergabe von Bern nach Vichy, Ankara, Lissabon, Madrid; Weitergabe von Rio nach Buenos Aires, Lima, Santiago, Mexico City, Panama, Bogota; Weitergabe von Bangkog nach Hanoi, Saigon ...«
(Entschlüsselt Kriegsministerium, 6. Dezember 1941)

Diese letzten beiden Sendungen zur Serie der Code-Vernichtungen, die von Tokio am frühen Morgen des Pearl Harbor-Angriffs herausgingen, sind

in Kapitel 8 erörtert im Zusammenhange mit anderen Ereignissen in Washington am 6. und 7. Dezember 1941.

Zusammen mit den Anweisungen zur Code-Vernichtung gaben Tokios Instruktionen über Personalverschiebungen einen weiteren Hinweis auf das unmittelbare Bevorstehen des Krieges. Während des Sommers und Ende des Jahres 1941 befand sich Sekretär Terasaki als Spionageexperte in Washington, um den Aufbau eines japanischen Spionagenetzes in Latein-Amerika zu leiten. Am 2. Dezember 1941 ordnete Tokio seine sofortige Abreise aus den Vereinigten Staaten an. Hierüber erfolgte der nachstehende Telegrammwechsel:

Botschaft Washington an Tokio, 3. Dezember 1941 (Nr. 1245):
»Terasaki mitten in Nachrichtenarbeit im wichtigsten Zeitpunkt. Würden ihn gerne noch für einige Zeit hierbehalten, dann Abreise am Neunzehnten. Tagaki an der Tatsuta-Maru Angelegenheit ...«
(Entschlüsselt Marineleitung, 4. Dezember 1941)

Tokio an Botschaft Washington, 5. Dezember 1941 (Nr. 896):
»Antwort auf Ihre Nr. 1245: Lassen Sie bitte Terasaki, Ando, Yamamoto und Andere in den nächsten Tagen mit Flugzeug abreisen«.
(Entschlüsselt Marineleitung, 6. Dezember 1941)

Korvettenkapitän Kramer sagte später vor dem Marine-Untersuchungsausschuß aus, daß das offizielle Washington nicht die Absicht hatte, dem japanischen Botschaftspersonal in diesen ersten Dezembertagen die Abreise aus den Vereinigten Staaten zu gestatten. Mit anderen Worten, die maßgebenden Stellen in Washington wußten, daß der Krieg so nahe bevorstand, daß es empfehlenswert war, die Abreise des japanischen Botschaftspersonals zu verhindern. Den Hawai-Kommandeuren wurden aber auch darüber keine bestimmten, unmißverständlichen Mitteilungen gemacht.

Am 3. Dezember 1941 hatte die Marineleitung das Tokio-Zirkular Nr. 2444 und die Depesche Nr. 867 vorliegen und ließ daraufhin die nachstehenden vier Benachrichtigungen herausgehen. Im Kopf dieser Sendungen wurden die folgenden abgekürzten Adressen verwendet:

OPNAV Dienststelle des Chefs des Flottenkommandos bei der Marineleitung (Office of the Chief of *Nav*al *Op*erations)

CINCAF	Chef der Asiatischen Flotte (COMM.-*In*-Chief *A*siatic *F*leet)
CINCPAC	Chef der Pazifikflotte (Comm.-*in*-Chief *Pac*ific Fleet)
COM 14	Chef des 14. Marinebezirks (*Com*mandant *14*th Naval District)
COM 16	Chef des 16. Marinebezirks
NAVSTA GUAM	Marinestation Guam (*Nav*al *Sta*tion *Guam)*

Dieses Adressensystem ist seit langem im Marineverkehr in Gebrauch. Die Adressen sind in zwei Gruppen geteilt, solche unter der Bezeichnung »for action« (zu entsprechender Veranlassung) und solche unter »for information« (die nur zur Information bestimmt sind).

OPNAV zu entsprechender Veranlassung an
CINCAF, CINCPAC, COM 14, COM 16, 3. Dezember 1941:
»Es liegen sehr zuverlässige Nachrichten vor, daß gestern kategorische und dringende Anweisungen an die diplomatischen und konsularischen japanischen Vertretungen in Hongkong, Singapore, Batavia, Manila und Washington sowie London ergangen sind, ihre Codes und Chiffren zu vernichten und alle anderen wichtigen Geheimpapiere zu verbrennen«.

Diese Nachricht wurde vom Direktor des Marine-Nachrichtenwesens redigiert und herausgegeben. Dabei ist es von Interesse, daß der Entwurf die folgende Stelle enthielt »Aus dem Gesagten ist zu schließen, daß Japan in Kürze eine Unternehmung in Südostasien beabsichtigt«. Diese Stelle wurde aber gestrichen, ehe die Sendung herausging. Nur Admiral Stark und Konteradmiral Turner konnten eine Depesche herausgeben, die Schlüsse über wahrscheinliche japanische Absichten enthielt. Hierüber bestand seit langem eine Anordnung bei der Marineleitung.

OPNAV zu entsprechender Veranlassung an CINCAF, COM 16 3. Dezember 1941
zur Information an CINCPAC, COM 14
COPEK
»Zirkular 2444 aus Tokio vom 1. Dezember 1941 beauftragte London, Hongkong, Singapore und Manila die Purpurmaschinen zu vernichten. Die Maschine aus Batavia wurde nach Tokio zurückgeschickt. Washington ebenfalls

2. Dezember angewiesen, die Purpurmaschine zu vernichten. Britische Admiralität berichtet heute, daß London der Anweisung entsprochen hat.«

Obgleich dieses Telegramm wie üblich an den Flaggoffizier jeder Dienststelle adressiert war, bedeutete der Zusatz *COPEK*, daß es von der Entschlüsselungsgruppe der Verkehrsmittel-Sicherungsdivision ausging und an die entsprechende Einheit bei den vier Adressaten gerichtet war. Zu beachten ist ferner, daß es »nur zur Information« an Admiral Kimmels Stab und den des 14. Marinebezirks gerichtet war. Darüber später eine Erläuterung.

In Erkenntnis des nahe bevorstehenden Krieges zu Ende der ersten Dezemberwoche 1941 sandte Washington die folgenden beiden Depeschen ebenso wie zahlreiche entsprechende an diplomatische und konsularische Missionen in Japan und japanisch besetzten Gebieten des asiatischen Festlandes:

OPNAV zur Veranlassung an NAVSTA GUAM, 4. Dezember 1941
zur Information an CINCAF, CINCPAC, COM 14,
COM 16 ohne Vorrang zu befördern

»Guam alle geheimen und vertraulichen Papiere und anderes klassifiziertes Material vernichten außer dem für laufenden Verkehr und Sondernachrichten Notwendigen; zurückbehalten notwendiges Chiffrematerial für wichtigen Verkehr mit CINCAF, CINCPAC, COM 14, COM 16 und OPNAV. Halten Sie alles noch zurückbehaltene Material zu sofortiger Vernichtung bereit. Berichten, welche Chiffre zurückbehalten«.

OPNAV zur Veranlassung an CINCPAC, 6. Dezember 1941
zur Information an CINCAF

»Angesichts der internationalen Lage und der besonders exponierten Situation unserer entfernten pazifischen Inseln sind Sie ermächtigt, diese mit der Vernichtung geheimen und vertraulichen Materials, sei es jetzt, sei es später, bei noch ernsterer Lage zu beauftragen. Das notwendigste Material für den dringenden laufenden Verkehr und Sonderinformationen muß natürlich bis zum letzten Augenblick verfügbar gehalten werden«.

Diese beiden letzten Depeschen gehörten zur Zuständigkeit der Verkehrsmittel-Sicherungs-Division. Beim Entwurf der letzten Depesche vom 6. Dezember 1941, der vom Führer der Division verfaßt war, begann der Wortlaut mit der Wendung »Angesichts des bevorstehenden *Krieges*«. Es ist durch Zeugen-

aussagen belegt, daß der Direktor des Marine-Verkehrswesens die Änderung befahl, die als endgültige Fassung wie oben wiedergegeben herausging. Es steht also fest, daß die Worte »angesichts des bevorstehenden Krieges« gestrichen und durch die im höchsten Grade irreführenden Worte »sei es jetzt, sei es später, bei noch ernsterer Lage« ersetzt wurden. Wir haben ja zur Genüge gesehen, wie den Hawai-Kommandeuren in diesen Tagen jede Information vorenthalten wurde. Es wird nun auch offensichtlich, daß gewissermaßen als Erweiterung der Methode des Verschweigens in diesen ersten Dezembertagen bei Nachrichten für die Pazifikflotte auch die Vorstellung vermieden werden sollte, daß der Krieg unmittelbar bevorstände.

Gemäß dem Dienstgebrauch beim Marine-Verkehrswesen wurden die Nachrichten mit den folgenden Dringlichkeitsstufen gekennzeichnet:

1. Dringlicher Vorrang: Verlangte schnellmöglichste Beförderung und Zustellung (priority)
2. Gewöhnlicher Vorrang: Behandlung unter Vermeidung unnötiger Verzögerung (routine)
3. Ohne Vorrang: Besagte, daß die Erledigung nicht besondere Eile erfordert (deferred)

Jede Depesche, die nicht als »priority« oder »routine« gekennzeichnet war, wurde als »deferred« ohne Vorrang behandelt. Um unzulässige Verzögerung zu vermeiden, wurde aber in der Regel ein Termin für die Zustellung gesetzt.

Der Ankläger beim Marine-Untersuchungsausschuß versuchte festzustellen, warum Konteradmiral Noyes noch am Nachmittag des 6. Dezember 1941 die letzte dieser Nachrichten »ohne Vorrang« hätte herausgehen lassen.
Die Antwort war reichlich unbestimmt, besagte aber wohl im Grunde, daß eine vom Direktor des Marine-Verkehrswesens persönlich angeordnete Depesche in jedem Falle sehr schnell erledigt worden wäre, einerlei unter welcher Dringlichkeitsstufe sie liefe. Der Ausschuß glaubte, sich nicht weiter mit dieser Frage befassen zu müssen.

Immerhin vermied es Admiral Noyes, auf die Wirkung einzugehen, die der fehlende Vorrangvermerk auf den weiteren Lauf der Depesche haben mußte, und das in einem so späten Stadium der sich schnell entwickelnden Krise. Denn, einerlei, wie schnell die Depesche in den Verkehr gegeben wurde, so mußte ihre spätere Weiterleitung doch unweigerlich auf Grund ihrer geringen Wichtigkeit verzögert werden. Überdies trug die Depesche außer dem Unwichtigkeitsvermerk nicht einmal einen Endtermin für die Zustellung.

Die Behandlung dieser vier Anweisungen zur Codevernichtung war überhaupt recht merkwürdig. Nach all dem, was den Hawai-Kommandeuren an Unterrichtung vorenthalten war, lag hier der schlüssige Beweis vor, daß Japan im Begriff stand, die Kampfhandlungen zu eröffnen. Und hier wurde nun die so dringende Übermittlung dieser Nachricht in so übler Weise verpfuscht, um nicht zu sagen, hintertrieben.

Die erste Depesche vom 3. Dezember war unglücklich abgefaßt. Die Anweisung Japans an alle seine auswärtigen Missionen zur Vernichtung des Hauptteils ihres Code- und Chiffrematerials bedeutete, daß der Krieg bevorstand, daß aber die entscheidende Annäherung an die Stunde des Kriegsausbruchs noch durch eine weitere Order Tokios zur Vernichtung auch des letzten Materials gekennzeichnet werden würde. Tatsächlich aber hatten schon die japanischen Depeschen vom 1. und 2. Dezember diese endgültige Vernichtung angeordnet. Nur für die Botschaft in Washington wurde die Ausnahme gemacht, einen Code und eine Schlüsselmaschine zurückzubehalten. Der Zweck konnte nur noch sein, letzte Nachrichten aus Tokio empfangen zu können, darunter die über den Beginn der Kampfhandlungen.

Die COPEK-Depesche vom gleichen Tage war korrekter abgefaßt. Sie wurde offensichtlich aus dem Grunde abgeschickt, um sich zu vergewissern, daß die Entschlüsselungsgruppe in Corregidor (Manila) im Besitz dieser wichtigen Magic-Nachricht wäre (Zirkular Nr. 2447). Das würde erklären, warum sie an die Stäbe beim Chef der Asiatischen Flotte »zur Veranlassung«, an die Empfänger in Hawai aber nur »zur Information« gerichtet wurde. Da Admiral Kimmel nichts davon wissen konnte, daß die Philippinen die Magics selbst sofort empfangen konnten, lag es nahe, daß die unterschiedliche Adressierung für die asiatischen und die Hawai-Kommandostellen ihn leicht zu irrigen Annahmen führen konnte.

Der Wortlaut der Depesche vom 6. Dezember enthielt in keiner Weise einen Wink, daß der Kriegsausbruch eine Sache von Stunden wäre. Darüber hinaus kennzeichnete der Vermerk »ohne Vorrang« diese Depesche ebenso wie die vorhergehende vom 4. Dezember nach Guam in keiner Weise als wichtig oder dringlich, und das am Vorabend des japanischen Angriffs. Die unbefangene Beurteilung dieser vier Depeschen, so wie sie abgefaßt und übermittelt waren, konnte in Hawai nur derart sein, daß man in Washington den Kriegsausbruch nicht als unmittelbar bevorstehend ansah.

Alles dies konnte nur besagen, daß keine unmittelbare Gefahr vorläge, und das in dieser allerletzten Stunde, so daß die Befehlsstellen in Hawai irrige

Schlüsse ziehen mußten wegen der nachlässigen Abfassung der zwei Depeschen, die unbedachte Adressierung einer anderen und die Bezeichnung »ohne Vorrang« für die Übermittlung der beiden andern. Solche Fehlschlüsse wären nicht möglich gewesen, wenn diese Befehlshaber die so aufschlußreichen aufgefangenen Sendungen aus dem japanischen Verkehr Tokio-Washington, Tokio-Berlin und Tokio-Honolulu erhalten hätten.

Kapitel 7

Die Konferenz im Weißen Hause am 25. November 1941

Am 25. November mittags versammelte sich Präsident Roosevelt im Weißen Hause mit seinen wichtigsten Ratgebern. Außer dem Präsidenten waren anwesend die Staatssekretäre Hull, Stimson und Knox sowie General Marshall und Admiral Stark. Die Diskussion bei dieser Konferenz und gewisse Tatsachen im Hintergrunde kennzeichnen sie als ein Ereignis von einschneidender Wichtigkeit in der Pearl Harbor-Angelegenheit. Der nachstehende Auszug aus der Zeugenaussage des Staatssekretärs Stimson vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses (Kap. 12) gibt die wichtigen Punkte aus dieser Diskussion klar wieder:

»Der Präsident kam sofort auf die Beziehungen zu Japan zu sprechen. Mr. Hull sagte, daß die Japaner zum Angriff bereitständen und daß der Angriff jederzeit erfolgen könne. Der Präsident sagte dazu, die Japaner wären ja bekannt dafür, daß sie ihre Angriffe ohne vorherige Warnung ausführten, und äußerte sich, wir könnten beispielsweise am nächsten *Montag* angegriffen werden. — Im besonderen beschäftigte uns eine Frage: Wenn man weiß, daß der Feind im Begriff ist zuzuschlagen, dann ist es im allgemeinen nicht gerade klug, zu warten, bis er einen überraschend anspringt. Wenn wir es aber trotz des darin liegenden Risikos den Japanern überließen, den ersten Schuß zu feuern, dann täten wir das, um der vollen Unterstützung des amerikanischen Volkes sicher zu sein. Aus diesem Grunde wäre es ratsam sicherzustellen, daß es die Japaner wären, die den Anfang machten, so daß es für niemand einen Zweifel geben könne, wer der Angreifer gewesen wäre.

Stimsons Tagebuch gibt dies unter dem 25. November mit folgenden Worten wieder: »Die Frage war, wie wir die Japaner in die Position manövrieren

könnten, den ersten Schuß abzugeben, ohne selbst eine zu große Gefahr zu laufen. Es war ein schwieriges Vorhaben«.

Dies ist das vollständige Bild von Roosevelts Strategie, um den gewollten Krieg zum Ausbruch zu bringen: Die japanische Angriffshandlung sollte bewirken, daß ein aufgerütteltes und geeintes Amerika in den Krieg eintrat; mit einem Überraschungsangriff der Japaner konnte gerechnet werden; wenn die Sache mit der Überraschung aber nicht glückte, mußten die Japaner dahin gebracht werden, das Feuer zu eröffnen. Alle Teilnehmer an der Konferenz stimmten darin überein, daß entweder die Überraschung oder sonst das Manöver, das die Japaner veranlassen sollte, als erste anzugreifen, ernste amerikanische Verluste mit sich bringen würde.

Das Manöver, das die Japaner zur Abgabe des ersten Schusses bringen sollte, baute sich letzten Endes doch wieder auf dem Gedanken an einen überraschenden Angriff auf. Es stellte in Wahrheit nur eine Verfeinerung in Roosevelts Plan dar, Japan zu diesem Angriff zu verlocken. Denn ein Schuß konnte immer nur gefeuert werden, wenn die beiderseitigen Streitkräfte in taktische Berührung kamen. Dabei ist es sehr klar, daß Präsident Roosevelt und seine Helfer mit einem Vordringen der Japaner in amerikanische Gewässer rechneten, um diese Berührung zustande zu bringen. Bei den gespannten Beziehungen zwischen beiden Staaten konnte selbst ohne Kenntnis der japanischen Absichten aus den Magic-Sendungen bei den Konferenzteilnehmern nicht der geringste Zweifel bestehen, daß nur ein solches Vorgehen der Japaner die Einleitung zu einem überraschenden Angriff sein konnte. Wenn die Überraschung gelang, würden ja die Japaner ohne weiteres den ersten Schuß feuern, den sich Präsident Roosevelt so dringend wünschte. Ein weiteres Manöver brauchte deshalb nur für den Fall ins Auge gefaßt zu werden, daß die anlaufenden japanischen Kräfte rechtzeitig vor dem Angriff entdeckt würden. Der beabsichtigte Zweck wurde aber in einfachster Weise erreicht durch eine bloße Anweisung an die Befehlshaber im Pazifik, die einfache Feststellung, Washington wünsche dringend, daß der erste Schuß wenn möglich von japanischer Seite fallen solle[9].

[9] Tatsächlich hielt sich Admiral Kimmel nicht an diese Richtlinie mit seinen Befehlen für die in den Gewässern vor Pearl Harbor patrouillierenden Zerstörer. Diese Gebiete waren für getauchte U-Boote veboten. So wurde auch am Morgen des 7. Dezember 1941 über eine Stunde vor dem Angriff ein geortetes U-Boot mit Wasserbomben belegt, wenn auch mit unbekanntem Ergebnis.

Präsident Roosevelts Bemerkungen über die japanische Gepflogenheit überraschend anzugreifen, verdienen aber genaue Betrachtung. Sie zeigten nicht nur seine genaue Kenntnis von Japans ständiger Methode, seine Kriege zu beginnen, sondern mehr noch ist seine Äußerung vom Montag als dem erwarteten Wochentage für den Angriff aufschlußreich. Sonntag in Pearl Harbor ist nämlich der Montag im Fernen Osten, und alle japanischen Äußerungen zu dem Angriff, vor und nach dem Ereignis, benennen dafür den Montag, den 8. Dezember.

Durch alle diese Jahre hindurch hatten sich Gerüchte erhalten, daß Präsident Roosevelt vor dem Ereignis geheime Informationen über den geplanten Angriff aus ostasiatischen Quellen erhalten habe. Seine Ankündigung eines Angriffs an einem Montag verlieh diesem Gerücht auch eine gewisse Glaubwürdigkeit. Wenn ihn nicht Informationen solcher Art veranlaßt haben, den Angriff mit dem Montag in Zusammenhang zu bringen, warum hielt er sich dann nicht an den von Heer und Marine als höchstwahrscheinlich angenommenen Sonntag als Angriffstag!

Die Wahrheit dieser Gerüchte ist nun tatsächlich nachträglich und zwar vor über zwei Jahren bestätigt worden, obgleich dies dem Verfasser erst kürzlich bekannt geworden ist. Am 17. Mai 1951 brachte die »New York Daily News« und eine Reihe anderer mit diesem Blatt in Beziehung stehender Zeitungen einen Sensationsbericht ihres Washingtoner Korrespondenten John O'Donnell, in dem über verschiedene polizeiliche und Agentenberichte aus Ostasien die Rede war, die damals unter festem Geheimverschluß im Kapitol in Washington lagen. Unter diesen Dokumenten befanden sich Berichte der japanischen Geheimpolizei, die dem General McArthur im September 1945 in Tokio ausgehändigt worden waren, sowie das Geständnis des berühmten russischen Spions Dr. Richard Sorge, der einen ausgedehnten Spionagering in Japan aufgezogen hatte und leitete, bis ihn die Japaner am 18. Oktober 1941 festnahmen.

Der Artikel der New York Daily News enthielt eine Menge interessanter Einzelheiten, aber uns interessiert hier nur das Geständnis der Dr. Sorge nebst den japanischen Polizeiberichten. Vor seiner Hinrichtung Anfang 1942 hatte Sorge ein 32 000 Worte umfassendes Geständnis über seine Tätigkeit niedergelegt.

Dieses Geständnis wurde von General McArthur dem Pentagon in Washington übersandt, so daß die Schilderung von Sorges Tätigkeit in den Geheimakten unserer Landeshauptstadt zu finden ist und zwar sowohl in Sorges Geständnis als auch in den geheimen japanischen Polizeiakten.

Nachstehend ein wörtlicher Auszug aus O'Donnells Artikel in der New York Daily News vom 17. 5. 1951:

»Als das Geständnis des Spions hierher gebracht wurde, entfernte irgend Jemand im Pentagon aus dem Original die belastende Feststellung Sorges, daß er dem Kreml im Oktober 1941 berichtet hätte, die Japaner beabsichtigten, Pearl Harbor innerhalb von sechzig Tagen anzugreifen, und daß er mit dem Dank für seinen Bericht auch die Mitteilung erhalten hätte, daß Washington — Roosevelt, Marshall, Stark und andere — von den japanischen Absichten in Kenntnis gesetzt worden seien. Es besteht zwar kein Bericht darüber, daß diese Nachricht hier eingegangen wäre. Wohl aber beweisen die japanischen Polizeidokumente, daß Stalin & Co. diese geheime Information erhalten und an uns weitergegeben hätten in Erwiderung unserer Benachrichtigung über den bevorstehenden deutschen Angriff auf Rußland«.

Auf eine direkte Frage antwortete O'Donnell »ehe ich den Artikel schrieb, war mir das vollständige Material über das Sorge'sche Geständnis zugänglich gemacht worden, allerdings nur für die Zeit, die ich zum Lesen der Dokumente brauchte«. Wichtig daran ist, daß O'Donnell ausdrücklich sagt, daß ihm »das *vollständige* Material über Sorges Geständnis« zur Verfügung gestellt wurde, bevor er den Artikel schrieb. Das bedeutet *beide Dokumente*, die 32 000 Worte von Sorges Geständnis und die polizeilichen Akten über Sorges Tätigkeit und sein Geständnis. Diese Feststellung ist für uns aus dem Grunde wesentlich, weil gewisse Teile des Geständnisses im Pentagon aus der Akte entfernt wurden, offensichtlich damit das Geheimnis von Pearl Harbor und Präsident Roosevelts Rolle dabei gewahrt bleiben sollte für jeden, der das Material zu Gesicht bekäme.

Daher wissen wir, daß Präsident Roosevelt mindestens zweimal von dem beabsichtigten japanischen Angriff Kenntnis erhielt, einmal durch Botschafter Grew im Januar 1941 und einmal durch den Sorge'schen Bericht auf dem Wege über den Kreml im Oktober 1941. Dies im Verein mit dem Verschweigen dieser Information gegenüber den Hawai-Kommandeuren gibt beredtes Zeugnis davon, daß Präsident Roosevelt den japanischen Angriff wünschte. Staatssekretär Stimsons Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses bestätigt diese Folgerung weitgehend, wie wir zu Beginn dieses Kapitels gesehen haben.

Der Leser kann sich nun auch über den fragwürdigen Charakter der Informationen ein Urteil bilden, die mit den sogenannten Kriegswarnungsdepeschen am 27. November 1941 nach Hawai gegeben wurden, aber völlig unge-

eignet waren, dort die Situation erkennen zu lassen, wie sie in Wirklichkeit dem Präsideten Roosevelt und seinen Leuten in Washingten bekannt war.

Kapitel 8

Die sogenannten Kriegswarnungs-Depeschen

Kritiker am Verhalten Admiral Kimmels und Verteidiger der Washingtoner Regierungsstellen suchen die Bedeutung einer Depesche des Marineministeriums vom 27. 11. 1941 zu vergrößern, weil darin der Passus vorkam »diese Depesche ist als eine Kriegswarnung anzusehen«. Man will damit den Anschein erwecken, als könnte diese eine Depesche das Verschweigen all der Informationen aufwiegen, durch das, wie wir gesehen haben, der japanische Überfall ermöglicht wurde. Die Depesche lautete: »Diese Depesche ist als Kriegswarnung anzusehen. Die Verhandlungen mit Japan, die auf eine Normalisierung der Lage im Pazifik abzielten, sind ergebnislos geblieben, und es werden gewisse aggressive Handlungen der Japaner innerhalb der nächsten Tage erwartet. Zahl und Ausrüstung der japanischen Truppen und die Bereitstellung von Marine-Unterstützungsgruppen lassen auf ein amphibisches Vorgehen schließen, etwa gegen die Philippinen oder gegen die Enge von Kra, vielleicht auch Borneo. Treffen Sie angemessene Defensivmaßnahmen zurVorbereitung der im Operationsplan 46 vorgesehenen Aufgaben. Benachrichtigen Sie die Bezirks- und Heeresstellen. Eine entsprechende Warnung erfolgt durch das Kriegsministerium. Unterrichtung der Engländer durch Spenavo. Kontinentale Distrikte, Guam, Samoa Maßnahmen gegen Sabotageakte treffen«. Diese Depesche war um einen Grad bestimmter als die zwei vorhergegangenen vom 16. November, besonders weil deren Inhalt schnell durch nachfolgende Briefe von Admiral Stark abgeschwächt worden war. Aber auch sie gab durchaus noch kein klares Bild von der wirklichen Lage.

Die Depesche des Marineministeriums vom 27. November und eine ähnlich abgefaßte des Kriegsministeriums an General Short wurden auf direkten Befehl des Präsidenten Roosevelt herausgegeben. Dieser Befehl erfolgte nach der Übergabe der Note vom 26. November an die japanischen Botschafter. Kurz danach informierte Staatssekretär Hull die Oberbefehlshaber von Heer und Marine, daß die diplomatischen Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien und das weitere Vorgehen nunmehr unter die Verantwortung der Streit-

kräfte falle. Die beiden Depeschen vom 27. November an die Kommandeure in Hawai würden aber eine ganz andere Bedeutung bekommen haben, wenn diese Eröffnung des Staatssekretärs darin Ausdruck gefunden hätte. Das hätte es dann allerdings für zukünftige Historiker zu augenfällig gemacht, daß die amerikanische Note keinem andern Zweck gedient habe, als allen Verhandlungen eine Ende zu machen.

Genaueres Studium der Marinedepesche führt nun zu dem Schluß, daß ihr Wortlaut sehr genau überlegt war. Für Admiral Hart, den Chef der Asiatischen Flotte, war es eine der Lage angemessene Mitteilung, wenn sie auch unverschlüsselt gegeben wurde. Es wurde ihm gesagt, daß Japan im Begriff stände, seinen ostasiatischen Krieg auszuweiten, und daß Gebiete seines Kommandobereichs Gegenstand eines Angriffs sein würden. Die Philippinen waren ausdrücklich als mögliches Angriffsziel der Japaner genannt. Darüber hinaus hatte ja Admiral Hart genaue Kenntnis von der sich entwickelnden Spannung, weil die Entschlüsselungsgruppe in Corregidor ihn über alle diplomatischen Mitteilungen von Tokio nach Washington und Berlin unterrichtete.

Nun bekam zwar Admiral Kimmel die gleiche Mitteilung über die zu erwartende Ausweitung des Krieges, das aber in Gebieten, die weit ab vom Operationsbereich seiner Flotte lagen. Auch nicht die geringste Andeutung war in der Depesche enthalten, daß etwa Hawai vom Kriege berührt würde. Alle Mitteilungen, die der Admiral über die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts mit Japan erhielt, sprachen von der Erweiterung feindlicher Operationen in weit von Hawai entfernten Gebieten.

Als während der Kongreßuntersuchungen der Text dieser Depesche öffentlich bekannt wurde, bezeichnete ein Kommentator in Boston sie als ein *Meisterstück von Doppelzüngigkeit.* Was Admiral Kimmel betrifft, so trifft diese Kennzeichnung den Nagel auf den Kopf. Es war in der Tat ein Meisterstück.

Das Kriegsministerium schickte eine ähnliche abgefaßte Depesche an General Short, die nur etwas weniger bestimmt war in Bezug auf den Stand der Verhandlungen als die Marinedepesche. Die entsprechende Stelle lautete hier »Die Verhandlungen mit Japan scheinen beendet zu sein mit nur sehr geringer Aussicht auf Wiederaufnahme«. Der Armeebefehlshaber auf Hawai reagierte denn auch in gleicher Weise wie Admiral Kimmel. Es lag ja für sie nicht das geringste Anzeichen eines geplanten Angriffs auf Hawai vor, und darum ordnete der General nur Alarm gegen Sabotage an. Bei einem solchen Alarm werden die Flugzeuge und exponiertes Zubehör in eng geschlossenen Gruppen zusammengefaßt, so daß eine kleine Wache den nötigen Schutz gegen ört-

liche Saboteure durchführen kann. Diese engen Materialanhäufungen sind aber doppelt gefährdet bei Luftangriffen, weil sie jeder gut liegenden Bombe die größtmögliche Wirkung sichern.

Am 28. November berichtete General Short über diese Maßnahmen nach Washington und bewirkte damit, daß die Verantwortung für diese hier ganz unangebrachte Art von Alarm auf den Stabschef des Heeres überging. Diese Meldung brachte natürlich das Kriegsministerium in eine peinliche Verlegenheit, so daß während der folgenden neun Tage überlegt wurde, ob für Hawai eine andere Anordnung zu geben wäre. Wäre das aber geschehen, dann konnte es nicht ausbleiben, daß die örtlichen Befehlshaber erkannten, wie ernst man in Washington die Lage im Pazifik wirklich ansah, und Hawai mit ganz anderen Möglichkeiten zu rechnen habe, als aus den Depeschen vom 27. November zu entnehmen war.

Man muß daraus folgern, daß General Marschall sich angesichts dieses Dilemmas für eine Politik des Schweigens entschied, da die Meldung General Shorts vom 28. November bis zum 7. Dezember unbeantwortet beim Kriegsministerium liegen blieb. Als dann der Angriff auf Hawai vor sich ging, standen die Heeresflugzeuge dort in engen Pulks zum Abschlachten bereit. Nur ein unzweideutiger Befehl konnte einen Soldaten wie General Marshall veranlassen, in einer solchen Situation zu schweigen, und dieser Befehl konnte von niemand anders herrühren als vom Präsidenten Roosevelt.

Vor dem vereinigten Kongreßausschuß kennzeichnete Admiral Kimmel die Fragwürdigkeit der Marinedepesche mit folgenden Worten: »Die Angabe der an mich gerichteten Depesche der Marineleitung, daß die Verhandlungen ein Ende gefunden hätten, war nur eine blasse Andeutung der wirklichen Lage. Sie war so unvollständig, daß sie mich zu falschen Annahmen verleiten mußte. Die Verhandlungspartner hatten nicht nur aufgehört, miteinander zu sprechen, sie standen sich mit gezogenem Degen gegenüber. Was Japan betrifft, so waren die Gespräche nach dem 26. November nichts mehr als Schauspielerei. Es war ein strategisches Manöver, um den Schlag zu verbergen, dessen Ausführung schon anlief. *Dieses Manöver täuschte aber das Marineministerium keineswegs, dort war genau bekannt, um was es ging. Die Pazifikflotte wurde diesem Schlage ausgeliefert, indem man es unterließ, sie richtig zu informieren«.*

Wie berechtigt war diese Kritik! Als am 27. November diese beiden Depeschen herausgingen, wußte Präsident Roosevelt mit seinen Mitarbeitern: Die amerikanische Note hatte über jeden Rest eines Zweifels hinaus den Abbruch

der Verhandlungen herbeigeführt; Tokio hatte am 14. November Hongkong davon in Kenntnis gesetzt, daß ein Fehlschlag der Verhandlungen Krieg mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien bedeuten würde; bis zu dem Entscheidungsdatum, das noch den Beginn der Kriegsoperationen bestimmte, waren es nur noch 2 Tage; Tokio hatte ein reges und ständiges Interesse an den genauen Liegeplätzen der schweren Schiffe imHafen von Pearl Harbor bekundet.

Die Tatsache, daß bis zum 2. Dezember weder das Kriegs- noch das Marineministerium den Befehlsstellen in Pearl Harbor nähere Nachrichten hatten zukommen lassen, legt die Annahme sehr nahe, daß die Depeschen vom 27. November dem alleinigen Zweck dienen sollten, als Geschichtsquelle zu figurieren und daß ihre Zweideutigkeit genau überlegt war. Denn zu diesem Zeitpunkt wußte man in Washington bereits folgendes: Durch die amerikanische Note waren die Verhandlungen tatsächlich beendet. Der Anschein ihrer Weiterführung wurde von den japanischen Botschaftern nur zu dem Zweck gewahrt, den geplanten Überraschungsangriff zu verschleiern; Berlin war von Tokio in Kenntnis gesetzt, daß der Krieg mit den Angelsachsen schneller zum Ausbruch kommen würde, als von irgend Jemand vorhergesehen.

Die offenkundigen Mängel der Depeschen vom 27. November waren, daß sie unverschlüsselt gegeben wurden und daß sie nicht durch nähere Ausführungsbefehle der beiden Ministerien über die vorbereitenden Maßnahmen ergänzt wurden, *wie das in den bestehenden Operationsplänen vorgesehen war.* Ohne solche Ausführungsbefehle und ohne Kenntnis der durch Magic erhaltenen Informationen bedeuteten die Depeschen für Hawai wenig oder gar nichts.

Allerspätestens am 28. November hätten folgende Maßnahmen getroffen werden müssen: Washington hätte den kommandierenden General in Hawai und den Chef des 14. Marinebezirks anweisen müssen, nach dem gemeinsamen Heeres- und Marine-Küstenverteidigungsplan für den Distrikt Hawai zu verfahren, abgesehen von denjenigen Maßnahmen, die zu auffällig wären oder die Zivilbevölkerung in Anspruch nehmen würden; die Marineleitung hätte den Mobilmachungsbefehl, wie in den Operationsplänen vorgesehen, dem Kommando der Marinestation Hawai, mindestens aber der Pazifikflotte erteilen müssen. Auf diese Weise wären die Marineeinrichtungen in Hawai in volle Kriegsbereitschaft versetzt, aber noch nicht zu Kriegshandlungen ermächtigt gewesen.

Gleichzeitig hätte ein einheitliches Kommando für Heer und Flotte ange-

ordnet werden müssen. Die Notwendigkeit hierzu war seit langem erkannt und wäre durch einen Befehl des Präsidenten sofort zu verwirklichen gewesen. Sofort nach dem Angriff wurde es denn auch angeordnet und blieb so während des ganzen Krieges.

Noch eine weitere nicht zu verantwortende Unterlassung der Marineleitung lag vor. Der Chef des Flottenkommandos bei der Marineleitung ist für die Kriegsbereitschaft der gesamten Marineteile und -Einrichtungen gesetzlich verantwortlich. Wesentliche Merkmale dieser Bereitschaft sind die Verteilung und der Einsatz der verschiedenen Flotten in Erwartung des ersten kriegerischen Zusammenstoßes. Am 28. November war es für das Oberkommando in Washington eine Selbstverständlichkeit, daß die Pazifikflotte in See zu bleiben hätte, bis die Entscheidung über Krieg und Frieden mit Japan endgültig gefallen wäre. Admiral Stark hat keinen Befehl dazu gegeben. Darüber hinaus unternahm er auch nichts, um sich über die bei dieser Flotte getroffenen Maßnahmen zu unterrichten, als der unmittelbar bevorstehende Ausbruch des Krieges nicht mehr zweifelhaft sein konnte.

Auch hier wieder ist es unmöglich anzunehmen, daß Admiral Stark es aus eigenem Willen unterließ, seiner klaren Pflicht entsprechend zu handeln. Ganz gewiß kannte er die Pflichten und die Verantwortlichkeit seines Amtes. Wie er öffentlich ausgesprochen hat, geschah alles, was er in diesen Tagen tat, auf Weisung einer vorgesetzten Stelle, und das war der Präsident der Vereinigten Staaten.

Diese eklatanten Versäumnisse werden besonders deutlich durch die Tatsache, daß bei früheren Spannungen viel geringeren Grades im Pazifik beide Oberkommandos sofort mit Alarm und Mobilmachungsbefehlen bei der Hand waren. Dies zeigen die nachstehenden Depeschen aus diesen früheren Tagen:
»Kriegsministerium an Kommando Hawai, 17. Juni 1940:
»Sofortiger Alarm für die gesamte Verteidigungsorganisation im Hinblick auf mögliche Unternehmung über den Pazifik weg ... Alarm bleibt bis auf Widerruf bestehen ...«

Marineleitung an Chef der Pazifikflotte, 17. Juni 1940:
»Halten Sie sich gegen Überraschungsunternehmung über See bereit«.

Seekriegsleitung an Chef der Pazifikflotte, 21. Januar 1941:
»Wenn meine Annahme zutreffend, beabsichtige ich, die Mobilmachung gem. Regenbogen 3 anzuordnen mit folgenden Änderungen ...«

Die Unterlassung der beiden Verteidungsministerien, zwischen dem 28.November und dem 7. Dezember 1941 die Kriegsvorbereitungen gem. Operationsplan anzuordnen, konnte keine andere Ursache haben als die überlegte Absicht, Admiral Kimmel und General Short in Unkenntnis über die Lage im Pazifik zu lassen. Ohne gleichzeitige Befehle für Alarm und Mobilmachung konnten die Depeschen vom 27. November für die Befehlshaber in Hawai kaum mehr sein als eine Information allgemeiner Natur.

In diesen Tagen sah sich Admiral Stark noch einer weiteren schwierigen Situation gegenüber:

Am 28. November verließ der Flugzeugträger »Enterprise« mit Geleit Pearl Harbor, um Flugzeuge nach der Wake-Insel zu überführen. Am 5. Dezember ging dann die »Lexington« mit gleichem Auftrage nach Midway. Wenn nun die Flotte nach dem 28. November in See gegangen wäre, so hätte sie nur den ganz unzureichenden Luftschutz gehabt, den ein einzelner Träger gewähren konnte, denn der dritte Träger befand sich ja nach beendeter Überholung noch in einer Werft der Westküste. Nach dem 5. Dezember aber wäre die Flotte ohne jeden Luftschutz von Seeflugzeugen gewesen. In jedem der beiden Fälle wäre sie bei einem Zusammenstoß mit einer japanischen Trägergruppe völliger Vernichtung durch wiederholte Luftangriffe ausgesetzt gewesen. (Siehe »Bismarck«! D.Übers.). In solchem Falle wäre der Flotte nur die Möglichkeit geblieben, sich in die Küstengewässer westlich von Hawai zurückzuziehen in den Bereich der Luft- und Küstenverteidigung. Wahrscheinlich hätten die Japaner dann einen Angriff in diesen Gewässern vermieden.

Admiral Kimmel berichtete nun die Entsendung der »Enterprise« und die beabsichtigte Entsendung der »Lexington« an die Seekriegsleitung, ein klarer Beweis dafür, daß er nicht an den Ausbruch des Krieges dachte. Unter den ihm bekannten Bedingungen wäre es nun die unausweichliche Pflicht des Admirals Stark gewesen, den sofortigen Rückruf der »Enterprise« zu befehlen und die Detachierung der »Lexington« rückgängig zu machen. Jeder Seeoffizier, der in seiner Entscheidung frei ist, würde so handeln. Admiral Stark tat nichts. Dies ist ein besonders schwerwiegender Beweis dafür, daß in diesen Tagen seine Entschließungen den Befehlen des Präsidenten unterlagen.

Kapitel 9

Die endgültige Verheimlichung der »Magic«-Sendungen vor den Befehlshabern in Hawai

Wir kommen nun zu dem Schlußakt bei der dramatischen Vorenthaltung von entscheidenden Informationen gegenüber Admiral Kimmel und General Short in der Periode vom 1. bis 7. Dezember 1941. Beim Studium der japanischen Seekriegsgeschichte hatte sich seit langem die Ansicht durchgesetzt, daß ein japanischer Überraschungsangriff zur Einleitung des Krieges gegen eine westliche Macht wahrscheinlich an einem Sonnabend oder Sonntag vor sich gehen würde, weil im Frieden an diesen Tagen ein Großteil der Offiziere und Mannschaften von ihren Schiffen und Stationen abwesend zu sein pflegen auf Wochenendurlaub. Schon am 1. April 1941 erging deshalb vom Flottenkommando an alle Kommandostellen der Küstenstationen folgende Anordnung: »Angesichts der bekannten Erfahrung, daß die Achsenmächte ihre Angriffshandlungen mit Vorliebe an Sonnabenden oder Sonntagen oder an nationalen Feiertagen der betroffenen Länder beginnen, ist das Personal Ihres Nachrichtendienstes anzuweisen, an solchen Tagen für genügenden Wachdienst und Vorsichtsmaßregeln zu sorgen«.

Weshalb diese Anordnung nicht auch den Chefs der beiden Flotten zuging, und warum sie auf das Nachrichtenpersonal beschränkt bleiben sollte, ist schwer einzusehen trotz des Umstandes, daß diese Weisung vom Direktor des Marinenachrichtenwesens ausging. Der Gedanke an sich war natürlich richtig.

Man hatte in Washington vielfach damit gerechnet, daß Japan am 30. November losschlagen würde, weil dies der erste Sonntag nach dem 29. November, dem Entscheidungstage, war. Als dann dieser Tag vorüberging, ohne daß sich etwas ereignete, war der nächste Sonntag der 7. Dezember. Während dieser Schicksalswoche mehrten sich in Washington weiterhin die Beweise für den kommenden japanischen Angriff.

Dem Leser sind die wichtigen Magic-Depeschen vom 5. Dezember und davor nun schon hinreichend bekannt. Die letzten japanischen Depeschen vom 6. und 7. Dezember werden am Ende dieses Kapitels wiedergegeben und besprochen.

Die Ereignisse dieser Woche liefern das Schlußglied in unserer Beweiskette über den Zweck des Vorenthaltens von Magic gegenüber Admiral Kimmel und General Short. Sie beseitigen den letzten, zögernden Zweifel daran, daß

mehr als ein Versehen zugrundeläge, und beweisen schlüssig, daß es wohlüberlegt geschah. Sie zeigen auch das beharrliche Bemühen der hohen Heeres- und Marinestellen in Washington, die Politik des Totschweigens beizubehalten, so ganz entgegen allem militärischen Brauch. Die nachstehende chronologische Wiedergabe befaßt sich zunächst mit drei kurzen, aber kennzeichnenden Begebenheiten und bringt anschließend die ausführlichen Berichte vom 6. und 7. Dezember.

1. Dezember

Korvettenkapitän McCollum verfaßte ein Memorandum über die japanische Situation, das nach seiner Meinung geeignet sein sollte, allen auswärtigen Flottenkommandos übermittelt zu werden, ganz besonders aber Hawai. Dies wurde von Admiral Stark mit all seinen Abteilungschefs und in Gegenwart des Korvettenkapitäns erörtert. Die getroffene Entscheidung lautete, daß die Marineleitung keine auf dem Memorandum fußenden Benachrichtigungen herausgeben würde.

4. Dezember

Die japanischen Anweisungen zur Code-Vernichtung veranlaßten Korvettenkapitän McCollum, die Absendung einer Depesche an den Chef der Pazifikflotte vorzuschlagen, die einen Überblick über die zwischen den Vereinigten Staaten und Japan entstandene Lage geben sollte und die Wendung enthielt »Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan steht unmittelbar bevor«. Kapitän z. See Wilkinson beauftragte den Korvettenkapitän, die Sache mit Konteradmiral Turner zu besprechen. Dieser lehnte die Absendung der Depesche mit dem bloßen Hinweis auf die Kriegswarnungsdepesche vom 27. November ab. Er gab diese dem Korvettenkapitän zu lesen und fragte ihn dann, ob er immer noch der Meinung sei, daß die Depesche nötig wäre. McCollum bejahte die Frage. Darauf sagte Admiral Turner, die Depesche müsse dann erheblich abgeändert werden, wenn sie wirklich herausgehen sollte, und betonte die Stellen, die er gestrichen zu sehen wünsche. Korvettenkapitän Mc Collum nahm die so ihres Sinnes beraubte Depesche mit zu Kapitän z. See Wilkinson und hinterließ sie dort, nachdem er berichtet hatte, was sich im Büro Admiral Turners begeben hatte. *Die Depesche wurde nicht abgesandt.*

5. Dezember

Am 5. Dezember empfing Oberst Sadtler, Chef des Signalwesens, einen Anruf von Admiral Noyes, daß eine Nachricht nach dem »Winde«-Code auf-

gefangen wäre. Diese Sendung im Verein mit den Anweisungen zur Code-Vernichtung überzeugte den Oberst, daß der Ausbruch des Krieges unmittelbar bevorstände. Er entwarf darauf eine kurz gefaßte Depesche etwa des folgenden Wortlauts:

»Krieg mit Japan dicht bevorstehend; kein zweites Port Arthur darf sich ereignen«. Diese Bemerkung bezog sich auf den bekannten japanischen Überraschungsangriff, der den russisch-japanischen Krieg eröffnete und allen Kennern der Kriegsgeschichte gegenwärtig ist. Da Oberst Sadtler wußte, daß nur General Marshall und Brigadegeneral Gerow im Kriegsministerium die Herausgabe einer derartigen Depesche genehmigen konnten, suchte er den letztgenannten auf, um die Genehmigung zu erbitten. *General Gerow fertigte den Oberst aber mit der glatten Weigerung ab, sich mit der Sache zu befassen. Darauf trug der Oberst die Angelegenheit dem Oberst Bedell-Smith vor als dem rangältesten Mitarbeiter im Stabe General Marshalls. Als dieser erfuhr, daß General Gerow sich geweigert habe, sich mit der Depesche zu befassen, lehnte auch er rundweg ab. So endete also auch diese Angelegenheit.*

6. Dezember

Die japanische Gesandtschaft in Budapest berichtete nach Tokio, daß der amerikanische Gesandte an diesem Tage der ungarischen Regierung ein britisches Communiqué übergeben habe, wonach der Krieg am 7. Dezember ausbrechen werde. Diese sehr kurz gehaltene Depesche konnte nur besagen, daß der Krieg mit Japan gemeint sei, denn Ungarn als Verbündeter Deutschlands befand sich ja schon im Kriege mit England. Aus diesem Grunde hatte auch die amerikanische Gesandtschaft die Vertretung der britischen Interessen in Budapest übernommen.

Aus London berichtete zugleich Botschafter Winant nach Washington, daß eine starke amphibische Kampfgruppe bei Kap Kambodscha gesichtet sei mit Kurs auf die Enge von Kra, bis wohin sie noch 14 Stunden zu dampfen habe. Somit wußte nun jede Regierung mit Einschluß der Vereinigten Staaten an diesem Sonnabend mit Sicherheit, daß der pazifische Krieg am nächsten Tage, Sonntag, dem 7. Dezember 1941, seinen Anfang nehmen würde.

Sonnabend, 6. Dezember 1941 in Washington

Der hier folgende Bericht über die Ereignisse dieses Tages in unserer Landeshauptstadt beruht teils auf bekannten Tatsachen, teils auf gegebenen Kombinationen. Es wird alle Sorgfalt darauf verwendet werden, daß jede Einzelheit folgerichtig eingeordnet wird.

Am Vormittag wurde die sogenannte Einleitungsdepesche (pilot message) aufgenommen. Sie lag am Nachmittag sowohl im Kriegsministerium als auch bei der Marineleitung zur Verteilung vor. Der Inhalt lautete:

Tokio an Botschaft Washington, 6. Dezember 1941 (Nr. 901):

»1. Die Regierung hat den amerikanischen Vorschlag vom 26. November eingehend geprüft und darauf ein Memorandum für die Vereinigten Staaten entworfen, das in meiner Sondersendung Nr. 902 (in englischer Sprache) enthalten ist.«

»2. Diese Sondersendung ist sehr umfangreich. Ich gebe sie in 14 Teilen und nehme an, daß sie morgen in Ihren Händen sein wird. Allerdings bin ich dessen nicht sicher. Die Lage ist äußerst heikel, und wenn Sie die Sendung erhalten, wünsche ich, daß Sie sie zunächst geheimhalten«.

»3. Über den Zeitpunkt der Übergabe des Memorandums an die Vereinigten Staaten werde ich Ihnen besondere drahtliche Anweisung geben. Bitte fassen Sie inzwischen das Memorandum in korrekter Form ab und treffen jede Vorkehrung, daß die Überreichung sofort erfolgen kann, wenn meine Anweisung eingeht«.

(Entschlüsselt Kriegsministerium vor 3,00 nachm. 6. Dezember 1941)

Zwei Einzelheiten waren hierbei besonders bemerkenswert: Die amerikanisch-japanische Situation wurde als äußerst heikel bezeichnet, und die 14-teilige Botschaft sollte der Regierung in Washington zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt übergeben werden. Die Innehaltung dieses Zeitpunkts war so wichtig, daß er durch eine besondere Depesche übermittelt werden sollte. Die Empfänger von Magic in Washington wußten nun seit einer Woche, daß die japanische Antwort auf die Note vom 26. November die Kriegserklärung sein würde. Die 14-teilige Botschaft war aber die Antwort, mithin auch endgültig die Kriegserklärung. Japan hatte seine drei vorhergehenden Kriege — mit China 1894, mit Rußland 1904 und mit seinem Angriff auf das deutsch besetzte Tsingtau 1914 — jedesmal mit einem Überraschungsangriff eröffnet, der auf die Minute genau auf die Übergabe der Kriegserklärung abgestimmt war.

Der folgende Tag war ein Sonntag, der Wochentag, an dem der japanische Angriff erfolgen mußte, wenn Japan sich überhaupt für einen Krieg mit den Vereinigten Staaten entschied. Schon war eine amphibische Unternehmung auf dem Wege nach Kra gemeldet, die bei Tagesanbruch zum Angriff auf die Halb-

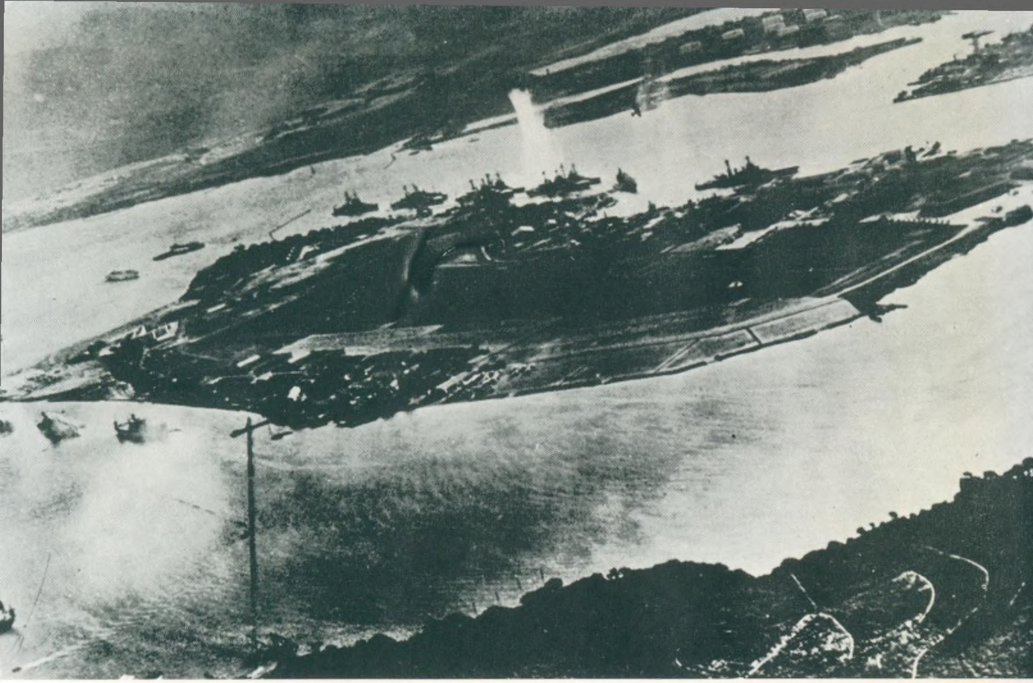
insel bereitstehen würde. In den Vortagen hatten die Codevernichtungsbefehle den bevorstehenden Kriegsausbruch zur Gewißheit werden lassen. Jetzt machte das Eintreffen der Einleitungsdepesche es praktisch sicher, daß Japan den Angriff am folgenden Tage, Sonntag, den 7. Dezember 1941, eröffnen würde.

Bis zu diesem Sonnabend Nachmittag hatte das offizielle Washington jeden diplomatischen Zug Japans seit Tagen genau verfolgt, während dieses seine sprichwörtliche Angriffsmethode vorbereitete. Man wußte auch, daß Magic in aller Kürze die beiden letzten Instruktionen liefern würde, die nötig waren, um das Unternehmen anlaufen zu lassen — den Wortlaut der Kriegserklärung und den Zeitpunkt ihrer Überreichung. Darüber hinaus wurden die Empfänger durch zufällige Verzögerungen im Verkehr Tokio-Honolulu an den drei letzten Tagen, Donnerstag, Freitag und Sonnabend, vor dem Angriff darüber unterrichtet, daß Tokios bekanntes Interesse an der genauen Schiffsverteilung im Hafen von Pearl Harbor sich noch verstärkt hatte. War je ein Staat, der sich einem geplanten Überraschungsangriff gegenübergestellt sah, in einer so glücklichen Lage?

Das Schweigen, mit dem in Washington der Empfang der Einleitungsdepesche entgegengenommen wurde, ist *der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der Pearl Harbor-Episode.* Innerhalb 24 Stunden würde der Krieg nach menschlichem Ermessen Tatsache sein und mit einem Überraschungsangriff auf die in Hawai versammelte Pazifikflotte eröffnet werden. Aber General Marshall und Admiral Stark machten während 21 von den noch laufenden 22 Stunden keine Anstalten, Admiral Kimmel und General Short zu warnen. Nichts, aber auch nichts als ein absoluter Befehl des Präsidenten konnte ihnen so den Mund versiegeln, selbst noch nach Eingang der Einleitungsdepesche.

Die späteren japanischen Sendungen und die weiter beibehaltene Unterlassung jeglicher Warnung an die Hawai-Kommandeure, wie im weiteren Verlauf dieses Kapitels behandelt, können diese unausweichliche Feststellung nur noch erhärten.

Oberst Bratton begann mit der Verteilung der Einleitungsdepesche für das Kriegsministerium am Sonnabend um 15 Uhr. Das bedeutet, daß die fünf anderen Empfänger im Kriegsministerium diese hochwichtige Nachricht an diesem Nachmittag in die Hand bekamen, denn es ist doch höchst unwahrscheinlich, daß einer von ihnen in dieser Zeit höchster Spannung sein Büro so früh an diesem Tage verlassen haben sollte. Aber selbst, wenn einer der Empfänger abwesend gewesen sein sollte, so hätte auch das nur eine geringe Verzöge-



Der Hafen von Pearl Harbor während des Angriffs am Morgen des 7. 12. 1941. Im Hintergrund japanische Flugzeuge. Die hohe Wasserfontaine zeigt einen Volltreffer bei einem der Schlachtschiffe an. Unten: Dasselbe Schlachtschiff aus der Sicht einer japanischen Luftaufnahme. Die Schiffe sind schon schwer getroffen und große Ölflecke zeugen von der Wirkung des Bombenhagels.





Wenige Schiffe entgingen dem Inferno, so unter anderen auch das im Vordergrund liegende U.S. Schiff »Narwhal«. Unten: Das amerikanische Schlachtschiff »Arizona« sinkend in Rauch und Flammen.



rung in der Zustellung bedeutet. Denn in diesen Tagen war der Aufenthalt des Abteilungschefs jederzeit seinen nächsten Untergebenen bekannt, wenn er nicht im Amt anwesend war.

Nicht festzustellen ist es, wann und wie die für die Marine bestimmten Ausfertigungen der Einleitungsdepesche zugestellt wurden. Eins aber steht fest: Da die Armee an diesem Tage, wenigstens bis zur Verteilung durch Oberst Bratton, die Magic-Entschlüsselung besorgte, befanden sich um 15 Uhr sieben fertige Exemplare bei der Marineleitung. Zwar konnte sich vor der Untersuchungskommission Korvettenkapitän Kramer nicht mehr an die Verteilung erinnern, wohl aber bestätigte Kapitän z. See Wilkinson vor der Kommission, daß er die Meldung vor dem Verlassen seines Büros um 18 Uhr gelesen habe und sie ihm in der für Magic üblichen Form überbracht worden sei. Es ist schwerlich anzunehmen, daß sich in diesem Falle die Verteilung mit wesentlicher Verspätung vollzogen haben sollte. Die Depesche kündigte aber die lange erwartete Antwort auf die amerikanische Note vom 26. November an, und dazu gehörte ihre Übergabe zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt, Dinge von höchster Wichtigkeit für den Präsidenten Roosevelt. Der erste Gedanke mußte also sein, sie ohne Verzug dem Weißen Hause zu überbringen, und das wieder mußte die etwa gleichzeitige Auslieferung an die übrigen Empfänger zur Folge haben. Denn gerade für Admiral Stark mußte diese Information von größter Wichtigkeit sein. Daraus darf also geschlossen werden, daß die Verteilung der Ausfertigungen für die Marine tatsächlich zwischen 15 Uhr und 18 Uhr erfolgt ist.

An diesem Nachmittage erfuhren also die Empfänger von Magic, daß das Eintreffen eines der wichtigsten Staatsdokumente in der Geschichte der Vereinigten Staaten unmittelbar zu erwarten wäre. Die selbstverständliche Reaktion mußte sein, dessen Inhalt so schnell wie möglich kennen zu lernen und die ganze Meldung zu Gesicht zu bekommen, sobald sie nur fertig vorlag. Was wir aber stattdessen sehen, war ein Zustand *offenbarer Apathie* bei den höchsten Heeres- und Marinestellen, eine *gleichmütige Passivität*, für die es in der ganzen Geschichte schwerlich eine Parallele geben wird.

13 Teile der eigentlichen Botschaft, Tokio Nr. 902, trafen bei der Marineleitung zwischen 11,45 und 14,51 Uhr ein. Da sie auf Englisch abgefaßt war, kam sie auch in englischem Wortlaut aus der Purpurmaschine. Die noch notwendige Übersetzungsarbeit beschränkte sich auf einige japanische Verfahrensmerkmale, Interpunktion usw., so daß die ersten Klartexte nach 15 Uhr in Angriff genommen werden konnten. Obgleich es eigentlich der Tag der Armee-

Nachrichtengruppe war, behandelte doch die Marinegruppe 11 von den 13 Teilen der Botschaft. Nur Teil 9 und 10 wurden zur Bearbeitung an die Armeegruppe abgegeben, um sie dort entschlüsseln und fertigmachen zu lassen. Die gesamten 13 Teile waren bei der Marineleitung um 21 Uhr fertig zur Verteilung.

Tokio verzögerte nun die endgültige Übergabe der Dokumente durch Zurückhaltung des Teils 14 bis zur Frühe des Sonntag-Morgens. Das zeigt die Sorgfalt, mit der die Japaner bemüht waren, ihre Absichten bis zur allerletzten Minute geheimzuhalten.

Wesentliche Abschnitte der 13 ersten Teile der Botschaft dienten nur einer Darstellung der diplomatischen Verhandlungen in japanischer Sicht. Sie waren für die Geschichte geschrieben. Für die augenblickliche Lage waren sie ohne Belang. Andere Stellen der 13 am Sonnabend empfangenen Teile ließen aber unmißverständlich erkennen, daß sie als Bestandteile einer Kriegserklärung anzusehen waren. Diese Abschnitte werden hier wiedergegeben:

Tokio an Botschaft Washington, 6. Dezember 1941 (Nr. 902)

Teil 2

»Indessen haben sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien jede mögliche Maßnahme getroffen, um das Tschungking-Regime zu unterstützen und auf diese Weise das Zustandekommen einer allgemeinen friedlichen Verständigung mit China zu hintertreiben. Um alle konstruktiven Bemühungen Japans zu durchkreuzen, die Lage in Ostasien zu stabilisieren, haben sie mit Druck auf Niederländisch-Indien oder Bedrohung Französisch-Indochinas versucht, Japans Bemühungen um Verwirklichung eines allgemeinen Wohlstandes in Gemeinsamkeit mit diesen Gebieten zum Scheitern zu bringen. Mehr noch: als Japan in Übereinstimmung mit seiner Vereinbarung mit Frankreich Maßnahmen zu gemeinsamer Verteidigung Französisch-Indochinas ergriff, haben die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens dies willkürlich als eine Bedrohung ihrer eigenen Besitzungen ausgelegt und daraufhin die holländische Regierung veranlaßt, gemeinsam mit ihnen die Sperrung der japanischen Guthaben anzuordnen, um auf diese Weise alle wirtschaftlichen Verbindungen mit Japan abzuschneiden. Indem sie also eine betont feindliche Haltung gegen Japan bekundeten, haben sie ihre militärischen

Vorbereitungen zu vollständiger Einkreisung Japans weitergetrieben und so eine Lage herbeigeführt, die die ganze Existenz des Reiches gefährdet«.

Teil 9
»Die amerikanische Regierung strebt, wie festgestellt werden muß, besessen von ihren eigenen Ideen und Vorstellungen die Ausweitung des Krieges an. Während sie bemüht ist, auf der einen Seite sich durch Festigung ihrer Stellung im Pazifik den Rücken zu decken, ist sie andererseits damit beschäftigt, England zu unterstützen und in angeblicher Selbstverteidigung einen Angriff auf Deutschland und Italien vorzubereiten, die zwei Mächte, die bemüht sind, in Europa eine neue, gerechte Ordnung zu schaffen.... In Gemeinschaft mit Großbritannien und anderen Mächten ist sie bemüht, wirtschaftlichen Druck auszuüben. Zuflucht zu solchen Druckmitteln in den internationalen Beziehungen zu nehmen, ist scharf zu verurteilen, weil es unter bestimmten Bedingungen unmenschlicher ist als militärischer Druck.«

Teil 10
»Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Länder des Fernen Ostens seit einem Jahrhundert und länger genötigt gewesen sind, sich der anglo-amerikanischen Politik imperialistischer Ausbeutung zu fügen und den eigenen Wohlstand dem der genannten Nationen unterzuordnen. Die japanische Regierung kann nicht dulden, daß ein solcher Zustand noch länger aufrechterhalten wird«

Teil 13
»Der amerikanische Vorschlag bedroht den Bestand des Reiches selbst und stellt eine Nichtachtung unserer Ehre und unseres Ansehens dar. Die japanische Regierung bedauert daher, daß sie im ganzen gesehen die amerikanischen Vorschläge nicht als Grundlage für weitere Verhandlungen annehmen kann...«
(Bearbeitet in Kriegs- und Marineministerium, 21 Uhr, 6. Dezember 1941)

Die hier wiedergegebenen Stellen enthalten starke Angriffe. In Teil 3 und ebenso in Teil 13 werden die Vereinigten Staaten einer Haltung beschuldigt, die die Existenz des Reiches bedroht. In Teil 9 werden sie beschuldigt, einen Angriff auf Deutschland und Italien zu beabsichtigen; nach dem Dreierpakt müßte das einen Kriegseintritt Japans unmittelbar zur Folge haben. An an-

derer Stelle dieses Teils 13 werden die Vereinigten Staaten beschuldigt, einen unmenschlichen wirtschaftlichen Druck auf Japan auszuüben. Jeder Gedanke an weitere Verhandlungen wird an gleicher Stelle von der Hand gewiesen. Was konnte da Teil 14 für Washington noch Neues bringen, wenn er schließlich eintraf! Solche Anwürfe und Beschuldigungen in einer diplomatischen Note zwischen zwei Staaten konnte nur eine Bedeutung haben — Krieg.

Später im Zeugenstand konnten weder General Marshall noch Admiral Stark sich irgendwie erinnern, was sie an diesem Nachmittag getan oder wo sie sich aufgehalten hätten. Obgleich der Schleier des Nichtwissens, der ihr Tun und Lassen an diesem Tage verhüllt, niemals gelüftet werden konnte, sind doch einzelne magere Tatsachen ans Licht gekommen, wie beide den Abend verbracht haben. Bei seiner letzten Vernehmung sagte General Marshall aus, seine Frau habe ihn daran erinnert, daß sie zwischen dem 1. November und dem 7. Dezember keinerlei gesellschaftliche Einladungen hätten annehmen können, weil sie sich von den Folgen eines Unfalls erholen mußte, bei dem sie sich drei Rippen gebrochen hatte. Deshalb sei er jetzt überzeugt, daß er an diesem Sonnabend und während der Nacht ständig zuhause gewesen wäre. Er sagte auch mit Bestimmtheit aus, daß er an diesem Abend den Präsidenten Roosevelt weder gesehen noch ihn telefonisch gesprochen habe. Diese leichte Aufhellung seiner Erinnerung erstreckte sich aber nicht auf seine Tätigkeit am Nachmittage dieses Sonnabends.

Kapitän z. See Krick, der letztvernommene Zeuge vor dem vereinigten Kongreßausschuß, konnte einiges über Admiral Starks Verhalten am Sonnabend aussagen. Er und seine Frau seien Gäste Admiral Starks zum Dinner und später im National-Theater gewesen. Nach der Vorstellung wäre die Gesellschaft nach Starks Wohnung zurückgekehrt, wo er mit seiner Frau noch etwa 20 Minuten lang geblieben sei.

Admiral Stark war an diesem Abend gegen 19 Uhr nach Hause gekommen, augenscheinlich direkt aus dem Marineamt. Vor der Abfahrt nach dem Theater gab der Admiral einem Hausbediensteten die Telefonnummer des Theaters. Bei seiner Rückkehr wurde ihm mitgeteilt, daß das Weiße Haus während seiner Abwesenheit angerufen habe, worauf er sich in sein Arbeitszimmer im zweiten Stock begab, in dem sich eine direkte Telefonverbindung mit dem Weißen Hause befand. Danach ist anzunehmen, daß Präsident Roosevelt und Admiral Stark an diesem Abend telefonisch miteinander gesprochen haben.

Nach dem vorhandenen Beweismaterial ist nicht zu entscheiden, ob die wichtigsten Empfänger von Magic schon am Nachmittag während der Ent-

schlüsselung einzelne Abschnitte der langen Botschaft zu Gesicht bekommen hatten.

Wie Oberst Bratton später aussagte, hatte er bei der Überbringung der Einleitungsdepesche jedem der Empfänger gesagt, daß er die lange japanische Botschaft im Auge behalten würde und zwar so, wie die einzelnen Abschnitte verfügbar würden. Das war das gegebene Verhalten eines Untergebenen gegenüber seinen Vorgesetzten beim Empfang dieser lange erwarteten Antwort auf die amerikanische Note vom 26. November.

Wenn nun Admiral Stark bis 18 Uhr in seinem Büro blieb, wie das augenscheinlich der Fall ist, dann wäre es doch sehr merkwürdig gewesen, wenn er nicht wesentliche Teile der langen japanischen Botschaft zu lesen bekommen hätte. Verschiedene Abschnitte hatten Korvettenkapitän McCollum vorgelegen, sobald sie bearbeitet herauskamen, und es ist bei der beruflichen Erziehung dieses Offiziers selbstverständlich, daß er sie sofort seinem unmittelbaren Vorgesetzten, Kapitän z. See Wilkinson, und anschließend Admiral Stark und Konteradmiral Turner vorlegte.

Kapitän Wilkinson hat vor dem Hewitt-Untersuchungsausschuß am 5.6.45 ausgesagt, daß er verschiedene Abschnitte der Botschaft gesehen habe, ehe er um 18 Uhr am 6. Dezember sein Büro verließ. Diese Angabe widerrief er aber in seiner Aussage vor dem Vereinigten Kongreßausschuß und behauptete, daß er während dieses Nachmittags keinen dieser Teilabschnitte gesehen habe. Demgegenüber macht aber die Aussage des Korvettenkapitäns McCollum die erste Aussage Kapitän Wilkinsons sehr viel wahrscheinlicher.

Es gibt eine ganze Menge bemerkenswerter Dinge bei dieser Verteilung der 13 Teile der japanischen Botschaft im Kriegs- und Marineministerium.

Oberst Bratton hat augenscheinlich gar keine Anstalten gemacht, noch in dieser Nacht die Übermittlung an Staatssekretär Stimson und die Generale Marshall, Gerow und Miles vorzunehmen, obgleich die nächtliche Zustellung der Magics seit langem üblich war, noch dazu, wo General Marshall in seiner Wohnung zu finden war. Der Oberst hinterließ ein Exemplar im Auswärtigen Amt für Staatssekretär Hull. Schließlich rief er General Miles an und berichtete, was er veranlaßt hätte. Der General wies ihn an, die noch ausstehenden Teile der Botschaft am Sonntag Morgen überbringen zu lassen.

Oberst Brattons Behandlung der Botschaft ist nun äußerst merkwürdig. Er sagte vor dem Vereinigten Kongreßausschuß, daß es sich um eine rein diplomatische Nachricht gehandelt habe, die keine besondere Bedeutung für die Armee haben konnte, wie all die vielen Sendungen solcher Art, die früher

aufgenommen waren. Eine überraschende Beurteilung durch einen erfahrenen Nachrichtenoffizier, es sei denn, daß er damit die Argumente wiedergab, die ihm seitens der drei Generale als Grund genannt waren, weshalb in dieser Nacht die sonst üblichen Zustellungen unterbleiben sollten. Es ist nicht vorstellbar, daß ein Offizier von solcher Diensterfahrung aus eigener Verantwortung die Zustellung einer Meldung von lebenswichtiger Bedeutung an den Stabschef des Heeres hätte verzögern können.

Die Verteilung innerhalb der Marineleitung erfolgte in normaler Weise. Kurz bevor Korvettenkapitän Kramer das Ministerium verließ, versuchte er die Admirale Stark und Turner telefonisch zu erreichen, jedoch vergeblich. Er begann mit seiner Verteilung der gesamten 13 Teile der Botschaft Nr. 902 kurz nach 21 Uhr. Nacheinander übergab er die einzelnen Kopien im Weißen Hause, an Staatssekretär Knox und zuletzt an Kapitän z. See Wilkinson. Dieser befand sich in Gesellschaft von General Miles und Kapitän z. See Beardall, und alle drei Offiziere lasen die Depesche. Kramer meldete zugleich Kapitän z. See Wilkinson, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, die Admirale Stark und Turner zu erreichen. Darauf befahl Kapitän Wilkinson, die Zustellung an diese beiden Offiziere am nächsten Morgen vorzunehmen. Es bleibt hierbei ganz unklar, warum der Bedienstete im Hause des Admirals Stark dem Korvettenkapitän nicht sagte, daß der Admiral im Theater zu erreichen wäre. In diesem Falle hätte Kramer dem Admiral seine Kopie um 21.30 Uhr übergeben können.

Ehe Kapitän z. See Beardall, der Adjutant des Präsidenten, das Ministerium gegen 17.30 Uhr verließ, war ihm bekannt, daß die 13-teilige Depesche eingegangen war. Er befahl deshalb dem Leutnant Schultz, in einem kleinen Raum neben dem Postzimmer des Weißen Hauses auf die Überbringung der Depesche zu warten. Als Leutnant Schultz dem Präsidenten Roosevelt die Depesche übergab, befand dieser sich zusammen mit Mr. Hopkins in seinem Arbeitszimmer. Nachdem er die 13 Teile gelesen hatte, sagte er »das ist der Krieg«. Er versuchte, Admiral Stark telefonisch zu erreichen, hörte aber, daß dieser im Theater sei. Von einem weiteren Anruf war dann nicht mehr die Rede. Mit keinem Wort wurde von einer Alarmierung der Flotte gesprochen, solange Leutnant Schultz anwesend war.

Wir haben gesehen, daß Präsident Roosevelt ziemlich sicher mit Admiral Stark gesprochen hat nach dessen Rückkehr vom Theater. Da ist es nun sehr bezeichnend, daß Präsident Roosevelt dem Admiral keine Order gab, die Hawai-Kommandeure zu warnen, nachdem er gerade die Depesche gelesen hat-

te, die »Krieg bedeutete«. Als am 26. November die Note, mit der die Washingtoner Verhandlungen abgebrochen wurden, den japanischen Botschaftern übergeben wurde, hatte er es für nötig gehalten, Hawai zu benachrichtigen. Warum sandte er dann nicht eine ebensolche Nachricht, als er den endgültigen Beweis in Händen hielt, daß er Japan zum Kriege gezwungen hatte? Was für eines Beweises hätte es dann noch bedurft, daß er es auch jetzt nicht für angebracht hielt, Admiral Kimmel und General Short an diesem Sonnabend Abend zu warnen!

Das Kennzeichnende bei der Unterlassung der Zustellung der 13-teiligen Botschaft an die Generale Marshall und Gerow und die Admirale Stark und Turner war die Tatsache, daß nur diese vier hohen Offiziere in den beiden Ministerien ermächtigt waren, den auswärtigen Kommandostellen Nachrichten zugehen zu lassen, die eine Beurteilung japanischer Absichten enthielten.

In diesem Zusammenhange darf nicht übersehen werden, daß General Miles den Oberst Bratton anwies, die Auslieferung der 13-teiligen Botschaft an General Gerow bis zum Sonntag Morgen zu verschieben, und daß Kapitän z. See Wilkinson eine gleiche Order dem Korvettenkapitän Kramer erteilte bezüglich der Zustellung an die Admirale Stark und Turner. Vom militärischen Standpunkt aus gibt es dafür nur zwei verständliche Erklärungen: Entweder war den Direktoren des Heeres- und des Marine-Nachrichtenwesens bekannt, daß die vier genannten Offiziere die wesentlichen Teile der Botschaft schon zur Kenntnis bekommen hatten oder sie hatten schon vorher die Instruktion erhalten, daß diese höchsten Offiziere die Botschaft in dieser Nacht nicht zu erhalten wünschten. Sonst bliebe ja nur die Annahme, daß eine Meldung von solcher Tragweite, daß sie für den Präsidenten der Vereinigten Staaten gleichbedeutend mit Krieg war, dem Chef des Stabes des Heeres und dem Chef der Marineleitung auf bloße Initiative eines nachgeordneten Offiziers vorenthalten wäre. Eine derartige Handlungsweise zweier untergebener Offiziere, gleich welchen Ranges, unabhängig voneinander zu gleicher Zeit, wäre eine erstaunliche Begebenheit in der Kriegsgeschichte, so erstaunlich, daß sie einfach unglaubhaft ist.

Ohne genaue Kenntnis des Verhaltens von General Marshall und Admiral Stark wird es niemals bekannt werden, ob sie an diesem Nachmittage mit dem Präsidenten Roosevelt konferiert haben oder nicht. Es wäre allerdings sehr merkwürdig, wenn sie es nicht getan hätten. In Kenntnis der bevorstehenden japanischen Kriegserklärung wäre es sicherlich für das Staatsoberhaupt von höchster Wichtigkeit gewesen, sich mit den leitenden Männern des Heeres und

der Marine auszusprechen. Das späte Telefongespräch in der Nacht zwischen dem Präsidenten und dem Admiral Stark, nachdem der Präsident die japanische Botschaft gelesen hatte, fügte nichts dem hinzu, was bereits zu früherer Stunde an diesem Tage gesagt worden war.

Die Folgerung ist unvermeidlich, daß die Chefs von Heer und Marine in Washington am Sonnabend Abend und in der Nacht zum Sonntag sich der formellen Entgegennahme der 13-teiligen Botschaft entzogen. Es wäre sonst später doch recht schwierig gewesen, einem erregten Volk plausibel zu machen, warum die leitenden Offiziere nicht informiert wurden. Jede menschliche Handlungsweise verlangt eine einleuchtende Motivierung. In diesem Falle konnte man den Untergebenen sagen, daß man über die diplomatische Lage völlig im Bilde wäre — was ja unzweifelhaft der Fall war — und deshalb die Überbringung einer weiteren japanischen diplomatischen Depesche in dieser Nacht unnötig sein würde.

So also verstrich auch dieser letzte kritische Tag, ohne daß den Hawai-Kommandeuren ein einziges Wort der Warnung zuging. Dagegen waren die Kommandostellen in Ostasien durch ihre Entschlüsselungsgruppe in Corregidor über all das unterrichtet, was man auch in Washington wußte. *Man bedenke: eine Nation am Rande eines Krieges und in Erwartung eines Überfalles auf seine Hauptflotte, und dann selbst in letzter Stunde keine Warnung an den Chef dieser Flotte! Ein Vorkommnis ohne Beispiel in der Geschichte!*

Hierzu muß eine interessante Episode erwähnt werden, die sich im Büro des Direktors der Marinewerft in Pearl Harbor am Nachmittag des 9. Dezember 1941 zutrug. Staatssekretär Knox und sein Adjutant Kapitän z. See Beatty waren unmittelbar nach dem Angriff nach Pearl Harbor geflogen, und diese beiden sowie Admiral Kimmel, Admiral Bloch und der Verfasser waren zugegen, als die Zusammenhänge des Überraschungsangriffs erörtert wurden. Plötzlich wandte sich der Staatssekretär an Admiral Kimmel mit der Frage »aber was geschah denn mit dem Telegramm, das wir Ihnen in der Nacht zum 7. Dezember geschickt haben?« Admiral Kimmel erwiderte, daß er nie eine solche Depesche bekommen habe, weder vor noch nach dem Angriff. In augenscheinlicher Überraschung wandte sich der Staatssekretär an Kapitän Beatty um Bestätigung oder Erklärung. Dessen Gesicht erstarrte zu einem klassischen Bild von Bestürzung. Er war so völlig verwirrt, daß er überhaupt keine Antwort über seine Lippen brachte. Warum? Weil er offensichtlich genau wußte, daß Washington am 6. Dezember keine Depesche an Admiral Kimmel gerichtet hatte. Als Adjutant des Staatssekretärs hatte Beatty genügend Gelegen-

heit, Einblick in die Hintergründe des Geschehenes zu bekommen. Wußte er von dem Spiel, daß man den Hawai-Kommandeuren jede Aufklärung vorenthalten hatte, während das asiatische Kommando durch die Purpurmaschine und die Entschlüsselungsgruppe in Corregidor genau über die diplomatische Entwicklung im Bilde war? Oder war er nur in solcher Verlegenheit, weil sein Chef fast in unerwünschte Enthüllungen über Washington getappt war? Das wird zwar nie beantwortet, aber immerhin ist so etwas von Verlegenheit kaum anzunehmen bei einem Offizier solchen Ranges und schon gar nicht bei einem so jeder Lage gewachsenen Manne wie Kapitän Beatty.

Waren wir an diesem Nachmittag dicht vor einer Enthüllung über den wahren Sachverhalt? Leider ist es Admiral Kimmel nie wieder möglich gewesen, dieses Thema noch einmal mit Staatssekretär Knox aufzunehmen.

Sonntag, 7. Dezember 1941, in Washington

Zwischen 4 und 6 Uhr früh gingen die nachstehend wiedergegebenen Meldungen im Marineministerium ein und wurden nach Entschlüsselung zu weiterer Behandlung dem Kriegsministerium übermittelt. Die spätere Handhabung dieser Magics bildet ein wesentliches Glied in der Schilderung dieses ereignisreichen Tages. Der letzte und 14. Tag der japanischen Botschaft Nr. 902 vom 7. Dezember 1941 lautete:

»Offensichtlich ist es die Absicht der amerikanischen Regierung in Gemeinschaft mit Großbritannien und anderen Staaten Japans Bemühungen um Herbeiführung des Friedens durch Schaffung einer neuen Ordnung zu hintertreiben und dabei zugunsten anglo-amerikanischer Vorrechte und Interessen Japan weiterhin an den Krieg mit China zu fesseln. Die Absicht ist endgültig klar geworden im Laufe der gegenwärtigen Verhandlungen. So ist jetzt die ernstliche Hoffnung der japanischen Regierung endgültig geschwunden, die amerikanisch-japanischen Beziehungen zu normalisieren und den Frieden im Pazifik gemeinsam mit der amerikanischen Regierung wahren und sichern zu können.«

»Die japanische Regierung sieht sich daher zu ihrem Bedauern genötigt, der amerikanischen Regierung hierdurch zu notifizieren, daß sie es in Anbetracht der Haltung der amerikanischen Regierung nur als unmöglich ansehen kann, eine Verständigung durch weitere Verhandlungen zu erreichen«.

Der Text zweier weiterer Depeschen, deren erste als Übergabetermin-Depesche bekannt ist, lautete wie folgt:

»*Tokio an Botschaft Washington,* 7. Dezember 1941 (Nr. 907): »Sehr wichtig. Bezug auf meine Nr. 902. Die Botschafter wollen bitte der Regierung der Vereinigten Staaten (wenn möglich dem Außenminister) unsere Antwort an die Vereinigten Staaten um 13.00 Uhr am 7. Dezember 1941, dortige Zeit, übergeben«.

»*Tokio an Botschaft Washington,* 7. Dezember 1941 (Nr. 910):
»Nach Entschlüsselung von Teil 14 meiner Nr. 902 vernichten Sie bitte sofort die letzte Schlüsselmaschine und alle Maschinencodes. Verfahren Sie in gleicher Weise mit allem Geheimmaterial«.

Die Depeschen Nr. 908 und 909 enthielten Anerkennung für die Botschafter und die Mitglieder des Botschaftsstabes und ließen dadurch deutlich erkennen, daß ihre Aufgabe in Washington beendet wäre, eine Tatsache, die durch die vollständige Vernichtung aller Codes und Geheimsachen, wie in Nr. 910 angeordnet, bestätigt wurde.

Später haben manche Offiziere im Zeugenstand daran festgehalten, daß die Tokio-Depesche Nr. 902 nicht notwendigerweise als eine Kriegserklärung anzusehen wäre. Diese Auslegung ist kaum verständlich. Teil 14 bekräftigte durchaus den kriegerischen Ton der bezeichnenden Stellen der Sendung vom Sonnabend. Was hätte Japan anders damit meinen sollen, wenn es den Vereinigten Staaten sagte, daß es die letzte Hoffnung habe aufgeben müssen, den Frieden im Pazifik bewahren zu können, und weitere Verhandlungen als zwecklos betrachte? Was hätte die sorgfältig bestimmte Stunde für die Übergabe der Note anderes bedeuten können als Krieg! Welcher erdenkliche Zweck hätte hinter einer solchen Terminsetzung stecken können bei einem bloßen Abbruch der diplomatischen Beziehungen? Noch dazu waren die meisten dieser Offiziere Empfänger von Magic und wußten am 28. November aus der Tokio-Depesche Nr. 844, daß die Japaner die Washingtoner Verhandlungen als einen völligen Fehlschlag ansahen, und daß Tokio am 14. November dem Generalkonsulat in Hongkong mitgeteilt hatte, ein solcher Fehlschlag würde Krieg mit den angelsächsischen Mächten bedeuten. Es ist wirklich erstaunlich, wie oft wichtige Zeugen entscheidende Einzelheiten von Nachrichten übersehen und vergessen hatten, die sich unauslöschlich Ihrer Erinnerung hätte eingen müssen weil diese Dinge mit Ereignissen von höchster Tragweite verknüpft waren, bei denen gerade diese Zeugen an hervorragender Stelle mitgewirkt hatten!

Die letzte Warnung an die japanischen Vertretungen in Kanada, Kuba und den Vereinigten Staaten war die folgende Sendung nach dem Versteckte-Worte-Code nach Zirkular Nr. 2409 (Kapitel 6):

»Tokio an Generalkonsul Panama, 7. Dezember 1941 (ZirkularNr. 2494): »Dringend 92494. »Koyanagi« Rijiyori Seirinotugoo Arunituki »Hattori« »Minami« Kienbunko Seturitu Kikino Kyokaingaku Sikyuu Denpoo Aritass STOP — Togo.
Verteiler: Gesandter Ottawa, Konsulate Panama, Havanna, Honolulu, New York usw.«
(Entschlüsselt Marineleitung 10 Uhr, 7. Dezember 1941)

Die versteckten Worte sind hier durch Anführungsstriche kenntlich gemacht, die Übersetzung lautet: »Die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und England sind nicht so wie erwartet«.

Es ist von Interesse, daß noch an diesem 7. Dezember das Codewort »Hattori« verwendet wurde anstatt entweder
Kashiwagi — Wir eröffnen Kampfhandlungen gegen ...., oder
Hatakeyama — Die Beziehungen zwischen Japan und ... haben sich verschlechtert.

Dieser letzte Täuschungsversuch konnte aber zu dieser Zeit auf die Empfänger von Magic keine Wirkung mehr haben.

Als diese bedeutungsvolle Depesche dem Präsidenten am Morgen des 7. Dezember vorgelegt wurde, wurde das Wort »Minami« übersehen, und aus diesem Grunde schien sich die Depesche nur auf die englisch-japanischen Beziehungen zu richten. Dieses Versehen blieb aber ohne Bedeutung, weil Washington ja hinreichende Beweise dafür hatte, daß Japan auch Krieg mit den Vereinigten Staaten beabsichtigte.

Man hätte annehmen sollen, daß General Marshall und Admiral Stark an diesem Sonntag sehr frühzeitig in ihrem Büro erschienen wären. Einerlei, was man ihnen etwa am Sonnabend zur Kenntnis gebracht haben mochte, so mußten sie jetzt das Bedürfnis haben, unverzüglich die vollständige Antwort auf die amerikanische Note vom 26. November zu sehen, deren Ankunft ja durch die Einleitungsdepesche angekündigt war. Es mußte ihnen selbstverständ-

liches Bedürfnis sein, nunmehr für jede Entscheidung und Tätigkeit verfügbar und bereit zu sein, die notwendig werden würde. Das galt ganz besonders für den Sonntag als den als kritisch bekannten Wochentag zu Zeiten gespannter Beziehungen zu den Achsenmächten.

Admiral Stark erschien in seinem Büro um 9.45 Uhr, wo ihm sofort die *vollständige* 14-teilige Botschaft vorgelegt wurde, die seit einer Stunde eingegangen war. Kapitän z. See Wilkinson empfahl ihm nunmehr eine Warnung an die Pazifikflotte ergehen zu lassen, *der Admiral hielt das aber nicht für nötig. Selbst als ihm gegen 10.20 Uhr die Depesche mit dem Übergabetermin vorgelegt und ihm noch einmal nahegebracht wurde, Admiral Kimmel über die Verschärfung der Lage zu unterrichten, blieb er bei seiner ablehnenden Entscheidung.*

Um 11 Uhr war im Bereich der Marineleitung die Verteilung aller am Vormittage eingegangenen und aller sonst vorliegenden Magic-Meldungen abgeschlossen. Präsident Roosevelt empfing seine Kopien ebenso pünktlich wie Admiral Stark. Wieder muß hier beachtet werden, daß der Präsident nach dem Interesse, das er an einer Benachrichtigung der Pazifik-Kommandos am 26.November bezeigt hatte, sich jetzt in völliges Schweigen hüllte, wo er die entscheidenden Depeschen vom 6. und 7. Dezember in Händen hatte, die nach seiner Ansicht den Krieg bedeuteten.

Nichts von dem, was General Marshall am Sonnabend oder davor zur Kenntnis gekommen war, konnte ihn veranlassen, an diesem schicksalhaften 7. Dezember seine sonntägliche Zeitordnung zu ändern. Er begann diesen Tag mit seinem gewohnten sonntäglichen Morgenritt durch die virginischen Gefilde.

Oberst Bratton erhielt die Kopien des Teils 14 der Botschaft für das Kriegsministerium kurz nach 8.30 Uhr und die Übergabetermin-Depesche gegen 9 Uhr. Überzeugt, daß dieser Termin gleichbedeutend sei mit einem Überraschungsangriff im pazifischen Raum, irgendwo, um oder gegen 13 Uhr Washingtoner Zeit, versuchte er sofort, General Marshall zu erreichen. Weil dies wegen des morgendlichen Rittes nicht gelang, sagte er dem Melder des Generals, daß eine dringende Depesche vorläge, die der General so schnell wie möglich erhalten müsse; der Melder erwiderte, daß er sofort versuchen wolle, den General zu erreichen, weil ihm bekannt sei, wo der General zu reiten pflege. Um 10,25 Uhr rief dann der General den Obersten an, wollte aber die Depesche nicht in seine Wohnung gebracht haben, weil er im Begriffe stehe,

ins Ministerium zu kommen, wo er dann die Depesche vorgelegt haben wolle. Er erschien schließlich im Amt um 11.25 Uhr.

Die Generale Gerow und Miles sowie Oberst Bratton folgten dem Stabschef in sein Amtszimmer. Er begann sofort, die 14-teilige Botschaft zu lesen, die auf seinem Schreibtisch lag. Vergeblich suchte Oberst Bratton, ihm die wichtigere Übergabe-Depesche zu zeigen, der General wünschte aber nicht abgelenkt zu werden, ehe er das Studium der langen Botschaft beendet hätte. Inzwischen flog die Zeit.

Als der General dann endlich die letzte Meldung sah, stimmten alle anwesenden Offiziere darin überein, daß sie einen Angriff auf irgend eine amerikanische Position im Pazifik um oder gegen 13 Uhr bedeutete. Aber zu welcher Stunde kam man endlich zu diesem Schluß! Drei Stunden früher wäre es noch Zeit gewesen, eine wirksame Luftverteidigung von Pearl Harbor anzuordnen, während jetzt alle Flugzeuge in dichten Paketen auf dem Boden darauf warteten, abgeschlachtet zu werden.

Der General entwarf nun eine Depesche an die kommandierenden Generale der Heeresteile im Fernen Osten, beim karibischen Verteidigungskommando, der Hawaitruppen und der 4. Armee. Sie lautete:

»Die Japaner übergeben heute gegen 3 Uhr östlicher Zeit eine Art Ultimatum. Sie haben auch die sofortige Vernichtung ihres gesamten Geheimmaterials angeordnet. Wir wissen nicht, welche Bedeutung im einzelnen der angegebene Termin hat, seien Sie aber entsprechend auf ihrer Hut. Benachrichtigen Sie auch die Marinestellen entsprechend ... Marshall«.

Der General rief dann Admiral Stark an, um ihm zu sagen, was er veranlaßt hätte und ob die Marine wünsche, daß auch ihre Dienststellen in diese Benachrichtigung einbezogen würden. Zunächst entgegnete der Admiral, daß er dies nicht für nötig halte, rief aber dann doch gleich wieder an und bat, die Marinekommandos ebenfalls in Kenntnis zu setzen.

Die Sendung lag um 11,58 Uhr zur Verschlüsselung bereit. Sie wurde über die Kabel der Western Union nach San Franzisco gegeben und von da über das private RCA-Radio nach Honolulu. Sie erreichte das Hauptquartier des Generals Short sechs Stunden nach dem japanischen Angriff. Zwei Stunden später erhielt dann auch Admiral Kimmel das Telegramm.

Wenn General Marshall das Telegramm über das transpazifische Telefon gegeben hätte, konnte es mit Wahrscheinlichkeit immerhin 30—40 Minuten vor dem Angriff in Händen von General Short und Admiral Kimmel sein. Möglicherweise hätte es dann wenigstens noch einigen Nutzen haben können,

vielleicht auch nicht. Was wahrscheinlich hätte erreicht werden können gegenüber den Bedingungen, unter denen der Angriff stattfand, ist, daß die Besatzungen der Schiffe auf ihren Gefechtsstationen waren, als der Angriff begann. Das hätte das Flakfeuer in den entscheidenden ersten 15 Minuten erheblich verstärkt. Dagegen wäre keine Zeit mehr gewesen, die Flugzeuge klar zu machen und warmlaufen zu lassen, sodaß sie in der Lage waren, aufzusteigen. Ebensowenig hätten die motorisierten Flakbatterien des Heeres ihre vorgesehenen Stellungen bei Pearl Harbor erreichen können.

Es ist später gesagt worden, daß General Marschall das transpazifische Telefon aus dem Grunde nicht benutzt habe, weil die Sachverständigen des Verkehrswesens diesen Weg nicht für sicher genug für die Übermittlung einer solchen Depesche angesehen hätten. Das kann kaum stichhaltig sein. Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill haben in diesen Zeiten oft über das Atlantiktelefon miteinander gesprochen, und angesichts der genauen Überwachung konnten sie unbesorgt vieles aussprechen, was gewiß nicht für deutsche oder japanische Ohren geeignet war. Das Verhalten von Admiral Stark und General Marshall an diesem Vormittage war in der Tat merkwürdig. Die Verweigerung jeder Information an die Hawai-Kommandeure bis zur letzten Stunde seitens der maßgebenden Stellen in Washington war eine bestürzende Angelegenheit. Das endgültige Urteil über Stark und Marshall muß aber vorbehalten bleiben, bis die fundamentalen Tatsachen offen liegen und analysiert werden können.

Mit diesem Vorbehalt möge der nachstehende Versuch einer Beurteilung aufgenommen werden.

Jeder, der in Washington und London mit Magic vertraut war, mußte überzeugt sein, daß Japan an diesem Tage den Krieg mit den angelsächsischen Mächten beginnen würde. In diesem Sinne hatte auch die britische Regierung am Tage vorher die ungarische Regierung unterrichtet. Es war auch kein Zufall, daß Churchill den Botschafter Winant und Mr. Averall bei sich auf seinem Landsitz zu Gast hatte, als er die Nachricht von dem Überfall auf Pearl Harbor erhielt. Präsident Roosevelt, Admiral Stark und General Marshall waren natürlich genau so gut vertraut mit der Lage wie der britische Premierminister. Admiral Stark erschien mit Absicht zu spät in seinem Büro für einen Tag, an dem so elementare Geschehnisse in Aussicht standen. Diese Verspätung machte praktisch allerdings nichts mehr aus. Als er endlich anwesend war, lehnte er es zweimal ab, Hawai zu benachrichtigen, einmal um 9.45 Uhr, als ihm die lange Depesche vorgelegt wurde, die nach Ansicht des Präsidenten

Krieg bedeutete und jetzt für den Stabschef des Heeres ein Ultimatum darstellte; das zweite Mal um 10,20 Uhr, als ihm die Übergabetermin-Depesche vorgelegt wurde, die mit größter Wahrscheinlichkeit einen überraschenden Angriff auf die Pazifikflotte und die Hawai-Station vorhersehen ließ für jeden, der mit der japanischen Kriegsgeschichte vertraut war.

General Marshall hielt sich unauffindbar und vermied es auf diese Weise, die Kriegserklärung und die Übergabetermin-Depesche formell entgegenzunehmen, bis zu seinem Eintreffen im Büro um 11,45 Uhr, also zu spät für wirksames Eingreifen.

Wenn die volle Bedeutung dieser beiden Depeschen den Hawai-Kommandeuren zwischen 9 und 10 Uhr Washingtoner Zeit, also 3—4 Stunden vor dem Angriff, durch Marinefunk oder Transpazifiktelefon mitgeteilt worden wäre, dann hätte der japanische Angriff einen ganz anderen Empfang gefunden. Die Flakbatterien von Heer und Flotte wären feuerbereit gewesen und, noch wichtiger, *die Flugzeuge wären zur Luftabwehr bereits in der Luft* gewesen. Es wäre zwar kaum noch Zeit gewesen, höchstens das eine oder andere der schweren Schiffe in See zu bringen, aber bei voll wirksamem Luftschutz wären ihre Verluste unvergleichlich geringer gewesen.

Mit Wahrscheinlichkeit kann man sagen, daß wenn Admiral Stark eine entsprechende Nachricht hätte herausgehen lassen, sobald er die lange Botschaft gelesen hatte, oder wenn General Marshall in seinem Büro um 9 Uhr eingetroffen wäre und die beiden Depeschen hätte herausgehen lassen, die Oberst Bratton ihm vorschlug, wenn er also reagiert hätte, wie er es nach 11,25 Uhr getan hat, dann wäre der Angriff für die Japaner weit weniger erfolgreich verlaufen. Aber die Durchforschung des ganzen Komplexes ist noch nicht genügend weit durchgeführt, um endgültig urteilen zu können.

Wenn aber den Kommandostellen in Hawai die Warnung drei Stunden vor dem Angriff zugegangen wäre, — man stelle sich den Zustand auf Oahu vor: Beginnend um 4.30 Uhr früh telefonischer Alarm nach allen Wohnungen der Urlauber, übermittelt durch Zentralen, in denen zahlreiches japanisches Personal beschäftigt war; die Wege nach Pearl Harbor voll von anfahrenden Heeresbatterien, Mannschaftswagen und anderem Troß; alle Wege voller Offiziere und Mannschaften, die zu ihren Stationen eilten, intensive Tätigkeit in jeder Heeres- und Marinestelle; donnernde Flugzeugmotoren auf allen Flugplätzen; Schiffe, die Dampf aufmachen und Maschinen probieren — die japanischen Agenten hätten sofort begriffen, was im Gange war, und dem kommandierenden Admiral der Angriffsflotte Nachricht gefunkt. Damit wäre dann jede Aus-

sicht auf erfolgreiche Überraschung geschwunden gewesen, und sehr wahrscheinlich hätte man sich zum Abbruch der Unternehmung entschlossen[10].

Diese Möglichkeit, daß der Angriff im letzten Augenblick abgesagt werden könnte, muß der einzige Grund dafür gewesen sein, daß an diesem Morgen keine Warnung nach Hawai gegeben wurde. Eine kurze Depesche hätte den Japanern noch keinen Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß ihre Codes kompromittiert wären. Höchstens hätte der japanische Flottenchef angenommen, daß sein Verband nachts gesichtet worden wäre, wenn er bemerkt hätte, daß die Überraschung nicht geglückt sei. Eine kurze, eindeutige Depesche hätte nicht den Nachrichtenverkehr Washington-Pearl Harbor überlastet oder etwa den Admiral Kimmel aus der Fassung gebracht. Diese beiden Argumente wurden nämlich später als Hauptgründe für die monatelange Nachrichtensperre von Heer und Marine angeführt. Aber für diese letzten Stunden am Sonntag, den 7. Dezember vormittags, konnten sie beim besten Willen nicht geltend gemacht werden.

Ein in dieser Hinsicht besonders schwerwiegendes Faktum ist, daß die Übergabetermin-Depesche unwiderleglich gezeigt hatte, daß Pearl Harbor das Ziel des Angriffs sein würde. Im Verein mit den schon vorher vorliegenden Anzeichen gab es nun keine andere Möglichkeit mehr. Wir hatten gesehen, daß es nur zwei lohnende Ziele für einen überraschenden Schlag im Pazifik gab, die Pazifikflotte und den Panamalkanal. 13 Uhr in Washington war 12 Uhr in Panama. Dagegen war es 7,30 Uhr in Hawai, und das war genau die geeignete Stunde für einen Luftangriff, wenn die Flugzeuge bei Dämmerung in einer Entfernung von etwa 150 Seemeilen von Pearl Harbor starteten. 7.30 Uhr war überdies auch die Zeit, zu der die Mannschaften der Schiffe zum Frühstück gepfiffen wurden. So trafen bei einem Angriff auf Pearl Harbor alle Fak-

[10] Die Japaner hatten nicht die Absicht, ein Nest anzugreifen, aus dem die Vögel ausgeflogen waren. Deshalb hatten sie ein Signalsystem von acht Wortgruppen ausgearbeitet, mit dem ihre Spionageagenten in Hawai der anlaufenden Flotte Nachricht geben konnten, wenn die amerikanische Flotte oder wesentliche Teile davon in den letzten Tagen vor dem Sonntag plötzlich in See gegangen wären. Das Nachrichtensystem basierte auf Beobachtung dreier bestimmter Punkte an Land durch U-Boote mittels Seerohr und Weitergabe durch die Funkanlage der Boote. Diese drei Stationen befanden sich in der Bucht von Lanikai und dem Dorf Kemale — etwa 1 Seemeile voneinander entfernt an der Ostküste von Oahu — und an den südlichen Hängen von Maui. Für Nachtsignale dienten Lichter in den Fenstern der Häuser oder ein offenes Feuer auf Maui. Diese Nachtsignale sollten jeweils eine Stunde lang

toren günstig zusammen, um einen Angriff von Flugzeugträgern überraschend und erfolgreich erscheinen zu lassen.

Um dagegen um die Mittagsstunde einen Angriff auf Panama durchzuführen, hätten die Träger einen sechsstündigen Anmarsch zum Standpunkt für die Flugzeuge im vollen Tageslicht zurücklegen müssen, mitten durch die von Schiffen aller Art befahrenen Anfahrtswege zum Kanal, sodaß also eine Überraschung bei dieser Unternehmung ausgeschlossen gewesen wäre.

Es ist nicht gut anzunehmen, daß diese nicht zu übersehenden Tatsachen während der ununterbrochenen Besprechung im Dienstzimmer des Admirals Stark einfach außer acht gelassen wären.

Niemals konnte irgend eine *militärische* Überlegung Anlaß geben, dem japanischen Angriff das Moment der Überraschung zu sichern, wie es durch die Vorenthaltung aller Informationen geschehen ist. Mit absoluter Sicherheit kann gesagt werden, daß bei Handlungsfreiheit Admiral Stark so gut wie General Marshall alles in ihrer Macht Stehende getan hätten, um einen solchen Angriff zu verhindern. Und doch verweigerte Washington auch noch am Morgen des 7. Dezember die Absendung einer kurzen Depesche nach Hawai, um wenigstens die Wirkung des Angriffs abzuschwächen.

Hier liegt in der Tat der Schlüssel zur Erklärung der ganzen Pearl Harbor-Geschichte. Es gibt nur einen überzeugenden Grund dafür: *Nichts durfte von amerikanischer Seite geschehen, was den japanischen Angriff hätte in Frage stellen können, selbst nicht in letzter Minute. Es ging darum, Japan zum Kriege gegen die Vereinigten Staaten zu veranlassen, und Präsident Roosevelt wollte unter keinen Umständen, daß die Japaner im letzten Augenblick zu einer Änderung ihrer Absichten veranlaßt würden.*

Es wird den Leser wahrscheinlich wundern, daß all diese Argumente nicht als eine Kritik am Verhalten der Hauptpersonen des Dramas aufgefaßt wer-

gezeigt werden, während die Stunde die Nummer des betreffenden Signals bedeutete. Am Tage dagegen sollten von einer in der Lanikaibucht verankerten Segelyacht bestimmte Signalkörper gezeigt werden, die der Signalnummer entsprachen. Das Nachrichtensystem umfaßte daneben direkte Radiosendungen an die japanischen Flottenverbände in Form vereinbarter Scheininserate in den Werbesendungen, die zum Nachtprogramm des Honolulusenders gehörten.

Das Vorstehende ist ein kurzer Auszug aus einer Meldung Generalkonsul Kitas Nr. 245 nach Tokio am 3. Dezember 1941. Diese Nachricht war allerdings den amerikanischen Behörden bis zu dem Angriff nicht bekannt, weil sie erst am 11. Dezember entziffert wurde.

den sollen. General Marshall und Admiral Stark hatten keine Wahl, als den Befehlen des Oberbefehlshabers der nationalen Streitkräfte voll und ganz zu gehorchen, wenn sie nicht um Enthebung von ihrem Posten bitten wollten. In diesem Falle hätte es ihren Nachfolgern obgelegen, die Befehle auszuführen.

In diesem Zusammenhange darf man auch nicht aus dem Auge lassen, daß die Offiziere des Heeres und der Marine während ihres ganzen Berufslebens dazu erzogen sind, jeden gesetzmäßigen Befehl bedingungslos zu befolgen, so sehr die Ausführung ihnen gegebenenfalls zuwider sein mag. Strikte Befolgung dieses Prinzips ist die Grundbedingung für die einheitliche Durchführung jedes Unternehmens, auf der die Kunst der Kriegführung beruht.

Jemand, der mit diesen Anforderungen der Kriegführung wenig vertraut ist, wird zweifellos entrüstet sein über den Gedanken, aus freien Stücken den Verlust von Schiffen und Besatzungen in Kauf zu nehmen, der mit einem Überraschungsangriff notwendig verbunden sein mußte. Diese Meinung geht aber an der Tatsache vorüber, daß Heere und Flotten dazu bestimmt sind, jede Handlung durchzuführen, die im Interesse des Landes geboten erscheint. Während der Evakuierung von Dünkirchen hat Premierminister Churchill den Befehl gegeben, daß die Besatzung von Calais die Stellung bis zum letzten Mann zu halten habe. Das hieß, daß jeder Einzelne für die Verteidigung sein Leben herzugeben hätte. In seinen Memoiren schreibt Churchill, wie bitter schwer ihm dieser Entschluß geworden wäre. Aber ein vorzeitiger Zusammenbruch der Südflanke würde einen viel größeren Verlust an Menschenleben am Strande von Dünkirchen zur Folge gehabt haben. Es ist nun einmal eine unvermeidliche Tatsache, daß der Befehlshaber im Kriege Menschenleben einzusetzen hat. Seine Verantwortlichkeit ist darin gegeben, mit möglichst geringem Verlust den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Gewiß ein brutaler Gedanke, aber ein fundamentaler Satz der Kriegführung.

Das Ereignis von Pearl Harbor brachte eine gründlich wachgerüttelte Nation in den Krieg und sicherte auf diese Weise die vollständige Niederlage der Achsenmächte. Die Welle von Isolationismus, die damals das Land ergriffen hatte, wäre immer ein starkes Hemmnis für eine Kriegserklärung des Kongresses gewesen. Natürlich wäre eine Kriegseröffnung dieser Art sehr nachteilig für die spätere Kriegswilligkeit der Bevölkerung gewesen, weil die Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes umstritten geblieben wäre.

Wenn darin nun eine günstige Beurteilung der Roosevelt'schen Politik erblickt werden kann, wie es den Anschein hat, dann müßte sein Entschluß, die

Japaner zu einem Überraschungsangriff auf die Flotte zu verlocken, als von seinem Standpunkt aus gesund und gerechtfertigt angesehen werden trotz der schweren Verluste, die dabei entstanden[11].

[11] Obgleich die folgende Anekdote als bloßes Gerücht gelten darf, soll sie doch hier als bezeichnend eingeflochten werden. Denn der Verfasser hatte zu der Zeit, als sie ihm erzählt wurde, noch gar nicht daran gedacht, das vorliegende Buch zu schreiben, während sie in ihrer einfachen und durchaus ernsthaften Wiedergabe sehr überzeugend klang:

Während seiner Tätigkeit als Chef des 1. Marinedistrikts in den letzten Kriegstagen erzählte ein führender Bostoner Mediziner dem Verfasser, daß am 7. Dezember 1941 eine prominente Persönlichkeit aus Roosevelts nächster Umgebung zur Vornahme einer Operation eine dortige Klinik aufgesucht habe. Am nächsten Morgen hatte dieser Herr unter dem Einfluß voroperativer Behandlung plötzlich versucht das Bett zu verlassen und ausgerufen »Ich muß hier heraus, alles ist eingetroffen, wie es geplant war, aber unsere Verluste sind schrecklich gewesen«.

Teil III

Die Aufrechterhaltung des Pearl Harbor-Geheimnisses

Kapitel 10

Die Kenntnis der wahren Vorgänge war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt

Während des Jahres 1944 bekam das Pearl Harbor-Geheimnis hohe politische Bedeutung. Das entsprang aus Roosevelts Bemühungen um eine vierte Wiederwahl zum Präsidenten und aus dem Streit, den die Broschüre von John T. Flynn »Die Wahrheit über Pearl Harbor« zwischen den Parteien entfesselt hatte. Die Republikaner suchten politischen Vorteil aus der gründlichen Ausschlachtung der Sache zu ziehen, während die Demokraten alles aufboten, um der Erörterung auszuweichen. Sie wünschten die ganze Frage außerhalb der öffentlichen Diskussion zu halten, mindestens bis nach den Kongreß- und Präsidentschaftswahlen. Eine Untersuchung des Falles durch den Kongreß war nicht zu vermeiden. Das war aber gleichbedeutend mit einer Behandlung in voller Öffentlichkeit und in ihren Auswirkungen gar nicht zu übersehen.

So war es klar, daß die Demokraten diese Untersuchung so weit wie möglich hinauszuschieben trachteten. Ihre taktischen Schachzüge zu diesem Zweck waren folgende:

1. Der Kongreßbeschluß, der zunächst getrennte Untersuchungen durch die beiden Wehrmachtteile anordnete.
2. Die Briefe General Marshalls, die der Ausnutzung der Pearl Harbor-Angelegenheit durch den Gouverneur Dewey während seines Wahlkampfes um die Präsidentschaft vorbeugen sollten.
3. Die Einschaltung republikanischer Mitglieder des Marineausschusses im Kongreß, um bei ihrer Partei der Einsetzung einer Kongreßuntersuchung während der Dauer des Krieges entgegenzuwirken.

Der Kongreßakt, durch den die Untersuchung durch die beiden Waffenteile angeordnet wurde.

Am 13. Juni 1944 unterzeichnete Präsident Roosevelt einen Kongreßakt, durch den die Staatsekretäre von Heer und Marine angewiesen wurden, eine Untersuchung des Pearl Harbor-Angriffs durchzuführen (s. Kap. 12).

Dies war der erste wichtige Schritt, um eine öffentliche Untersuchung der Sache zunächst zu verhindern, und die demokratische Partei des Kongresses hatte im Besitz der Mehrheit bezeichnenderweise diesen Weg gewählt. Denn es war natürlich nicht anzunehmen, daß eine Untersuchung durch den Kongreß beschlossen würde, solange die militärischen Untersuchungen noch liefen. Die Öffentlichkeit erfuhr dementsprechend auch nicht ein Sterbenswörtchen über diese geheimen Untersuchungen bis zum 29. August 1945, an dem die Staatssekretäre von Heer und Marine sehr dürftige Berichte über die Ergebnisse der Untersuchungen erstatteten. Über die wirklichen Vorgänge um Pearl Harbor enthielten sie durchaus nichts.

Die Begründung, die für den Kongreßbeschluß gegeben wurde, war, daß er dem Verjährungsstatut zuvorkommen sollte, demzufolge nach dem 7. Dezember 1944 keine kriegsgerichtlichen Verfahren mehr durchgeführt werden sollten gegen Offiziere des Heeres und der Marine, denen schwere Pflichtverletzung zum Vorwurf gemacht wurde. Zweifellos stimmten viele Kongreßmitglieder aus diesem Grunde für den Beschluß, aber gerade diejenigen Personen, die an der Wahrung des Pearl Harbor-Geheimnisses interessiert waren, nämlich der demokratische Verteidigungsausschuß, hätten niemals eingewilligt, daß gegen einen der betroffenen Offiziere ein kriegsgerichtliches Verfahren durchgeführt würde. Die Rechte der Verteidigung würden in einem solchen Verfahren einem geschickten Anwalt die Möglichkeit geben, die ganze Sache in voller Öffentlichkeit aufzudecken, ein Risiko, das Präsident Roosevelt und seine intimen Ratgeber unter keinen Umständen auf sich nehmen wollten.

General Marshalls Briefe an Gouverneur Dewey

Während der beiden letzten Monate des Kampfes um die Präsidentenwahl behauptete sich das Gerücht, daß Gouverneur Dewey vorhätte, eine seiner letzten Wahlreden zu einer dramatischen Enthüllung über das Desaster von Pearl Harbor zu benutzen. Da eine erneute Erörterung der militärisch-maritimen Einzelheiten dieser Niederlage eine andere politische Wirkung nicht mehr erwarten ließ, konnte Deweys Absicht nur sein, den persönlichen Anteil des Präsidenten Roosevelt an der Verantwortung klarzustellen. Die Mittel, die nun seitens der Mitglieder des demokratischen Verteidigungsausschusses angewendet wurden, um den republikanischen Kandidaten von diesem Schritt abzuhalten, beweisen ihr dringendes Interesse daran, jede Erörterung des An-

teils des Präsidenten an der Sache zu verhindern. Das persönliche Ansehen des Oberbefehlshabers des Heeres in diesem Kriege wurde eingesetzt, um Gouverneur Dewey von seinem fatalen Vorhaben abzubringen. General Marshall schrieb in diesem Zusammenhange zwei Briefe an den republikanischen Kandidaten. Der erste dieser Briefe wurde durch einen Vertrauensboten nach Oklahoma City überbracht, der den Empfänger ersuchte, nicht mehr als die erste Seite zu lesen, wenn er sich nicht verpflichten wolle, Stillschweigen über diesen Brief und seinen Inhalt zu bewahren. Gouverneur Dewey lehnte eine derartige Blankoverpflichtung ab und gab den Brief zurück, ohne die kennzeichnenden Stellen gelesen zu haben.

Der General schrieb darauf einen zweiten Brief ohne das beanstandete Verlangen nach Geheimhaltung. Die Hauptpunkte dieses Briefes waren:

1. Gouverneur Dewey wurde aufgefordert, während der Dauer des Krieges keinen Gebrauch von der Pearl Harbor-Sache zu machen, weil dies nachteilig für die Kriegsanstrengungen der Nation sein würde;

2. daß festgestellt wurde, daß Admiral King den Brief gesehen und seinen Inhalt voll gebilligt habe;

3. anstelle des früheren Verlangens nach Geheimhaltung wurde gesagt, daß Präsident Roosevelt keine Kenntnis von diesem Briefe habe.

Es ist ohne weiteres klar, daß dies das drastischste Mittel war, das zur Unterstützung der Sache angewendet werden konnte. Ein solcher Rat von seiten dieser höchsten Offiziere konnte nicht unbeachtet bleiben, ohne sich dem ernstlichen Verdacht der Illoyalität auszusetzen. Das sah auch Gouverneur Dewey ein. Er sagte seinem Wahlmanager, daß er als privater Bürger einen solchen Rat von prominentester Stelle in Kriegszeiten annehmen müsse, unbeschadet seiner eigenen Ansicht von der Sache.

Eine nähere Analyse der Briefe ergibt nun sehr interessante Einblicke.

Wenn die Oberbefehlshaber der Streitkräfte darin übereinstimmen, daß eine bestimmte Handlungsweise die Kriegsanstrengungen der Nation beeinträchtigen würde, dann konnten sie nur im Auge haben, daß gewisse militärische Ziele nachteilig beeinflußt würden, wobei sie für die militärische Beurteilung die zuständige Stelle seien. Da nun aber für Geheimhaltung der amerikanischen Strategie und Taktik bei Pearl Harbor kein Anlaß mehr bestand, konnten die einzigen militärischen Belange, die durch öffentliche Erörterung berührt werden konnten, nur folgende sein: Die amerikanischen Schiffsverluste und die Kenntnis der japanischen Geheimcodes. Aber im Jahre 1944 hat-

ten die Verluste bei Pearl Habor schon lange keine Bedeutung mehr für die Operationen im Pazifik. Unsere Marine war zu dieser Zeit der japanischen unvergleichlich überlegen, und unsere Streitkräfte waren überall im Pazifik in offensivem Vorgehen.

Es wäre auch für Japan nichts Neues gewesen, zu hören, daß wir im Besitz ihrer Codes waren. Washington war im Besitz zweier aufgefangener Nachrichten, die im April 1941 von Berlin nach Tokio gerichtet waren und besagten, *daß die Vereinigten Staaten die japanischen Meldungen lesen könnten.* Im Juli 1942 brachte ferner die Chicago Tribune einen Leitartikel über den Sieg bei den Midways, der dem Bekanntsein der japanischen Codes zugeschrieben wurde. Unser Oberkommando hatte auch bald sichere Beweise dafür, daß dieser Bericht in Tokio bekannt geworden war. Wenn die Kenntnis der japanischen Nachrichtenmittel jetzt also noch einmal erwähnt wurde, so brauchte das den General Marshall so wenig wie den Admiral King (Nachfolger Admiral Starks) zu beunruhigen.

Es lag also im Jahre 1944 überhaupt kein Grund vor, aus militärischer Notwendigkeit die Wahrheit über die Ereignisse von Pearl Harbor weiterhin zu unterdrücken, wenn die beiden Oberkommandierenden nicht etwa meinten, daß die Wahlniederlage des Präsidenten Roosevelt für die Kriegsanstrengungen der Nation nachteilig sein würde. Wenn das aber gemeint war, hätte man rundweg den Gouverneur Dewey mit dieser Begründung auffordern müssen, von seiner Kandidatur zurückzutreten.

Am erstaunlichsten war aber die Feststellung, daß Präsident Roosevelt keine Kenntnis von diesem Briefe gehabt hätte. Der demokratische Verteidigungsausschuß erkannte eben das politische Risiko, das in diesem Brief lag, und tat sein möglichstes, um dieses Risiko abzuschwächen. Wenn Gouverneur Dewey es ablehnte, sich durch den Brief abschrecken zu lassen, und nicht nur seine Version der Pearl Harbor-Geschichte vorbrachte, sondern auch den Empfang des Briefes bekanntgab, dann konnte das Ganze zu einem gefährlichen Bumerang werden.

Präsident Roosevelt war ein gewiegter Politiker, und bei all seinen politischen Manövern wurde kein Schritt von Wichtigkeit unternommen ohne seine Kenntnis und Billigung. Es ist einfach nicht vorstellbar, daß die Strategie, die gegen Gouverneur Deweys Absicht, Pearl Harbor für seine Zwecke einzusetzen, mit all den daran haftenden Risiken angewendet wurde, seiner Zustimmung in wesentlichen Punkten entbehrt. Es ist ebenso sicher, daß General

Marshall, der den Präsidenten so gut wie täglich sah, einen so gefährlichen politischen Schritt nicht auf seine alleinige Verantwortung hin unternommen hätte. Er hätte sich bestimmt vorher den Rücken gedeckt, indem er sich der Billigung des demokratischen Verteidigungsausschusses versicherte.

Wir können daher den Schluß ziehen, daß Präsident Roosevelt den Plan in seinen allgemeinen Umrissen guthieß, der den Gouverneur Dewey an seinem Vorhaben hindern sollte, daß aber Einzelheiten der Methode von dem General zusammen mit den wichtigsten Ratgebern des Präsidenten ausgeheckt wurde. Mit dieser Einschränkung könnte es tatsächlich zutreffen, daß der Präsident den Inhalt des Briefes nicht gekannt hat. Das Ganze war ein wichtiger Schritt in dem Bemühen, die enge Beziehung des Präsidenten zu der Katastrophe von Pearl Harbor der amerikanischen Öffentlichkeit zu verschweigen.

Mitglieder des Marineausschusses des Kongresses wurden eingespannt, um eine Kongreßuntersuchung über Pearl Harbor während des Krieges zu verhindern

Nachdem es dem demokratischen Verteidigungsausschuß das Jahr 1944 hindurch ziemlich gelungen war, das Geheimnis um Pearl Harbor aufrechtzuerhalten, versuchte er nun, dies mindestens bis zur Beendigung des Krieges weiter sicherzustellen.

Als der abschließende Bericht des Marine-Untersuchungsausschusses den Schreibtisch des Konteradmirals Thomas L. Gatch, des Generalrichters der Marine, passiert hatte, wurde dieser Offizier zu einer Besprechung mit dem nunmehrigen Staatssekretär der Marine, Forrestal, gebeten. Der Zweck dieser Konferenz war, Mittel und Wege zu finden, wie der Einsetzung einer Untersuchungskommission des Kongresses vorgebeugt werden könne. Admiral Gatchs Rat ging dahin, sich hierzu der Mitwirkung einflußreicher Republikaner im Kongreß zu versichern. Die Auswahl wurde dem Admiral überlassen, und er entschied sich für die folgenden drei Mitglieder des Marineausschusses im Kongreß: Bates von Massachusetts, Maas von Minnesota und Mott von Oregon. Mr. Maas konnte leider bei der stattfindenden Besprechung nicht zugegen sein. Admiral Gatch sagte darüber »Ich sagte Bates und Mott mit voller Offenheit alles, was ich über Pearl Harbor wußte, und das war, wie ich glaube, alles, sagte ihnen, aus welchem Grunde dies geschähe, und setzte ihnen auseinander, warum wir uns eine öffentliche Untersuchung nicht leisten

könnten, während wir noch mit den Japanern kämpften, und bat sie, die Untersuchung zu verhindern.« Und das taten sie, fügte der Admiral hinzu[12].

Kapital 11

Der »Winde«-Code und seine Anwendung[13]

Die »Winde«-Code-Angelegenheit würde niemals die Wichtigkeit erlangt haben, die ihr in der Pearl Harbor-Geschichte zuteil geworden ist, wenn dies nicht durch widersprechende Zeugenaussagen und andere Umstände geschehen wäre, die sich hauptsächlich während der Hewitt-Untersuchung ergaben, und durch die ganz ungerechtfertigte Bedeutung, die ihr in der Kongreßuntersuchung beigemessen wurde, wie das in diesem Kapitel gezeigt werden soll.

Sobald Washington und London durch die Tokio-Depeschen vom 1. und 2. Dezember 1941 (Tokio-Zirkular 2444 und Depesche Tokio-Botschaft Washington Nr. 867 — Kap. 6) erfahren hatten, daß die japanischen diplomatischen Vertretungen und Konsulate in amerikanischen und britischen Gebieten Auftrag erhalten hatten, alles in ihrem Besitz befindliche Geheimmaterial zu vernichten, brauchte es keines weiteren Beweises für die angelsächsischen Regierungen, daß Japan im Begriff stand, den Krieg zu eröffnen. Die Entschlüsselung der »Winde«-Sendung am 4. Dezember bedeutete nur eine zusätzliche Bestätigung dieser Absicht.

Noch vor der Hewitt-Untersuchung stand durch Zeugenaussage eindeutig fest, daß eine »Winde«-Sendung, die die Vereinigten Staaten betraf, bei der Marineleitung am 4. Dezember 1941 aufgenommen wurde. Die Existenz dieser Meldung wurde erst viel später bestritten, und während der damals bis

[12] Dieser Zwischenfall kam zur Kenntnis des Verfassers erst, als er kurz nach dem Kriege eine Ansprache an den Marineverein von Salem hielt. Hierbei äußerte er seine Ansicht über die Rolle Washingtons im Zusammenhang mit dem japanischen Überfall. Der vormalige Kongreßmann Bates suchte den Verfasser im Anschluß an den Vortrag auf, um ihm zu sagen, daß er genau dasselbe von Admiral Gatch gehört habe und die Übereinstimmung bemerkenswert sei.

[13] Während der Behandlung der »Winde«-Code-Angelegenheit wird durchgehend der Kürze halber der Ausdruck »Winde«-Sendung für die betreffenden Depeschen verwendet. Die Methode der Handhabung war die, durch den Rundfunk bestimmte Wendungen oder einzelne Worte nach den in den Zirkularen Nr. 2353 und Nr. 2354 gegebenen Richtlinien zu senden.

zum Angriff verbleibenden drei Tage konnte nichts ihren Wert als zusätzliches Beweismittel beeinträchtigen. Vom rein militärischen Standpunkt aus ist dies das wichtige und wesentliche Moment bei der ganzen »Winde«-Angelegenheit.

Wie schon in Kapitel 6 ausgeführt, wurden der »Winde«- und der »Versteckte Worte«-Code in Tokio ausgearbeitet, um die Übermittlung der Anweisung zur Code-Vernichtung an diejenigen Vertretungen sicherzustellen, die nicht mit dem Purpur-Code ausgerüstet waren. Der »Versteckte Worte«-Code wurde bereits eingehend besprochen. Der »Winde«-Code wurde durch die beiden nachstehenden Anweisungen in Kraft gesetzt:

Tokio an Botschaft Washington, 18. November 1941 (Zirk. 2353):
»Betreff: Ausgabe einer bestimmten Meldung durch Rundfunk im Notfall:

Im Notfalle (Gefahr des Abschneidens unserer diplomatischen Beziehungen) und der Unterbrechung internationaler Nachrichtenmittel wird die nachstehende Warnung im Mittelteil der täglichenKurzwellen-Nachrichtensendung in japanischer Sprache durchgegeben:

1. Bei Abbruch der Beziehungen Japan-Vereinigte Staaten:
   »Higashi No Kaze Ame« (Ostwind, Regen)
2. desgl. der Beziehungen Japan-Sowjetunion:
   »Kita No Kaze Kumori« (Nordwind, wolkig)
3. desgl. der Beziehungen Japan-Großbritannien:
   »Nishi No Kaze Hare« (Westwind, klar)

Diese Nachricht wird in der Mitte und am Ende der Wettervorhersage gegeben und jeder Satz zweimal wiederholt werden. Bei Empfang vernichten Sie bitte alle Code-Schriftstücke und dergl. Dies ist als absolut geheime Anordnung zu behandeln«. »Als dringende Nachricht zu befördern«.

Es ist zu beachten, daß diese Anweisung einen offenbaren Widerspruch enthält. Der 2. Absatz sagt, daß die Warnung in der Mitte der Rundfunksendungen gegeben werden soll, während der letzte Absatz bestimmt, daß sie in der Mitte und am Ende der Wettervorhersage erscheinen soll.

Tokio an Botschaft Washington, 19. November 1941 (Zirk. 2354):
»Wenn unsere diplomatischen Beziehungen sich bedrohlich gestalten, werden wir unseren allgemeinen Nachrichtensendungen im Rundfunk im Anfang und am Schluß folgende Wendungen hinzufügen:

1. im Falle Japan-Vereinigte Staaten »Higashi«
2. Im Falle Japan-Sowjetunion »Kita«
3. Im Falle Japan-Großbritannien »Nishi«

Diese Worte werden je fünfmal wiederholt werden. Benachrichtigen Sie Rio de Janeiro, Buenos Aires, Mexico City, San Franzisko«
(Entschlüsselt Marineleitung, 26. November 1941)

Die späte Bearbeitung dieser Meldungen war augenscheinlich dadurch veranlaßt worden, daß sie nicht nach dem Purpur-Code gesendet wurden, für den damals Vorrang bei den Entschlüsselungsstellen bei Heer und Marine angeordnet war.

Sobald der Inhalt dieser beiden Depeschen in Washington bekannt war wurden folgende Anordnungen zur Überwachung der »Winde«-Sendungen getroffen: Die Marine-Großstationen wurden informiert und beauftragt, die japanischen Rundfunksendungen zu verfolgen. Ähnliche Instruktion erging an die Heeresstation in San Franzisko und Hawai. Ferner wurde auf Ersuchen des Kriegsministeriums den Rundfunküberwachungsstationen des Bundes Auftrag gegeben, die in Frage kommenden Wellenlängen im Auge zu behalten.

Es ist zu beachten, daß es sich bei den in diesen beiden Zirkularen erwähnten Rundfunksendungen um zwei verschiedene Systeme handelte. Der mit Nr. 2353 in Kraft gesetzte Code bezog sich auf eine tägliche Kurzwellensendung aus Tokio, während der Code nach Nr. 2354 für eine andere hochfrequente Sendung aus Tokio Gültigkeit hatte, die verschlüsselt in Morsezeichen für die japanischen diplomatischen Posten und Konsulate bestimmt war.

Gleichzeitig mit den Vorkehrungen, um diese japanischen diplomatischen Sendungen zu überwachen, wurden bei der Marineleitung Karten mit der englischen Übersetzung der drei japanischen Wortgruppen hergestellt und an die Empfänger von Magic verteilt. Dies war Teil eines besonderen Systems, um empfangene Winde-Sendungen bekanntzugeben; jede solche Sendung wurde nach Empfang dem Direktor des Marineverkehrswesens, Konteradmiral Noyes, überbracht, der persönlich die Verantwortung für die richtige Weitergabe übernahm. Der Zweck der erwähnten Karten sollte darin bestehen, die Mitteilung telefonisch in sorgfältiger formulierten Wendungen durchgeben zu können. Für diese abweichende Regelung gegenüber dem allgemeinen Magic-Verfahren fehlte eigentlich ein vernünftiger Grund, und sie führte offenbar zu manchen Fehlern in der Behandlung der Windesendungen.

Die Geschichte des Winde-Verfahrens wird in den folgenden Abschnitten nach den Zeugenaussagen vor dem Marine-Untersuchungshof und dem Pearl Harbor-Ausschuß des Kriegsministeriums behandelt.

Gegen 8,30 Uhr am 4. Dezember 1941 kam Kapitänleutnant Kramer in Begleitung eines diensthabenden Offiziers vom Verkehrs-Überwachungsdienst in das Büro des Korvettenkapitäns Safford mit der Bemerkung »hier ist es«. Diese Äußerung sollte besagen, daß die Kopie einer Fernschreibermeldung, die der Offizier von der Verkehrsüberwachung in der Hand hielt, eine Winde-Sendung war. Korvettenkapitän Kramer sagte vor dem Untersuchungshof aus, daß die Meldung die japanische Wendung »Higashi No Kaze Ame« enthalten habe (Ostwind, Regen), was den Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bedeutete.

Korvettenkapitän Safford begleitete den Offizier vom Überwachungsdienst aus seinem Büro, augenscheinlich um sicher zu gehen, daß die Meldung richtig an Konteradmiral Noyes gelangte. Der Admiral gab mindestens zwei telefonische Benachrichtigungen über den Erhalt der Windesendung durch, nämlich an Konteradmiral Turner und an Oberst Sadtler, der als Chef des Signalwesens im Kriegsministerium fungierte. Nach Admiral Noyes' Zeugenaussage vor dem Untersuchungshof erhielt auch Admiral Stark diese Nachricht. Admiral Stark konnte sich aber bei seiner Vernehmung nicht daran erinnern. Oberst Sadtler seinerseits berichtete den Empfang der Meldung sofort dem Brigadegeneral Miles und dem Oberst Bratton. Als sich ergab, daß er nicht unterrichtet war, auf welche Länder sich die Winde-Sendung bezog, erhielt er Befehl, das noch festzustellen. Admiral Noyes war am Telefon nicht sicher, glaubte aber, daß die Meldung einen Bruch mit Großbritannien beträfe, als er gebeten wurde, das nachzuprüfen, erwiderte er, daß er dazu jetzt keine Zeit habe, weil er im Büro von Admiral Stark zu einer Besprechung erwartet würde. Als diese Antwort General Miles mitgeteilt wurde, entschied dieser, daß die schon erhaltenen Anweisungen zur Code-Vernichtungen die japanischen Absichten völlig klar machten und deshalb die genaue Kenntnis dieser Winde-Sendung unnötig sei — eine einleuchtende Feststellung.

Konteradmiral Ingersoll, der stellvertretende Chef der Seekriegsleitung, sagte vor dem Marine-Untersuchungshof aus, daß er über den Empfang der Winde-Sendung durch einen Offizier unterrichtet worden sei, der die Ausfertigung einer Meldung in der Hand hielt, die dieser Offizier mit Bestimmtheit für die Winde-Sendung hielt. Es ist also festzustellen, daß Konteradmiral Tur-

ner durch Admiral Noyes unterrichtet wurde, Admiral Ingersoll aber die Nachricht auf anderem Wege erhielt. Der Grund hierfür war, daß er nicht zu den Empfängern von Magic gehörte, wohl aber Admiral Turner.

Demnach sieht es so aus, als ob die Verteilung der Winde-Sendung durch den Direktor des Marine-Verkehrswesens zu zahllosen Irrtümern geführt hätte. Das Kriegsministerium erhielt keine Kopien, die beiden Empfänger beim Marinenachrichtenwesen, Kapitän z. See Wilkinson und Korvettenkapitän Mc Collum, bekamen keine Kenntnis vom Empfang der Winde-Sendung, und sehr wahrscheinlich gelangte auch keine Kopie in die Akten der Marineleitung.

Korvettenkapitän Safford bekundete allerdings, daß er gegen Mitte Dezember eine Kopie in den Akten gesehen habe, als Urkundenmaterial für die Robertskommission zusammengestellt wurde. Außer ihm hat aber niemand eine Kopie in den Akten gesehen, weder damals noch später. Zur Zeit der Untersuchungen von Mitte 1944 an bis zur Beendigung der Kongreß-Untersuchung befand sich jedenfalls kein Exemplar bei den Akten.

Als Ergebnis der Überwachung der Winde-Sendungen berichtete die Bundes-Nachrichtenüberwachungs-Commission (im folgenden mit F.C.C. = Federal Communications Commission abgekürzt wiedergegeben) an Kriegs- und Marineministerium die folgenden Übersetzungen von abgehörten Sendungen in japanischer Sprache:

»*Wettermeldungen von Tokio Station JVW3* 22.00 Uhr Greenwich-Zeit (im folgenden m.Gr.Z.), 4. Dezember 1941:

»Tokio heute Nordwind, etwas auffrischend, voraussichtlich wolkig, morgen heiter und schönes Wetter;

»Kanagawe Präfektur heute Nachmittag wolkig, nachmittags Bewölkung zunehmend;

»Chibe-Präfektur heute Nordwind, klar, leicht zunehmende Bewölkung er wartet, See ruhig.

(Berichtet an Marineleitung 21.05 Uhr, 4. Dezember 1941)

»Wettermeldung von Station Tokio JVW3 21,30 Uhr m.Gr.Z., 5. Dez. 41

»Heute Nordwind, morgens wolkig, nachmittags klar, aber wieder Bewölkungzunahme. Morgen Nordwind und später auf Süd umspringend« (dreimal wiederholt)

(An Oberst Bratton in seine Wohnung berichtet, 19,05 Uhr, 5. Dezember 41)

Wettermeldung im Rundfunk von Tokio Station JLG4, 00,02 Uhr, m.Gr.Z.,

8. Dezember 1941; wiederholt von Station JGJ, 00,35 Uhr m.Gr.Z., 8. Dezember 1941:
»Dies ist die Mitte der Nachrichtensendung, wir geben aber speziell an dieser Stelle die Wettervorhersage:
»Westwind, klar; Westwind, klar« (= Nishi No Kaze Hare)
(Die ganze Sendung von beiden Stationen zweimal durchgegeben)
(An Oberstleutnant Dusenbury in seine Wohnung gemeldet 20,00 Uhr, 7. Dezember 1941)

Keine der beiden Meldungen vom 4. und 5. Dezember scheint eine Winde-Sendung gewesen zu sein, höchstens bei der zweiten könnte es zweifelhaft sein. Negative Nachrichten waren im Winde-Code nicht vorgesehen, es konnte damit also nicht ausgedrückt werden, daß kein Bruch mit einem bestimmten Lande erfolgt sei. Die Sendung vom 5. Dezember wurde dreimal in der Mitte des Nachrichtendienstes durchgegeben und sprach abwechselnd von wolkig und klar und umgehendem Wind von Nord auf Süd. Das könnte ein Versuch gewesen sein, den japanischen Außenstellen zu sagen, daß ein Bruch mit Rußland nicht zu erwarten sei.

Die letzte der drei von der F. C. C. gemeldeten Sendungen war zweifellos eine Winde-Sendung trotz der Tatsache, daß diese erst mehrere Stunden nach dem Pearl Harbor-Angriff erfolgte. Denn 00,02 Uhr m.Gr.Z. am 8. Dezember entspricht 13,32 Uhr am 7. Dezember 1941 in Hawai.

Die Abgabe dieser verspäteten Rundfunksendung war aber durchaus folgerichtig. Die Welt hatte zu dieser Zeit schon Kenntnis von dem Angriff auf Pearl Harbor und wußte, daß Japan und die Vereinigten Staaten im Kriege waren. Aber die Sendung »Nishi No Kaze Hare« bedeutete den Kriegsausbruch zwischen Japan und Großbritannien, und dies war eine nochmalige Durchgabe der Anweisung zur Code-Vernichtung an alle diejenigen japanischen Vertretungen auf britischem Gebiet, die etwa die vorhergehenden Anordnungen nicht erhalten hätten.

Wir werden nunmehr einen Blick auf die wesentlichen Merkmale der Zeugenaussagen zur Winde-Angelegenheit vor dem Hewitt-Ausschuß (spätere Untersuchung durch Admiral Hewitt. D. Uebers.) und dem Vereinigten Kongreßausschuß werfen und die Abweichungen dieser späteren Aussagen von den ursprünglich vor den Untersuchungs-Ausschüssen der Wehrmachtteile gemachten Angaben kennzeichnen.

Bei den Aussagen zweier Zeugen ergaben sich keine wesentlichen Abwei-

chungen: Admiral Ingersoll bekundete erneut, daß ihm die Windesendung berichtet worden wäre. Kapitän z. See Safford blieb wie bei all seinen früheren Vernehmungen als Zeuge dabei, daß die Winde-Sendung betreffend die Vereinigten Staaten am Morgen des 4. Dezember empfangen wurde. Kapitän zur See Kramer gab vor Admiral Hewitt und ebenso vor dem Vereinigten Kongreßausschuß an, daß seiner jetzigen Überzeugung nach die Winde-Sendung vom 5. Dezember eingegangen sei, sich aber nicht auf die Vereinigten Staaten sondern auf den Bruch mit England bezogen habe. Abweichend davon hatte er aber in seiner früheren Vernehmung vor dem Marine-Untersuchungsausschuß den Empfang der Winde-Sendung auf den 4. Dezember datiert und unzweideutig festgestellt, daß die Fernschreibermeldung die japanische Wendung »Higashi No Kaze Ame« enthielt, was den Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bedeutete.

Admiral Turner wurde vor dem Hewitt-Ausschuß nicht vernommen. Seine Aussage vor dem Vereinigten Kongreßausschuß über die Winde-Sendung lautete aber genau entgegengesetzt dem, was er früher vor dem Marine-Untersuchungshof darüber gesagt hatte. Nach seiner ersten Aussage sollte Admiral Noyes ihn dahin informiert haben, daß eine Winde-Sendung eingegangen sei. Auf weiteres Befragen hatte er gesagt, es sei ihm bekannt gewesen, daß diese Sendung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder wahrscheinlicher noch Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten bedeutete.

Demgegenüber sagte er später bei der Kongreßuntersuchung aus, Admiral Noyes habe ihn am 5. Dezember angerufen mit den Worten »die erste Wettermeldung ist eingegangen« und gesagt, daß ihr Text lautete »Nordwind klar«. Beide wären sich einig gewesen, daß mit dieser Nachricht etwas nicht stimmen könne. Die diesem Text am nächsten kommende Winde-Sendung wäre gewesen »Nordwind wolkig«, was den Abbruch der Beziehungen zu Rußland bedeutet haben würde. Admiral Turner sagte dazu, er sei der Ansicht gewesen, daß diese angebliche Winde-Sendung möglicherweise eine Fehlschrift der F.C. C.-Meldung vom 4. oder auch der vom 5. Dezember gewesen sei.

Hier drängt sich die logische Frage auf, was diese radikale Abweichung von einer früheren wichtigen Aussage über die Winde-Sendung herbeigeführt hat.

Im Kreuzverhör vor dem Vereinigten Kongreßausschuß erklärte Admiral Turner diese veränderte Aussage mit den folgenden Worten: »Bis zu meiner Rückkehr nach San Franzisko vor etwa 2 Monaten war ich der Meinung, der

ganze Inhalt der Winde-Sendung wäre an sich authentisch, nur wäre ein Fehler unterlaufen bezüglich Nordwind usw. Im Gespräch mit anderen Offizieren, die sich näher mit der Sache zu befassen gehabt hatten, hörte ich dann aber, daß es gar keine Winde-Sendung gewesen sei sondern nur eine irrtümlich aus einer gewöhnlichen Wettermeldung als Winde-Sendung entnommene Wortfolge. Das war mir aber bis dahin ganz unbekannt.«

Mit andern Worten: Admiral Turners Aussage vor dem Marine-Untersuchungshof war seine eigene Erinnerung an die Winde-Angelegenheit. Seine spätere Aussage vor dem Vereinigten Kongreßausschuß war dagegen im wesentlichen eine Wiedergabe dessen, was ihn aus Unterhaltungen in San Franzisko zu einer Änderung seiner eigenen Erinnerung veranlaßt hatte. Diese Offiziere müssen sich sehr überzeugend ausgedrückt haben, denn Admiral Turner ist nicht ein Mann, der seine Ansicht leicht ändert. Es existieren aber keine Kopien der Winde-Sendung oder sonstige dokumentarische Beweise zur Stützung der Argumente, die seine Erinnerung an das Ereignis so vollständig umstießen.

Kapitän z. See Kramer sagte bei seiner Vernehmung vor dem Vereinigten Kongreßausschuß aus, daß er vor seiner Zeugenvernehmung durch Admiral Hewitt mehrere Unterredungen mit dem juristischen Berater des Admirals gehabt habe. Gegenstand dieser Aussprachen waren die Widersprüche zwischen seiner Aussage und denen anderer Zeugen vor dem Marine-Untersuchungshof. Diese Differenzen konnten sich nur auf die Winde-Angelegenheit beziehen, weil der übrige Teil seiner Aussage sich auf seine Pflichten bei der Behandlung von Magic bezogen hatte. Wie wir gesehen haben, wich seine Aussage über den Empfang der Winde-Sendung bei der Hewitt-Untersuchung und vor dem Vereinigten Kongreßausschuß von der Darstellung ab, die er vor dem Marine-Untersuchungshof gegeben hatte.

Kapitän Safford erlebte etwas ähnliches, ehe er die erste seiner drei Vernehmungen bei der Hewitt-Untersuchung hatte. Er folgerte, daß der Zweck dieser vorhergehenden Besprechungen mit dem juristischen Berater der war, seine frühere Aussage zu der Winde-Sendung zu ändern oder andern Aussagen anzupassen. Diese Folgerung veranlaßte ihn, sofort nach jeder solchen Unterredung gewisse Bemerkungen des Sachberaters und seinen Eindruck davon niederzuschreiben. Die Verlesung dieser Aufzeichnungen bildete einen Teil seiner Aussagen vor dem Vereinigten Kongreßausschuß. Eine dieser Aufzeichnungen lautete: »Seine Absicht schien zu sein, meine Aussage bei frühe-

ren Vernehmungen zu widerlegen, die ungünstig für irgend jemand in Washington war, also »feindliche« Zeugen in ihrer Aussage irre zu machen und ein Element von Unsicherheit oder Zweifel wachzurufen, wo er ein Umstoßen der früheren Aussage nicht erreichen konnte.«

Das Memorandum enthielt auch folgende Äußerungen des Sachberaters während ihrer drei Besprechungen:

»Sie sind der Einzige, der glaubte, die Winde-Sendung gesehen zu haben«.

»Wie sollte es möglich gewesen sein, daß die Winde-Sendung an der Ostküste der Vereinigten Staaten gehört wurde, aber nicht von Stationen, die näher bei Japan lagen?«

»Es ist fraglich, ob jemals eine Winde-Sendung existiert hat«.

»Haben Sie nicht bedacht, daß Ihr Gedächtnis Sie nach so langer Zeit im Stich lassen kann?«

»Zahlreiche Zeugen, die Sie benannt haben, haben jegliche Kenntnis von einer Winde-Sendung bestritten«.

Nach seiner Aufzeichnung fragte Kapitän Safford nach Beendigung seiner Vernehmung, ob der Admiral immer noch einen Zweifel daran habe, daß eine Winde-Sendung über den Rundfunk gegeben worden sei und auch in beiden Ministerien empfangen wurde. Ehe der Admiral antworten konnte, sagte der Sachberater »ich habe diese Sache ja nicht zu führen und weiß nicht zu welcher Entscheidung Admiral Hewitt gelangt ist, aber für mich ist es sehr zweifelhaft, ob diese sogenannte Winde-Sendung jemals gegeben worden ist«. Admiral Hewitt fügte dem hinzu, daß für die Existenz einer Winde-Sendung keinerlei Beweis vorläge außer dem durch nichts belegten Zeugnis Kapitän Saffords, und daß nach seiner Meinung der Kapitän eine andere Meldung, in der von einem Winde die Rede war, mit derjenigen verwechselt habe, die er erwartete.

Admiral Hewitts Feststellung, daß außer der Aussage Kapitän Saffords kein Beweis für den Empfang der Winde-Sendung vorhanden sei, war sehr eigenartig. Wenn nämlich Admiral Noyes davon hätte überzeugt werden können, daß seine negative Aussage vor dem Marine-Untersuchungshof über den Empfang der Sendung ein Irrtum war, dann wäre überhaupt jeder Zweifel über diesen Punkt vor dem genannten Gremium behoben gewesen.

Drei wichtige Zeugen zur Winde-Episode aus dem Verfahren vor dem Marine Untersuchungshof wurden bei der Hewitt-Untersuchung gar nicht gehört, die Admirale Turner, Ingersoll und Noyes. Admiral Turner war nicht erreich-

bar, weil er mitten in den Kriegshandlungen im westlichen Pazifik stand. Admiral Ingersoll, der in San Franzisko stationiert war, wurde gar nicht vorgeladen, wohl weil man an einer Wiederholung seiner früheren Aussage nicht interessiert war. Admiral Noyes wurde vor diesem Ausschuß nicht vernommen, weil man von seiner Aussage vor dem Marine-Untersuchungshof so befriedigt war, daß man sich einfach damit begnügte, eine wörtliche Abschrift seiner damaligen Zeugenaussage zu den Untersuchungsakten zu nehmen, also das Vernehmungsprotokoll aus diesem früheren Verfahren abschrieb. Ein in der Tat bemerkenswertes Verfahren und ein *gewichtiges Beweisstück für die Voreingenommenheit dieser Untersuchung* (Hewitt).

Konteradmiral Noyes hätte ein wichtiger Zeuge sein können. Als er am 4. Dezember Admiral Stark und Konteradmiral Turner berichtete, daß eine Winde-Sendung eingegangen sei, muß er überzeugt gewesen sein, daß es sich wirklich um eine solche handelte. Die daraus folgende Fragestellung war zwingend, da er selbst die Verantwortung für die Verteilung der Winde-Sendungen übernommen hatte: Was hat er da getan, um auch den Präsidenten und den Staatssekretär der Marine in Kenntnis zu setzen? Warum unterließ er es, Kapitän z. See Wilkinson und Korvettenkapitän McCollum zu benachrichtigen, die beiden Magic-Empfänger, die nie etwas von der Winde-Sendung erfahren haben? Veranlaßte er, daß eine Kopie der Winde-Sendung zu den andern Magics abgeheftet wurde? Und wenn nicht, was tat er dann mit dieser Kopie? Wann und wie machte er die Feststellung, daß es keine Winde-Sendung war? Weshalb ließ er keine Kopien dem Kriegsministerium zustellen, wie das die seit langem geübte Praxis erforderte?

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die besten Beweise für den Empfang der Winde-Sendung in den ursprünglichen Zeugenaussagen vor dem Marine-Untersuchungshof und dem Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß gegeben waren. Denn zu dieser Zeit bewahrten alle Zeugen noch eine lebendige Erinnerung an die Vorgänge, ehe in ihnen durch die Argumente von anderer Seite Zweifel erweckt wurden.

Mitte 1945 konnten bereits manche Momente in der Winde-Episode das Vertrauen eines Zeugen in die Richtigkeit seiner früheren Aussage erschüttern, so z. B. die lange Zeit, die seitdem verstrichen war; die Unsicherheit, die durch die Berichte der F.C.C. (Federal Communications Comm.) zu den Rundfunksendungen vom 4. und 5. Dezember über Nordwinde entstanden war, ebenso durch die erste Winde-Sendung vom 7. Dezember, Stunden nach dem

Angriff; fehlerhafte Verteilung der Winde-Sendung vom 4. Dezember infolge Abweichung von der festgelegten Praxis der Magic-Verteilung; das Fehlen einer Kopie der Winde-Sendung in der Magic-Akte.

Nach den Untersuchungen durch die zwei Wehrmachtsteile im Sommer und Spätherbst 1944 zirkulierten ständig Gerüchte, daß die japanischen Codes bekannt gewesen seien und Washington aus dieser Quelle gewußt habe, daß Krieg mit Japan bevorstände, sowie, daß diese Information den Hawai-Kommandeuren niemals mitgeteilt worden wäre. Aber selbst nach der Kongreß-Untersuchung war es durchaus nicht allgemein bekannt, daß durch die vollständige Kenntnis der japanischen diplomatischen Nachrichtenmittel Washington genaue Kenntnis aller japanischen Absichten erhielt, daß aber die so erhaltenen Informationen den Hawai-Kommandeuren systematisch verheimlicht wurden.

Die Hüter des Geheimnisses von Pearl Harbor hatten allem Anschein nach die Gefährdung dieses Geheimnisses durch die Winde-Episode erkannt. Zwischen Ende 1944 und dem Zusammentritt des Kongreßausschusses scheint eine Kampagne eingeleitet worden zu sein, die Winde-Sache so zurechtzumodeln, daß jeder Gedanke an den Empfang einer wirklichen Winde-Sendung als absurd erschien. Die Zeugenaussagen vor den späteren Untersuchungsgremien insbesondere vor dem Vereinigten Kongreßausschuß, machen diese Annahme sehr wahrscheinlich. In diesem Zusammenhang ist eine Antwort des Admirals Ingersoll besonders kennzeichnend. Ein Senator fragte ihn, »bis nach dem Angriff wußten Sie nicht, daß es sich nicht um eine echte Winde-Sendung handelte?« Er antwortete »mir ist nicht bekannt, daß ich zu irgend einer Zeit bis wesentlich nach dem Marine-Untersuchungshof im vorigen Jahre gewußt hätte, daß es sich nicht um eine echte Winde-Sendung gehandelt habe«. Die Freimütigkeit dieser Antwort schließt die Annahme aus, daß der Admiral irgend einen Argwohn wegen der Vertuschungsaktion gehabt hätte. Die Bedeutung dieses Zwischenfalls liegt natürlich bei dem Zeitpunkt, zu dem der Admiral entdeckte, daß die Sendung nicht echt wäre.

Die Tatsache, daß die Admirale Ingersoll und Turner bis 1944 oder noch später überzeugt waren, daß die Sendung nach dem Winde-Code, die ihnen am 4. Dezember 1941 berichtet wurde, echt war, besagt, daß sie während der einzigen Zeitspanne, in der sie Bedeutung haben konnte, d. h. vom 4.—7. Dezember, in der Marineleitung *als echt betrachtet* wurde. Denn Admiral Turner war derjenige Offizier im Ministerium, der die Verantwortung dafür trug,

daß Informationen, die durch Abhören japanischer Sendungen erlangt wurden an die auswärtigen Kommandostellen gelangten. Admiral Ingersoll als nächster Mitarbeiter Admiral Starks hätte im Rahmen seines Dienstbereichs zu kontrollieren gehabt, daß *jede Maßnahme durchgeführt wurde, die er auf* Grund aufgefangener Nachrichten für notwendig hielt.

Der Untersuchungsbericht der Majorität des Kongreßausschusses hat diese Tatsache völlig außer Acht gelassen, als er seinen ganzen Anhang »E« darauf verwendete, den Empfang einer wirklichen Winde-Sendung zu bestreiten — ein bezeichnender Höhepunkt der unsachlichen Behandlung der Winde-Episode während der ganzen Kongreßuntersuchung, der augenscheinlich keinem andern Zweck diente, als auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Man muß sich klarmachen, daß eine Kongreßuntersuchung nach dem Kriege gar nicht zu vermeiden war. Das verlangte die Öffentlichkeit, und das bedingte ein öffentliches Verfahren. Alle vorhergehenden Untersuchungen waren geheim gewesen. Bei dem regen Interesse der Presse und der öffentlichen Meinung für mögliche Enthüllungen in der Winde-Angelegenheit bestand die akute Gefahr, daß das ganze Geheimnis von Pearl Harbor offenbar würde.

Als endlich im November 1945 der Vereinigte Kongreßausschuß zusammentrat, war der Beweis für die Existenz einer Winde-Sendung glücklich auf die alleinige Aussage des Kapitäns Safford und auf die Tatsache reduziert, daß der Empfang einer Winde-Sendung dem Admiral Ingersoll gemeldet worden war. Alle anderen Zeugenaussagen vor dieser Körperschaft warfen ernstliche Zweifel auf bezüglich des Empfanges einer echten, wirklichen Winde-Sendung, die den Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeutete. Durch Kreuzverhöre wurden zwar die Abweichungen der jetzigen Aussagen der Zeugen von ihren Aussagen bei früheren Untersuchungen offenbar, aber man hielt es für richtig, dem keine Bedeutung beizulegen.

Die Aussagen vor dem Kongreßausschuß über die Winde-Angelegenheit waren den maßgebenden Regierungsstellen nun so willkommen, daß die Untersuchung dieser Episode über alle Notwendigkeit hinaus verlängert wurde, ohne Rücksicht auf die eigentliche Bedeutung der Sache.

Kapitän Safford, der einzige Zeuge, der bei seiner Aussage blieb, daß eine echte Winde-Sendung am 4. Dezember empfangen wurde, die den Krieg mit den Vereinigten Staaten zum Inhalt hatte, wurde einem über Gebühr scharfen Kreuzverhör unterworfen. Zu einem bestimmten Punkt wurde sogar seine Privatkorrespondenz zum Beweise herangezogen, und dabei veranlaßten

gewisse Bemerkungen über Admiral Stark eine ausgedehnte Befragung, deren Hauptzweck zu sein schien, den Kapitän bloßzustellen und herabzusetzen auf Grund seiner öffentlichen Kritik an seinem obersten Vorgesetzten. Zuletzt blieb der Kapitän angesichts einer besonders zugespitzten Frage stumm, aber man hörte nicht auf, ihn mit dieser Sache in die Enge zu treiben.

Viele Zeugen wurden zu dem alleinigen Zweck aufgeboten zu erklären, daß sie nie etwas von einer Winde-Sendung gehört hätten. Mitteilungen der britischen und holländischen Regierung wurden vorgelegt, die besagten, daß keine ihrer Stationen eine Winde-Sendung abgehört hätte. Auch aus Manila lag eine Meldung vor, daß niemals eine Sendung dieser Art empfangen worden wäre.

Die amerikanischen Diensttsellen in Japan wurden ersucht, nach japanischen Quellen die Winde-Angelegenheit zu untersuchen, und auch die Ergebnisse dieser Ermittlung wurden als Beweismittel anerkannt, obgleich sie offenkundig wertlos waren. Auf die erste Befragung sagten die Japaner, daß sie niemals einen Winde-Code besessen hätten. Als ihnen dann die Zirkulare Nr 2353 und 2354 vorgelegt wurden, behaupteten sie, daß niemals eine Winde-Sendung erfolgt wäre, und das sogar trotz des dokumentarischen Beweises durch die Winde-Sendung vom 7. Dezember Washingtoner Zeit. Eine Durchforschung der japanischen Akten ergab kein schlüssiges Resultat, weil die Japaner in der zweiten Hälfte August 1945 begonnen hatten, Ihre Geheimakten zu verbrennen, und vieles schon vernichtet war, als ein kaiserlicher Befehl dem ein Ende setzte.

Aus welchem Grunde wurde die Winde-Angelegenheit vor dem Kongreßausschuß in dieser Weise breitgetreten und übertrieben? Darauf gibt es wohl nur eine logische Antwort: Die Regierungsstellen wollten dem Volk zeigen: »seht, hier ist der Beweis für die Nichtigkeit aller Gerüchte über die Entschlüsselung der japanischen Codes und über die dramatischen Enthüllungen über die angeblich hinter Pearl Harbor stehende Geschichte. So etwas hat nie existiert. Wenn euer Argwohn wieder einmal erregt wird, dann denkt an das Auffliegen des Mythos von der Winde-Angelegenheit«.

Aber bei alledem ist die Tatsache nicht abzuleugnen, daß die besten Beweise für die Echtheit der Winde-Sendungen durch die ursprünglichen Aussagen bei den ersten Untersuchungen durch die Wehrministerien geliefert wurden, als die Zeugen ihre Angaben noch nach Ihrer eigenen, unbeeinflußten Erinnerung machten. Als endgültige Schlußfolgerungen müssen wir nochmals

betonen, daß die Bedeutung der Winde-Angelegenheit in der Pearl Harbor-Frage in der Beeinflussung und Abstimmung der Zeugenaussagen zu suchen ist, die sich in der Zeit zwischen Oktober 1944 und November 1945 abgespielt hat, sowie in dem ganz ungerechtfertigten Eifer, der auf die Leugnung und Widerlegung des ganzen Komplexes während der Untersuchung und in dem Mehrheitsbericht des Vereinigten Kongreßausschusses verwendet wurde.

Kapitel 12

Die acht Untersuchungen über Pearl Harbor

Seit dem Angriff auf Pearl Harbor sind über diese Katastrophe acht Untersuchungen geführt worden. Sie sollen hier kurz aufgeführt und besprochen werden.

Die Roberts-Kommission vom 18. Dezember 1941 bis zum 23. Januar 1942 trat auf Anordnung des Präsidenten zusammen, um die Vorgänge bei dem japanischen Angriff auf Pearl Habor zu ermitteln und in einem Bericht niederzulegen. Sie sollte dabei im besonderen entscheiden, ob und welche Pflichtverletzungen oder Fehler in der Beurteilung seitens Personen der Armee und Marine zu dem feindlichen Erfolge beigetragen hätten.

Die Mitglieder der Kommission waren: Beigeordneter Richter vom Obersten Gericht der Vereinigten Staaten Roberts, Admiral a. D. Standley, Konteradmiral a. D. Reeves, Generalmajor a. D. McCloy, Brigadegeneral McNarney.

Die Kommission arbeitete zunächst in Richtung der Tatsachenermittlung. In so hohem Maße persönlich betroffene Personen wie Admiral Kimmel und General Short erhielten nicht das Recht, sich eines Anwalts zu bedienen, durften aber auch nicht der Vernehmung anderer Zeugen beiwohnen. Auf diese Weise wurden sie des Mittels beraubt, die Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen, und bekamen auch keine Kenntnis von dem der Kommission vorliegenden Beweismaterial außer ihrer eigenen Aussage.

Die einzigen positiven Verhandlungen der Kommission wurden in Hawai durchgeführt. Die anschließenden Sitzungen in Washington dienten dazu, hintergründige Informationen zur Stützung der in Hawai vorgenommenen Vernehmungen zu erlangen. Auf diese Weise beschränkte die Kommission selber ihre Feststellungen auf das, was sich in Hawai zugetragen hatte, unter völligem Ausschluß der Vorgänge, die sich in Washington ereignet hatten. Außer-

dem ist aber einer der Zwischenfälle in Hawai genauer Untersuchung bedürftig.

Das stenographische Personal, das der Ausschuß für seine Zwecke angenommen hatte, war unvorstellbar unfähig. Als Admiral Kimmel das Protokoll seiner Vernehmung zur Unterschrift vorgelegt wurde, stellte sich heraus, daß es voller Fehler und Irrtümer steckte und stellenweise einfach unverständlich war. Dokumente, die der Admiral verlesen hatte, waren nicht richtig bezeichnet, und ganze Abschnitte dieser Beweisstücke waren ausgelassen. Dazu waren Fragen und Antworten darauf so übel verstümmelt, daß sie gar keinen Sinn ergaben. Admiral Kimmel und der Verfasser verwendeten zwei Tage und Nächte auf den Versuch, diesem Protokoll ein Mindestmaß an Richtigkeit zu geben.

Als dieses Schriftstück fertiggestellt war, so gut sich das eben bewerkstelligen ließ, überbrachte der Verfasser es dem Protokollführer der Kommission, Mr. Walter Bruce Howe, der sehr schnell mit dem Bescheid des Richters Roberts wiederkehrte, daß dieser keine Änderung in dem Stenogramm der Aussage des Admirals Kimmel zulasse. Da dieses Stenogramm völlig ungenau war, war diese Ablehnung einfach unverständlich. Deshalb nahm der Verfasser die Sache mit Admiral Standley auf und bekam den Bescheid, daß eine Änderung des Stenogramms von Admiral Kimmels Aussage nicht zugestanden werden könne, daß aber in einem besonderen Anhang zu dem Prozeßbericht die beanstandeten Fehler aufgeführt werden könnten.

Die Nutzlosigkeit dieses Verfahrens wurde Admiral Standley sofort entgegengehalten. Beim Lesen der Akten und bei den Entscheiden würde sich niemand um einen nebensächlichen Anhang kümmern oder sich etwa der Mühe unterziehen, daraus die wirkliche Aussage des Admirals zu rekonstruieren. Es wurde noch einmal betont, daß Admiral Kimmel keineswegs die Absicht hätte, seine Aussage irgendwie zu ändern, sondern nur wolle, daß sie der Wahrheit gemäß wiedergegeben würde. Admiral Standley wiederholte, daß in der Sache nichts weiter geschehen könne, weil Richter Roberts nicht willens sei, seine Entscheidung zu ändern. Der Verfasser hielt ihm darauf entgegen, daß Admiral Kimmel nichts anderes verlange, als was dem rechtmäßigen Verfahren vor einem Militärgericht in Bezug auf Irrtümer in einem Protokoll entspräche, und fragte, ob die vier militärischen Mitglieder nicht in der Lage seien, die Entscheidung des Vorsitzenden über die verlangte Richtigstellung des Protokolls umzustoßen, es sei denn, daß die Kommission in Wirklichkeit eine Ein-Mann-Körperschaft wäre.

Darauf ereignete sich die bezeichnendste Phase dieser Unterredung. Admiral Standley verharrte kurze Zeit schweigend, indem er den Verfasser anstarrte, und sagte dann »Admiral Kimmel und Sie sind sich darüber klar, ohne Illusionen, was er zu erwarten hat?«. Die Antwort lautete »Nein, aber Admiral Kimmel beanspruche immer noch, daß das Protokoll seiner Aussage eine genaue Wiedergabe dessen sei, was er als Zeuge hier gesagt und getan habe«.
Dabei blieb es.

Es kann gar nicht bestritten werden, daß die Kommission vitale Rechtsnormen verletzte, als sie bei der Untersuchung des Verhaltens der Hawai-Streitkräfte deren Kommandeuren das gesetzliche Recht auf einen Verteidiger oder das einer interessierten Partei versagte. Das hinderte aber die Kommission nicht, Admiral Kimmel und General Short folgender Pflichtverletzungen zu beschuldigen: Versäumnis, sich über die Warnungen und Befehle zu beraten, die am 27. November oder später ergingen, und den bestehenden Plänen nach entsprechend der bedrohlichen Lage gehandelt zu haben.

Die Anklagen scheinen ganz und gar auf Wirkung auf die Öffentlichkeit zugeschnitten zu sein. Sie tragen gesetzliche Mängel,weil sie nicht angeben, auf welche »Befehle und Warnungen« im ersten Fall und »Pläne« im zweiten Fall sie sich beziehen. Die Hawai-Kommandeure haben sich beraten über die Depeschen von Kriegs- und Marineministerium vom 27. November. Nach diesem Tage waren die Code-Vernichtungsweisungen die einzigen Depeschen von Bedeutung, die Hawai erhielt.

Wie wir schon gesehen haben, waren die ständigen Pläne, die während der kritischen Periode nicht in Kraft gesetzt wurden: Die Erklärung eines Mobilmachungstages »M«, der die Mobilisierungsmaßnahmen der Kriegspläne in Gang setzte; der vereinigte Heeres- und Marine-Küstenverteidigungsplan, besonders für Hawai und die Panamakanalzone; schließlich die Zusammenfassung des Hawaikommandos in einer Hand. Die Inkraftsetzung dieser Pläne und die Kommandoregelung gehörten aber zur unmittelbaren Verantwortlichkeit der Abteilungen für Land- und Seekriegsplanung bei den beiden Ministerien, die dem General Marshall und dem Admiral Stark direkt unterstellt waren.

Die Roberts-Kommission befand, daß die Staatssekretäre für Krieg und Marine sowie General Marshall und Admiral Stark ihre Pflichten im Zusammenhang mit dem Pearl Harbor-Angriff erfüllt hätten.

Das bedeutet, daß dieser Freispruch von Verletzung ihrer Pflicht und Ver-

antwortung keinen Tadel oder Vorwurf der Nachlässigkeit enthielt. Diese Ansicht war gesund und richtig, soweit sie sich auf die beiden Staatssekretäre bezog. Wenn aber die Kommission ihre Untersuchung auf diese Fragen erstreckt hat, dann ist kaum einzusehen, wie General Marshall und Admiral Stark hinsichtlich ihrer Verantwortung für die Vorenthaltung aller Nachrichten für Hawai oder für die oben benannten Versäumnisse freigesprochen werden konnten, wenn es nicht erwiesen und anerkannt ist, daß diese Offiziere damit den Befehlen gehorchten, die sie von ihrem Oberbefehlshaber erhalten hatten.

Die im vorigen Abschnitt wiedergegebene Ansicht der Kommission im Verein mit der Anklage gegen die Hawai-Kommandeure war sehr bedeutungsvoll. Indem aller Vorwurf auf Admiral Kimmel und General Short gehäuft wurde, blieb das Ansehen der Regierung in Washington vor der Öffentlichkeit voll gewahrt. Vertrauen der Bevölkerung auf Präsident Roosevelt und seine ersten Mitarbeiter wurde für psychologisch unerläßlich gehalten für die erfolgreiche Führung des Krieges.

Wir werden in Kürze sehen, daß sowohl der Heeres-Pearl-Harbor-Ausschuß als auch der Marine-Untersuchungshof zu vollkommen entgegengesetzter Beurteilung der Sache kam wie die Roberts-Kommission, nämlich der Heeresausschuß in Bezug auf die Haltung General Marshalls und der Marine-Untersuchungshof bezüglich des Verhaltens des Admirals Stark und Admiral Kimmels

Die Hart-Untersuchung, vom 12. Februar bis zum 15. Juni 1944, wurde vom Marineministerium eingesetzt, um sachdienliche Feststellungen über den Pearl-Harbor-Angriff zu treffen mit Rücksicht auf die Möglichkeit des Ausfalls wichtiger Zeugen durch die Kriegsereignisse. Sie wurde als Ein-Mann-Untersuchung durch Admiral Hart durchgeführt.

Offensichtlich um dem Gesetz zur Begrenzung der Strafverfolgung zuvorzukommen, dessen Inkrafttreten kriegsgerichtliche Verfahren gegen Offiziere des Heeres und der Marine, die ernster Pflichtverletzungen beschuldigt wurden, verhindert hätte, erließ der Kongreß eine Anordnung, bestätigt am 13. Juni 1944, durch die den Staatssekretären von Armee und Marine Auftrag erteilt wurde, die Pearl Harbor-Katastrophe zu untersuchen und Verfahren gegen alle Personen einzuleiten, bei denen dies angebracht erschiene. Auf Grund dieser Anordnung wurden der Heeres-Pearl-Harbor-Ausschuß und der Marine-Untersuchungshof eingesetzt.

Der Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß, vom 20. Juli bis zum 20. Oktober 1944, hatte den Auftrag, alle Tatsachen über den Pearl Harbor-Angriff zu ermitteln

und darüber Bericht zu erstatten, zugleich auch solche Empfehlungen zu geben, die angemessen erschienen. Die Mitglieder des Ausschusses waren Generalleutnant Grunert, Generalmajor Russell und Generalmajor Frank.

Die Beurteilung der Verantwortlichkeit dreier Offiziere im Generalsrange seitens dieses Ausschusses bedarf genauester Betrachtung. Kurz gefaßt und dem öffentlichen Verständnis besser angepaßt lautete sie wie folgt:

General Marshall beging Verfehlungen in seinem Verhalten gegenüber dem Hawaikommando, indem er 1. den kommandierenden General nicht voll unterrichtet hielt über das immer gespannter werdende Verhältnis zu Japan; 2. General Shorts Bericht vom 27. November über Anordnung des Sabotagealarms nicht beantwortete, der doch klar erkennen ließ, daß der Hawai-Befehlshaber die Warnungsdepesche des Kriegsministeriums vom gleichen Tage falsch aufgefaßt hatte; 3. es am Abend des 6. Dezember und am Vormittage des 7. Dezember unterließ, General Short über die entscheidende Information in Kenntnis zu setzen, die den Bruch mit Japan anzeigte, obgleich reichlich Zeit zur Verfügung stand; 4. er nicht für das Hawai-Kommando Kriegsbereitschaft befahl und zwar für die Tage vom 27. November bis zum 7. Dezember 1941 trotz der unmittelbar drohenden Kriegsgefahr.

General Gerow, Chef der Kriegsplanungsabteilung im Kriegsministerium, verletzte seine Pflichten in folgenden Einzelheiten: 1. Indem er den kommandierenden General in Hawai nicht in angemessener Weise über die drohende Kriegsgefahr unterrichtete, nämlich es unterließ, ihm das Nachrichtenmaterial aus den Magic-Sendungen zugänglich zu machen; 2. am 27. November dem General Short keine klare und bestimmte Anweisung erteilte, statt die irreführende Depesche zu billigen, die an ihn herausging; 3. sich nicht klarmachte, daß die Vollzugsmeldung General Shorts vom 27. November nicht den Inhalt hatte, die volle Kriegsbereitschaft zu bestätigen, und es somit unterließ, den befohlenen Sabotagealarm zu berichtigen; 4. keine Schritte unternahm, die bestehenden Pläne für die Zusammenarbeit der Land- und Seestreitkräfte in Kraft zu setzen und so die Koordinierung der beiden Dienstzweige in der vorgesehenen Form sicherzustellen.

General Short verstieß gegen seine Pflichten in folgenden Punkten, indem er 1. es versäumte, sein Kommando nach Erhalt einer Kriegswarnung in Kriegbereitschaft zu setzen. Denn trotz des unvollständigen und unklaren Wortlauts seiner Benachrichtigung genügte sie doch zu seiner Warnung, daß die japanisch-amerikanischen Beziehungen stark gespannt wären und mit feindlichen

Handlungen gerechnet werden müsse; 2. keinen Versuch machte, sich mit den verantwortlichen Marinebefehlshabern wegen des Inkraftsetzens des gemeinsamen Armee- und Marine-Küstenverteidigungsplanes zu verständigen; 3. sich nicht über das Funktionieren der Marine-Fernaufklärung unterrichtete; 4. ungeeignete Offiziere nicht aus ihrer Stellung entfernte.

Es hat den Anschein, als ob der Ausschuß unnötig scharf über den General Short geurteilt hätte. Sein unbeantwortet gebliebener Bericht über Anordnung des Sabotagealarms zeigte dem Kriegsministerium zehn Tage vor dem Angriff eindeutig, daß er sich über den Grad der diplomatischen Spannung nicht im klaren war. General Short hatte einen sehr guten Ruf als Soldat, und sein Verkennen der diplomatischen Situation beweist, daß er nicht ausreichend unterrichtet war, um sich ein richtiges Urteil bilden zu können, auch wenn der Ausschuß das nicht gelten lassen wollte. Das Inkrafttreten des gemeinsamen Heeres- und Marineplans konnte einem Offizier nicht in den Sinn kommen, der den Sabotagealarm für die der Lage nach angemessene Maßnahme hielt. Überdies hatte ja der Ausschuß selbst festgestellt, daß die Inkraftsetzung dieses Plans eindeutig Sache des Brigadegenerals Gerow war. Genauso war es nicht Sache eines Offiziers, der den Sabotagealarm als den der Situation angemessenen Zustand ansah, sich mit der Fernaufklärung der Marine zu befassen.

Wenn das Kriegsministerium, wie es seine Pflicht war, General Short's Sabotagealarm richtiggestellt hätte, dann wäre die Hawaistation in voller Kriegsbereitschaft gewesen.

Der Marine-Untersuchungshof, vom 24. Juli bis zum 19. Oktober 1944, hatte den Auftrag, alle mit dem japanischen Angriff zusammenhängenden Fragen zu untersuchen, den genauen Sachverhalt zu ermitteln, zu klären, ob irgendwelche Personen im Dienstbereich der Marine sich Verstöße hätten zuschulden kommen lassen oder ernstliches Verschulden an den Tag gelegt hätten, und schließlich anzuempfehlen, welche weiteren Schritte zu unternehmen wären.

Die Mitglieder des Untersuchungshofes waren Admiral a. D. Murfin, Admiral a. D. Kalbfus, Vizeadmiral Andrews.

In seiner Beurteilung sprach der Gerichtshof Admiral Kimmel frei von Vorwurf, legte aber dem Admiral Stark zur Last, daß er es an einer richtigen Beurteilung der Lage habe fehlen lassen, als er es unterließ, Admiral Kimmel Nachricht geben zu lassen, u.zw. während der Periode vom 27. November bis

zum 7. Dezember 1941, über den Ernst der Beziehungen zu Japan; daß er ferner eine Benachrichtigung des Chefs der Pazifikflotte unterließ, als eine Nachricht einging, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen als unmittelbar bevorstehend erkennen ließ, und daß ein Angriff im Bereich von Hawai erwartet werden müsse.

Genau wie die Roberts-Kommission nahm auch dieser Untersuchungshof keine Kenntnis von den Unterlassungen Washingtons am oder um den 27. November: Festsetzung eines »M«-Tages; Vereinbarung mit dem Kriegsministerium zu treffen wegen Inkraftsetzung der gemeinsamen Heeres- und Marine-Küstenverteidigungspläne für alle pazifischen Stationen; entsprechende Schritte für die Schaffung eines einheitlichen Kommandos für Hawai zu unternehmen. Wie wir aber gesehen haben, hat der Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß diese Unterlassungen bei General Gerow nicht übersehen.

An diesem Punkt ist eine Abschweifung notwendig. Die offenkundige Kritik an der Pflichterfüllung hochgestellter Offiziere des Kriegs- und des Marineministeriums bedarf einer sofortigen Erörterung, um über die Berechtigung dieser Kritik Klarheit zu schaffen.

Bei jedem Versuch, sich über das Verhalten der Oberkommandos in Washington ein Urteil zu bilden, muß in erster Linie die militärische Qualifikation dieser Offiziere beachtet werden. Zunächst einmal werden nur Offiziere von besonders guter Beurteilung für die obersten Stellungen in Armee und Marine ausgewählt. Weiter ist es selbstverständlich, daß auch die Offiziere der nächsten Rangstufe in den Ministerien, die Abteilungschefs, mit aller Sorgfalt ausgewählt werden. Alle höheren Offiziere Ende 1941 in Washington hatten die Kriegsakademien ihrer Waffengattung mit Erfolg durchlaufen.

Es sind aber noch zwei weitere gewichtige Argumente in dieser Hinsicht zu berücksichtigen. Die anscheinende Nachlässigkeit oder Untüchtigkeit erstreckt sich nur über eine sehr kurze Zeitspanne, Ende 1941, im vollen Gegensatz zu der sonstigen erfolgreichen Laufbahn dieser Offiziere. Außerdem brachten sie nicht nur den Ruf hervorragender Tüchtigkeit mit in ihr Washingtoner Amt, sondern die meisten von ihnen haben auch während der folgenden Kriegsjahre ihre besonderen beruflichen Fähigkeiten bewiesen. Viele von ihnen stiegen zu höchsten Rängen auf. Bei Offizieren solcher Bewährung mußte eine fortlaufende Verletzung elementarer Grundsätze der Kriegführung wirklich Verwunderung erregen. Wenn wir nicht annehmen, daß ihr gesamtes Verhalten durch richtungweisende Befehle des Präsidenten Roosevelt bestimmt

wurde, müßte dieses gleichzeitige und übereinstimmende Versagen bei Heer und Flotte in Washington während des dem Angriff auf Pearl Harbor vorhergehenden Monats und besonders in den ersten Dezembertagen völlig unverständlich bleiben.

Es besteht nun kein Zweifel, daß die Feststellung des Heeres-Pearl Harbor-Ausschusses und des Marine-Untersuchungshofes eine ernste Gefahr für die Bewährung des Pearl Harbor-Geheimnisses darstellten. Die schwerste Kritik in diesen Gutachten richtete sich gegen führende Persönlichkeiten von Heer und Marine in Washington — die Generale Marshall und Gerow im Kriegsministerium und Admiral Stark im Marineministerium. Das rührte unmittelbar an die Person des Oberbefehlshabers, den Präsidenten Roosevelt selbst.

Nach den gesetzlichen Vorschriften für Heer und Marine liegt die weitere Behandlung der Ergebnisse derartiger Untersuchungen bei den Staatssekretären von Armee und Marine. Beide Ministerien reagierten in gleicher Weise und entschieden sich dafür, ihre endgültige Beurteilung der Untersuchungsergebnisse noch zurückzustellen und weitere Ermittlungen anzuordnen, um das vorliegende Beweismaterial noch zu ergänzen. So lautete die offizielle Begründung der beiden Ministerien für die Einsetzung der Clausen-Untersuchung im einen und der Hewitt-Untersuchung im andern Falle. Obwohl beide Untersuchungen zu weiten Reisen und Anhörung zahlreicher Zeugen Anlaß gaben, scheint es doch nicht, als ob eine von ihnen wesentlich Neues erbracht hätte. Was sie aber taten, war, daß sie eine grundlegende Berichtigung früherer Zeugenaussagen beibrachten, und diese späteren Versionen sind es dann gewesen, die dem Vereinigten Kongreßausschuß zur Beurteilung dienten.

Die Clausen-Untersuchung, vom 23. November 1944 bis zum 12. September 1945, wurde vom Kriegsministerium angeordnet, um die Feststellungen des Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß durch weitere Befragung von Zeugen zu vervollständigen, bis alle Einzelheiten der Pearl-Harbor-Katastrophe so weit wie möglich klargestellt wären, und bis die Vernehmung jedes Zeugen vorläge, der gegenständlich aussagen könne. Dies war also die Ein-Mann-Untersuchung, mit der Oberstleutnant Clausen beauftragt war.

Die Hewitt-Untersuchung, vom 14. Mai bis zum 11. Juli 1945, wurde vom Marineministerium befohlen mit der Aufgabe, die Vernehmungen soweit fort-

zusetzen, bis jeder Zeuge gehört wäre, der etwas zur Sache zu sagen habe, und jede Möglichkeit zu weiteren Feststellungen erschöpft wäre. Admiral Hewitt, unterstützt von einem juristischen Berater, führte diese Untersuchung durch.

Es war immer deutlich, daß beide Ministerien von den Ermittlungen und von dem Urteil der Ausschüsse, des Heeres-Pearl-Harbor-Ausschusses und des Marine-Untersuchungshofes, nicht befriedigt waren. Es wird gezeigt werden, daß die Befehle zu den genannten weiteren Untersuchungen davon ausgehen, daß die bisherigen Urteile sich auf ungenügendes Beweismaterial stützen.

Oberstleutnant Clausen führte seine Untersuchung ganz in Gestalt von eidesstattlichen Versicherungen. Dies war ein ausgezeichnetes Mittel, um Widersprüche in den Zeugenaussagen zu beseitigen oder doch zu mildern. Die Vorbereitung von Oberst Brattons Affidavit war ein bezeichnendes Beispiel hierfür. Dieser Zeuge hatte vor dem Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß drei Offiziere namentlich benannt, denen er in der Nacht des 6. Dezember 1941 Kopien der 13-teiligen Botschaft zur Aushändigung an die Generale Marshall, Gerow und Miles hinterlassen hätte. Diese drei Offiziere waren alle Generale, als sie vor Oberstleutnant Clausen ihre Aussage machten, und jeder von ihnen bestritt, in der fraglichen Nacht eine solche Meldung zur Auslieferung erhalten zu haben. Diese Aussagen wurden nun Oberst Bratton vorgehalten, ehe er die letzte Fassung seiner Erklärung niederschrieb. Diese wich denn auch völlig von seinen früheren Aussagen vor dem Heeresausschuß ab und bezeugte unmißverständlich das Gegenteil dieser ursprünglichen Bekundungen. Diese bei der Clausen-Untersuchung gemachte Aussage wurde später bei der Kongreßuntersuchung wiederholt.

Mehr noch: Oberst Bratton sagte vor diesem Ausschuß, daß Oberstleutnant Clausen ihn bei der Abfassung seiner eidesstattlichen Erklärung in keiner Weise beeinflußt habe. Immerhin muß die Konfrontierung eines Zeugen mit gewichtigen Gegenaussagen kurz vor der Abgabe seiner eigenen Erklärung das Vertrauen des Zeugen in sein eigenes Erinnerungsvermögen an vergangene Ereignisse schwächen, vor allem, wenn er bemüht ist, sich Rechenschaft abzulegen über Dinge, die über vier Jahre zurückliegen.

Wir haben im vorigen Kapitel die Zeugenaussagen über die Winde-Episode bei der Hewitt-Untersuchung erörtert. Es gibt aber noch einen weiteren Zwischenfall bei dieser Untersuchung, der besondere Beachtung verdient. Dem

Vizeadmiral Wilkinson wurden zwei Kopien japanischer Depeschen gezeigt mit der Frage, ob er diese bei früherer Gelegenheit gesehen habe. Er erwiderte, daß er die eine am Nachmittag des Sonnabend, 6. Dezember 1941, gesehen habe und weitere Teile der langen Botschaft, als diese am gleichen Nachmittage eintrafen. Ehe er fortfahren konnte, mischte sich der juristische Berater ein »Herr Admiral, bitte geben Sie eine genaue Bezeichnung dieser Depeschen für den Bericht«. Als der Zeuge darauf feststellte, daß es die Einführungsdepesche und Teile der 14-teiligen Botschaft gewesen seien, lenkte der Jurist die Befragung sofort in eine andere Richtung.

Warum unterließ es aber die Hewitt-Untersuchung klarzustellen, ob der damalige Direktor des Marine-Nachrichtenwesens an diesem schicksalhaften Sonnabendnachmittag dem Admiral Stark Teile der langen Botschaft vorgelegt hat? Der Untersuchende wußte doch, daß über Admiral Starks Verhalten an diesem Tage gar nichts ans Licht gekommen war, während seine Instruktion dahin lautete, daß jede Möglichkeit zur Aufklärung ausgeschöpft werden solle.

Sechs Monate später bezeugte dann der Vizeadmiral vor dem Kongreßausschuß, daß er am Sonnabend, den 6. Dezember, nichts von der langen Botschaft zu Gesicht bekommen hätte, bis ihm um 11 Uhr abends die vorliegenden 13 Teile in seiner Wohnung überbracht wurden.

Als Admiral Kimmel von der Einsetzung der Hewitt-Untersuchung Kenntnis bekam, beantragte er offiziell beim Marineministerium, daß ihm das Recht zugestanden würde, als interessierte Partei während der Vernehmungen mit seinem Rechtsanwalt anwesend zu sein und die Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen. *Dieser Antrag wurde abgelehnt.*

Gestützt auf das Verfahren vor dem Marine-Untersuchungshof sowie auf das durch Admiral Hewitt beigebrachte Beweismaterial gab der Staatssekretär der Marine am 29. August 1945 folgende Entscheidung bekannt: »Mithin haben Admiral Husband E. Kimmel und Admiral Harold B. Stark namentlich in der Zeit vom 27. November bis zum 7. Dezember 1941 nicht die überlegene Urteilskraft an den Tag gelegt, die nötig ist, um ein Kommando auszuüben, das ihrem Range und den ihnen übertragenen Pflichten entspricht«.

Die Entscheidung behielt in Bezug auf Admiral Stark die Beurteilung des Marine-Untersuchungshofes bei, stieß aber das freisprechende Urteil über das Verhalten des Admirals Kimmel um. Vom Standpunkt des Rechts und seiner unparteiischen Handhabung aus ist es sehr bedauerlich, daß das Ministerium

dem Admiral Kimmel bei der Hewitt-Untersuchung die Rechte einer interessierten Partei verweigerte.

An diesem selben 29. August 1945 legte der Staatssekretär des Heeres den öffentlichen Bericht über die Untersuchungen des Heeres-Pearl-Untersuchungsausschusses, ergänzt durch das aus der Clausen-Untersuchung gewonnene Beweismaterial, vor. Die merkwürdigsten Ergebnisse dieses Berichts waren folgende:

Zu der Kritik des Heeres-Untersuchungsausschusses an General Marshall wegen seiner Versäumnisse gegenüber General Short wurde festgestellt, daß diese Kritik nicht gerechtfertigt gewesen sei, und gesagt, daß dieser Offizier »während der ganzen Angelegenheit mit der gewohnten Geschicklichkeit, Energie und Tüchtigkeit gehandelt habe«.

Zu der Feststellung, daß die Kriegsplanungsabteilung es versäumt habe, dem General Short genügende Informationen zukommen zu lassen, wurde an späterer Stelle des Berichts gesagt, daß diese und einige andere Fehler nicht hinreichende Bedeutung hätten, um daraus einen Vorwurf allgemeinen Versagens ableiten zu können bei einem Dienstzweige, der den schwersten Aufgaben mit großem Geschick gerecht geworden sei. Dieses anerkennende Urteil wurde allerdings stark eingeschränkt durch die anschließende Beurteilung. Diese pflichtete im wesentlichen, wenn auch nicht völlig, der Ansicht des Heeres-Untersuchungsausschusses über die Verantwortlichkeit und die Fehler der Kriegsplanungsabteilung bei.

In Bezug auf General Short wurde gesagt, daß ihm ausreichende Informationen gegeben wurde, um ihn zu warnen und zur Bereitstellung seines Kommandos für einen japanischen Angriff zu veranlassen. Da der General am 11. Januar 1942 seiner Stellung enthoben war, wurde diese Maßregelung als ausreichend angesehen.

Diese Entscheidung läßt von den vor dem 6. Dezember dem Kriegsministerium vorliegenden Magics nur die folgenden als solche gelten, die dem General Short hätten mitgeteilt werden müssen:

Die Tokio-Depesche, die einen Endtermin für den Abschluß der Verhandlungen mit Washington festsetzte;

Die Code-Vernichtungsdepeschen vom 1. und 2. Dezember; Die Honolulu-Meldungen über Schiffsbewegungen und Liegeplätze;

Die Sendung über die Einrichtung der Winde-Codes.

Dagegen wurde die Bedeutung der Honoluluberichte nach Tokio über die Verteilung der Schiffe im Hafen als belanglos bezeichnet angesichts der Tatsache, daß Berichte völlig ähnlicher (!) Art auch von anderen japanischen Konsulaten nach Tokio gegeben würden.

Die vitale Wichtigkeit der Depeschen vom 6. Dezember und vom Vormittage des 7. Dezember wird anerkannt und dazu betont, daß General Marshall keine davon zu Gesicht bekam, ehe er am Sonntag Vormittag in sein Büro kam und dann sofort entsprechende Anweisungen gab. Aber es wurde mit keinem Wort erwähnt, daß 11.25 Uhr eine merkwürdig späte Tageszeit war für einen Stabschef, der also in einer solchen Zeit höchster Spannung nicht früher für eine dringende Entscheidung zu haben war.

Dieses Vorgehen der zwei Staatssekretäre gab dem Geheimnis um Pearl Harbor erneut die Sicherheit, der es sich vier Jahre lang aufgrund der Feststellungen der Roberts-Kommission hatte erfreuen können. Der Bericht des Kriegsministeriums bestätigte von neuem, daß, soweit die Armee betroffen war, praktisch alles Verschulden für das Desaster bei General Short läge. Im Bereich der Marine war etwas an Boden verloren, indem ein Teil der Schuld dem Admiral Stark beigemessen wurde und nicht mehr ausschließlich dem Admiral Kimmel.

Die beiden Ministerien unternahmen aber noch einen weiteren Schritt, um das Geheimnis von Pearl Harbor zu sichern. Die Verhandlungen vor den beiden Ausschüssen, dem Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß und dem Marine-Untersuchungshof, wurden weiterhin als geheim behandelt und so der Öffentlichkeit vorenthalten. Daß für diese Maßnahme keinerlei militärische Begründung gegeben war, wird sofort klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß jeder japanische Widerstand mit dem 29. August 1945 aufgehört hatte und nur vier Tage später die förmliche Übergabe Japans an Bord des Schlachtschiffes »Missouri« in der Tokio-Bucht erfolgte, wofür alle Vorbereitungen schon getroffen waren.

Die Clarke-Untersuchung, vom 14.—16. September 1944 und vom 13. Juli bis zum 4. August 1945, wurde anfangs eingesetzt, um im Auftrage des Kriegsministeriums die Handhabung der ganz geheimen Verbindungen seitens der Heeres-Nachrichten-Abteilung in den Tagen vor dem Pearl-Harbor-Angriff zu untersuchen. Im Juli 1945 wurde die Untersuchung dann dahin erweitert, den Sachverhalt betreffs gewisser Zeugenaussagen bei der Hewitt-Untersuchung zu ermitteln, denen zufolge bestimmte Kopien aus den Geheim-

archiven des Kriegsministeriums auf Befehl General Marshalls vernichtet worden wären. Es konnte aber kein Beweismaterial beigebracht werden, daß sich ein Vorgang dieser Art damals abgespielt habe.

Der Vereinigte Kongreßausschuß, vom 15. November 1945 bis zum 31. Mai 1946, wurde gebildet aufgrund eines gemeinsamen Beschlusses beider Häuser des Kongresses zu dem Zweck, eine vollständige Untersuchung aller mit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor zusammenhängenden Ereignisse und Umstände vorzunehmen und dem Kongreß darüber Bericht zu erstatten mit allen Empfehlungen, die sich daraus ergeben würden. Dieses Gremium bestand aus 6 Demokraten und 4 Republikanern wie folgt:

Den Senatoren Barkley (D), George (D), Lukas (D), Brewster (R) und Ferguson (R) sowie den Repräsentanten Cooper (D), Clark (D), Murphy (D), Gearhart (R) und Keefe (R). Der juristische Stab bestand aus einem Generalanwalt und 3 Assistenten.

Die öffentliche Untersuchung wurde beschlossen, um dem allgemeinen Verlangen nach Kenntnis des vollen Tatbestandes bei diesem Desaster Rechnung zu tragen, weil die Ansicht weit verbreitet war, daß vieles daran verschwiegen würde. Es kann hinzugefügt werden, daß niemals ein Gerücht der Wahrheit näher gekommen ist.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß viele Mitglieder des Kongresses wußten oder stark argwöhnten, daß die wahrheitsgemäße Darstellung der Geschichte von Pearl Harbor unmittelbar den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, den Präsidenten Roosevelt, berühren würde. Die demokratische Mehrheit war sich darüber klar, daß das Bekanntwerden der Wahrheit den zukünftigen Aussichten der Partei sehr abträglich sein könnte. Somit richtete sich ihr Vorgehen darauf, die Wahrheit über die Pearl Harbor-Geschichte unter einem Wust von Beweismitteln zu begraben und so das Geheimnis für immer zu sichern.

Wenn diese Wahrheit trotzdem ans Licht gebracht werden konnte, so war das ganz gewiß nicht ein Fehler der befolgten Strategie, wie die folgenden Zahlen über die Verhandlungsakten des Vereinigten Kongreßausschusses beweisen:

11 Bände Beweisunterlagen,
10 Bände Schriftsätze,
17 Bände Vernehmungen aus früheren Untersuchungen,

1 Band Feststellungen und Beurteilungen der Roberts-Kommission, des Heeres-Pearl Harbor-Untersuchungsausschusses, des Marine-Untersuchungshofes und der Hewitt-Untersuchung.

1 Band Berichte des Vereinigten Kongreßausschusses und der Ansichten der Minderheit, bestehend aus den Senatoren Brewster und Ferguson.

Die Methode, mittels der die 17 Bände mit dem Beweismaterial aus früheren Pearl Harbor-Untersuchungen unter einem ungeheuren Wortschwall zugedeckt wurden, ist äußerst bezeichnend. Sie wurden am 7. Februar 1946 als Schriftsätze Nr. 143—149 herausgegeben, als die Vernehmungen vor dem Ausschuß schon über fast 3 Monate liefen. Und selbst dann waren diese Schriftsätze nicht eine vollständige Wiedergabe der Verfahren bei den früheren Untersuchungen, weil die Befunde und Beurteilungen darin fehlten. Diese wurden von dem gegenständlichen Inhalt abgetrennt und erscheinen später in Band 39 des Berichts über die Vernehmungen vor dem Vereinigten Ausschuß. Ihre Behandlung als Geheimsache konnte auf diese Weise aufrechterhalten bleiben bis nach der Beendigung der Kongreßuntersuchung, als der gesamte 40-bändige Bericht über die Zeugenvernehmungen für die Öffentlichkeit freigegeben wurde.

Jede Einzelheit dieses Vorgehens lief der anerkannten gesetzlichen Praxis zuwider. Bereits am zweiten Tage und so fortlaufend während der ganzen Vernehmungen durch den Vereinigten Ausschuß wurde bei der Befragung der Zeugen häufig auf das vorliegende Material aus früheren Untersuchungen zurückgegriffen. In jeder späteren Instanz müßte das gesamte Verfahren der vorhergehenden Untersuchung als vollständiger Schriftsatz fertig vorgelegt werden, bevor die erste Frage in Bezug auf den Inhalt dieses Berichts gestellt wird.

Sicher trug dieses Vorgehen viel zur Bewahrung des Pearl Harbor-Geheimnisses bei. Obgleich das Aussagematerial aus den vorhergehenden Untersuchungen jetzt nach dem 7. Februar 1946 keine Geheimsache mehr darstellte, als es nun endlich im Rahmen des Berichts der Öffentlichkeit zugänglich wurde, so wurde doch diese Tatsache wahrscheinlich der Öffentlichkeit nicht mehr bewußt, die längst das Interesse an diesem Verfahren verloren hatte. Die vom Marine-Untersuchungshof und dem Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß gewonnenen Ansichten hatten die ganze Last der Verantwortung für das Desaster den Armee- und Marinebehörden in Washington zugemessen und damit die Sache ungemütlich nahe an den obersten Befehlshaber herangerückt. Nachdem sie

nun geschickt verborgen gehalten waren, bis man sie in den 40-bändigen Bericht des Vereinigten Kongreßausschusses zur Ruhe bestatten konnte, ist es zweifelhaft, ob sie jemals auch nur flüchtige Beachtung der Öffentlichkeit gefunden haben.

Der juristische Stab wurde offensichtlich von den Wünschen der demokratischen Mehrheit dirigiert. Er protestierte kaum gegen zweckloses Zeugenmaterial, akzeptierte ohne Widerspruch offenkundig ausweichende Antworten und umging mit sorgsamer Gewandtheit jede unerwünschte Richtung bei den Zeugenaussagen, die dem sorgfältig gehüteten Geheimnis hätten gefährlich werden können.

Die republikanische Minderheit tat ihr Bestes, um die Wahrheit über die Pearl-Harbor- Katastrophe ans Licht zu bringen, hatte damit aber keinen Erfolg. Senator Ferguson betätigte sich vor allem bei den Kreuzverhören, erwies sich aber leider als wenig geschickt dabei. Er setzte eine Fragereihe noch lange fort, wenn es schon auf der Hand lag, daß sie zu nichts führen würde, versäumte aber seine besten Gelegenheiten. Repräsentant Keefe war der schärfste Fragesteller der Republikaner, führte aber kaum eine längere Befragung konsequent durch.

Die wichtigsten Mittel, die zur Wahrung des Geheimnisses angewendet wurden waren:

1. die Weigerung der Mehrheit des Vereinigten Kongreßausschusses, durch einen gesetzlichen Beschluß die Tagebucheintragungen des Staatssekretärs Stimson für den 4., 5. und 6. Dezember als dokumentarischen Beweis den Vernehmungen hinzuzufügen, wie das von Mitgliedern der Minderheit verlangt wurde;
2. der Öffentlichkeit den gesamten Inhalt der sogenannten »Weißes-Haus-Akte« beim Marineministerium für die Periode unmittelbar vor dem japanischen Angriff vorzuenthalten.

Staatssekretär Stimson hatte aus gesundheitlichen Gründen nicht als Zeuge vor dem Kongreßausschuß erscheinen können. Sein Zeugnis bestand daher aus zwei schriftlichen Aussagen an Eidesstatt nebst einem Anhang zu der ersten, der besonders ausgewählte Auszüge aus seinem Tagebuch erhielt. Vieles in seiner Aussage stützte sich augenscheinlich auf Eintragungen in diesem Tagebuch, und bei genauer Befolgung der gesetzlichen Vorschriften wäre es unerläßlich gewesen, das ganze Tagebuch dem Vernehmungsbericht als Anlage beizufügen. Die wiedergegebenen Aussagen zeigen, daß dieses Tagebuch

eine sehr vollständige Darstellung des Verhaltens und der Meinungen des Verfassers während der entscheidenden Periode vor dem Pearl Harbor-Angriff enthielt. Man ist berechtigt den Schluß zu ziehen, daß wenn alle Mitglieder des Vereinigten Ausschusses durch einen entsprechenden Antrag auf die gesetzliche Notwendigkeit hingewiesen worden wären, doch ein Beschuß hätte gefaßt werden müssen, das Tagebuch des Staatssekretärs unter das Beweismaterial der Untersuchung aufzunehmen.

Während der Pearl-Harbor-Periode ließ Präsident Roosevelt viele wichtige Botschaften durch die Nachrichtenmittel der Marine laufen. Diese Depeschen sind in der erwähnten »Weißes-Haus-Akte« des Marineministeriums enthalten und wurden als strengste Geheimsache behandelt. Diese Akte wurde also dem Vereinigten Kongreßausschuß nicht vorgelegt. Man kann sich da dem starken Verdacht nicht entziehen, daß von dem ganzen Pearl Harbor-Geheimnis herzlich wenig übrig geblieben wäre, wenn der Inhalt dieser Akte jemals an die Öffentlichkeit gelangt wäre.

Die meisten Offiziere, die damals Ende 1941 in Washington amtlich tätig waren, erwiesen sich als ideale Zeugen im Sinne der demokratischen Wünsche. Unter der gerissenen Verhandlungsführung des Generalanwalts floß ihre Rede glatt und oft endlos dahin. Unter republikanischem Kreuzverhör dagegen wurden ihre Antworten deutlich ausweichend, sobald die Fragen zu nahe an gefährliche Aufschlüsse herankamen.

Das große Hindernis für eine vollständige Aufdeckung der Pearl Harbor-Geschichte lag in dem Einfluß der langen vergangenen Zeit auf das Erinnerungsvermögen wichtiger Zeugen. In gewissen Fällen zeigte sich das in völliger Unfähigkeit, sich ein bestimmtes Ereignis in die Erinnerung zurückzurufen, manchmal sogar einer ganzen Folge von Ereignissen. In anderen Fällen erwiesen sich die Erinnerungen an Geschehnisse vor Pearl Harbor als völlig verschieden von denen, die bei früheren Anlässen zum Ausdruck gekommen waren.

Zum Glück betraf das Beweismaterial vor dem Vereinigten Kongreßausschuß nicht die Vorgänge hinter den Kulissen bei dem Pearl Harbor-Desaster. Die Verweigerung von Informationen an die Hawai-Kommandeure und die Gründe, die dafür im Zeugenstand angegeben wurden, geben immer noch den Schlüssel für das ganze Geheimnis. Das Folgende beschränkt sich aus diesem Grunde auf die Aussagen in Bezug auf diese verhängnisvolle Maßnahme und auf bestimmte Ereignisse, die erwähnt wurden.

Die Hervorhebung gewisser entscheidender Punkte ist notwendig zum Verständnis der hier folgenden Erörterung. Das von vielen Zeugen vorgebrachte Argument, daß Admiral Kimmel und General Short genügende Informationen erhalten hätten, um die tatsächliche Situation erkennen zu können, ist weder stichhaltig noch eine vernünftige Begründung für die Verweigerung. Der tatsächliche Sachverhalt widerlegt am besten diese Begründung. Wenn diese Kommandeure in Kenntnis der in Washington vorliegenden Magic-Nachrichten ihre Maßnahmen hätten treffen können, dann wäre eine Überraschung niemals möglich gewesen. Sie *wurden* aber überrascht. Das Verschweigen so entscheidender und zugleich authentischer Nachrichten gegenüber vor dem Feinde stehenden Befehlshabern war nichts als eine Verletzung fundamentaler Sätze der Kriegführung.

Zwei Gruppen in Washington, eine dem Heere und eine der Marine angehörend, bestehend aus hervorragend vorgebildeten und intelligenten Offizieren, jeder in seinem Dienstzweige voll bewährt, handelten hier gleichzeitig in Widerspruch zu den einfachsten Grundsätzen ihres Metiers, und zwar während einer ganz bestimmten kritischen Periode. Warum? In der Antwort auf diese Frage ist wieder die ganze Lösung des Rätsels von Pearl Harbor beschlossen.

Die direkte Befragung der Zeugen durch den Generalanwalt des Ausschusses versuchte niemals, diese Frage zu klären. Beim Kreuzverhör wurde zwar mehrfach versucht, die Aussagen näher an den Kernpunkt heranzuführen, jedoch blieb dies stets ohne Erfolg.

Im Zeugenstand sagten sowohl Admiral Stark als auch General Marshall aus, daß »Magic« Admiral Kimmel und General Short deshalb nicht übermittelt wurde, weil die Anzahl der entzifferten japanischen Depeschen so groß war, daß ihre Bekanntgabe die Kommandeure nur verwirrt hätte. Diese Behauptung hätte in aller Schärfe in Zweifel gezogen werden müssen. Die Alternative »Alles oder Nichts« stand gar nicht zur Erörterung. Nur die besonders aufschlußreichen Meldungen hätten übermittelt werden müssen. Die hierzu in Kapitel 4 und 5 getroffene Auswahl und dazu eine kurze Information über den Eingang der Kriegserklärung am Sonnabend und über die erwartete Depesche mit dem Übergabetermin wären völlig ausreichend gewesen. Das wäre aber im Durchschnitt noch nicht eine Depesche am Tage gewesen.

General Miles erzählte dem Ausschuß dagegen, Magic wäre aus dem Grunde nicht nach Hawai gegeben worden, weil möglicherweise die Japaner

auch ihrerseits die amerikanischen Codes entziffert haben konnten und so entdeckten, daß ihre eigenen Codes kompromittiert wären. Dieser Einwand hätte in zweifacher Richtung widerlegt werden können: Der überlegen sichere Marinecode hätte für Sendungen des Heeres benutzt werden können; andererseits hätte die Übermittlung durch Kurieroffizier unter Benutzung des zivilen Luftverkehrs vor sich gehen können.

Konteradmiral Turner gab an, er wäre der Meinung gewesen, daß auch Hawai Magic-Empfänger gewesen sei, und er wäre zu dieser Meinung gelangt durch Gespräche, die er mit Konteradmiral Noyes geführt hätte. Nun, da Admiral Turner ja gerade für die Übermittlung der Magics an alle überseeischen Kommandos von April 1941 an zuständig war, wußte er auch, daß die Hawaikommandeure auf diesem Wege während der Zeit von August bis zum 7. Dezember 1941 keine Magic-Depeschen aufgenommen und entziffert hätten, und Admiral Noyes wußte genau, daß die Basis Mitte Pazifik gar keine Einrichtungen dafür besaß. Es ist also unverständlich, daß er das nicht Admiral Turner klargemacht haben sollte, wenn er mit ihm über das Thema gesprochen hätte. Aber keiner der beiden Offiziere wurde gefragt, wie ein solches Mißverständnis möglich gewesen sein sollte.

Um noch einmal auf die Aussage des Generalmajors Miles zurückzukommen: Bei einer Gelegenheit wurde er gefragt, ob nicht die Depesche aus Tokio vom 24. September, die vom Konsulat in Honolulu laufende Berichte über die Liegeplätze der Schiffe im Hafen von Pearl Harbor einforderte, als ein Anzeichen für einen von den Japanern geplanten Luftangriff auf diese Schiffe hätte gewertet werden müssen. Seine Antwort lautete »nach dem Ereignis Ja«. Es handelte sich hier um einen sehr gefährlichen Augenblick für den General im Zeugenstand. Wenn er bedingt zugestimmt hätte, wären die dann unvermeidlichen Fragen notwendig zu einer großen Gefahr für die Bewahrung des Pearl Harbor-Geheimnisses geworden. Wenn aber eine solche Depesche einem militärisch geschulten Kopf nicht die Wahrscheinlichkeit eines geplanten Überraschungsangriffs auf Pearl Harbor erkennbar machte, dann haben die menschlichen Fähigkeiten zu logischer Folgerung sich erschöpft. Dann ist die Kunst des Detektivs eine Sache der Vergangenheit geworden, dann haben militärische Nachrichtendienste ihre Berechtigung verloren.

Die Antwort des Generals hätte sofort die folgende Fragenfolge auslösen müssen: Zu welchem möglichen Zweck konnten solche Erkundungen dienen, wenn sie nicht als Unterlage für die Planung eines überraschenden Luftan-

griffs gedacht waren? Mußte nicht diese Depesche dem militärischen Nachrichtendienst sofort die Erinnerung an die Meldung des Botschafters Grew vom 24. Januar wachrufen, die von einem beabsichtigten Luftüberfall auf Pearl Harbor berichtet hatte? Hätten nicht die japanischen Seestreitkräfte hierbei gefährliche Schäden durch Angriffe der örtlichen Luftkräfte erwarten müssen, wenn das Überraschungsmoment nicht glückte? Würde dieses Risiko nicht erfordern, daß für den Hauptteil der eingesetzten Flugzeuge die Aussicht auf unversehrte Rückkehr gewahrt wurde, sodaß es schon aus diesem Grunde notwendig sein würde, den Angriff auf die allerwichtigsten Ziele, nämlich die Schlachtflotte zu beschränken? Kamen als solche wichtigsten Ziele nicht nur die Flotten in Hawai und Panama in Betracht? Mußte nicht für die Strategie eines Krieges im westlichen Pazifik die Dezimierung der amerikanischen Pazifikflotte ungleich wichtiger sein als etwaige Schäden am Panamakanal, sodaß sich also praktisch nur ein geeignetes Objekt für den japanischen Angriff bot — die Pazifikflotte?

General Marshall und Admiral Stark hatten im Zeugenstand keinerlei Erinnerung daran, was denn eigentlich am Nachmittag dieses Sonnabend, des 6. Dezember, vor sich gegangen war. Denn nichts konnte geeigneter sein, einer Enthüllung der wahren Pearl Harbor-Geschichte vorzubeugen. Als die Einführungsdepesche der japanischen Botschaft das Eintreffen der Antwort auf die amerikanische Note vom 26. November ankündigte und besagte, daß ein genau bestimmter Termin für die Übergabe der Antwort noch folgen würde, da vervollständigten diese Nachrichten im Verein mit den Magics der letzten Woche das Bild. Die kommende japanische Antwort konnte nur die Kriegserklärung sein, und ihre Übergabe würde entsprechend der bekannten japanischen Methode im gleichen Augenblick erfolgen wie der Angriff. Die einzig mögliche Reaktion des Oberbefehlshabers der Nation konnte deshalb nur sein, die leitenden Männer von Heer und Flotte zu einer letzten Besprechung zu berufen. Wenn das geschah, dann können wir nach den folgenden Ereignissen nur annehmen, daß der Präsident eindeutig befahl, daß vor Sonntag, 7. Dezember, kein Wort an die Hawai-Kommandeure herausgehen dürfe.

Es wurde später festgestellt, daß General Marshall an diesem Sonnabend Abend zuhause in seiner Wohnung war, und daß Admiral Stark das Theater besuchte. Aber keiner von beiden konnte sich vor dem Ausschuß daran erinnern.

Oberst Brattons letzte Aussage über die Auslieferung der Magics in der

Nacht des 6. Dezember widersprach völlig seiner früheren Darstellung. Vor dem Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß hatte er erklärt, daß er die Kopien der 13 Botschaftsteile den Offizieren vom Nachtdienst in den Büros der Generale Marshall, Gerow und Miles übergeben hätte. Bei der Clausen-Untersuchung und vor dem Vereinigten Kongreßausschuß sagte er dagegen, daß seine frühere Darstellung irrig gewesen sei und er in dieser Nacht nur im Auswärtigen Amt eine Kopie für Staatssekretär Hull übergeben habe.

In jedem Fall war dies eine klare Abweichung von der seit langem geübten Praxis für nächtliche Auslieferungen an die Generale Marshall und Gerow. Nach Maßgabe der Dringlichkeit wurden nämlich bei den Magic-Empfängern zwei Gruppen unterschieden: Einerseits diejenigen Empfänger, die ermächtigt waren, der Nachricht entsprechende Anordnungen zu treffen, andererseits diejenigen, die keine derartige Vollmacht besaßen. Weil es unnötig war, daß die Person dieser zweiten Kategorie die Meldungen noch in der Nacht erhielten, wurden nur dem Stabschef und dem Direktor der Kriegsplanungsabteilung alle wichtigen Depeschen immer so schnell wie möglich überbracht, bei Tage und bei Nacht.

Das Unterlassen der Überbringung der 13 Botschaftsteile an die Generale Marshall und Gerow in dieser entscheidenden Nacht des Sonnabend erscheint noch merkwürdiger, weil sie ja schon um 21 Uhr vorlagen und der Stabschef an diesem Abend in seiner Wohnung erreichbar war. Der Offizier vom Nachtdienst in General Gerows Büro wußte zweifellos, wo der General zu finden war, wenn er nicht sogar ebenfalls zuhause war. Das Erstaunlichste an der ganzen Geschichte war aber Oberst Brattons Erklärung dafür, daß er die Überbringung der beiden Meldungen in dieser Nacht unterließ: Er hätte es nicht für nötig gehalten, weil es sich ja doch nur »um eine weitere diplomatische Depesche handelte«. Und nicht minder erstaunlich war die Tatsache, daß diese unmögliche Erklärung vor dem Kongreßausschuß widerspruchslos hingenommen wurde. Jeder Rechtsanwalt, der nicht durch ausdrückliche Gegeninstruktion gebunden war, hätte sie ohne weiteres zerfetzen können. Warum die Republikaner das beim Kreuzverhör nicht fertigbrachten, wird immer ein Rätsel bleiben.

Oberst Brattons frühere Aussage und sein Wissen als höchst versierter Nachrichtenoffizier hätten ihm schwere Verlegenheiten bereitet, wenn er die folgenden Fragen hätte beantworten sollen:

»War ihm etwa die japanische Methode unbekannt, Kriege mit einem Über-

raschungsangriff zu eröffnen gleichzeitig mit der Überreichung der Kriegserklärung?

Hatte er nicht aus den japanischen Anweisungen zur Codevernichtung erfahren, daß der Krieg bevorstand?

Mußte er nicht, da er ja vor dem Heeres-Pearl Harbor-Ausschuß ausgesagt hatte, daß ein solcher Angriff schon für den 30. November als dem ersten Sonntage nach dem sogenannten Entscheidungstage erwartet worden war, nunmehr aus dem Eintreffen der langen Botschaft an diesem Sonnabend und weiterhin daraus, daß ein genau befristeter Übergabetermin angekündigt war, entnehmen, daß diese Botschaft eine Kriegserklärung sein mußte, deren Übergabe zeitlich mit dem Angriff zusammenfallen würde?

Wenn nicht, konnte er dann einen andern vernünftigen Grund für die genaue Festsetzung des Übergabetermins angeben?«

Was konnte denn diese Botschaft überhaupt anderes bedeuten als Krieg, wenn darin erklärt wurde, daß Amerikas Vorgehen Japans Existenz schlechthin bedrohe und es einer unmenschlichen Behandlung unterworfen habe, daß es die westliche Ausbeutung des Fernen Ostens nicht länger dulden könne, daß die Vereinigten Staaten einen Krieg gegen Japans zukünftige Verbündete, Deutschland und Italien, plane, und daß Japan zu der Überzeugung habe kommen müssen, daß weitere Verhandlungen nicht möglich seien? War seine Meinung von der geringen Wichtigkeit der 13 Botschaftsteile begründet oder beeinflußt durch Anweisungen der Generale Marshall und Gerow, sei es direkt, sei es durch einen Offizier des Stabes, daß beide Generale an einer Zustellung weiterer japanischer diplomatischer Depeschen in der kommenden Nacht nicht interessiert seien?

Wenn nicht eine Bejahung dieser letzten Frage die wirkliche Erklärung für den Entschluß Oberst Brattons wäre, die 13 Teile der Botschaft dem General Marshall bis zum Sonntag morgens vorzuenthalten, dann müßte sein Verhalten vom militärischen Standpunkt aus völlig unverständlich sein. Es ist ja nicht vorstellbar, daß ein Untergebener in den Stunden einer solchen Krise aus eigener Initiative auf den Gedanken käme, dem Stabschef für zwölf entscheidende Stunden oder länger die Kenntnis einer der wichtigsten Nachrichten in der amerikanischen Geschichte vorzuenthalten.

Kapitän z. See Kramer sagte aus, daß es ihm Sonnabend-Nacht, den 6. Dezember, nicht möglich gewesen wäre, Admiral Stark zu erreichen. Man hätte ihm darauf die folgenden Fragen stellen können und müssen, was aber

nicht geschah: Hat sich in der Wohnung des Admirals bei seinem Anruf jemand gemeldet? Wenn Ja, was unternahm er, um den Aufenthalt des Admirals zu erfahren? Welche Antwort bekam er?

Aus der Aussage des vorigen Zeugen vor dem Vereinigten Kongreßausschuß wissen wir, daß Admiral Stark an diesem Abend im Theater war und dem Hausbediensteten Name und Telefonnummer des Theaters schriftlich hinterlassen hatte, als er fortging. Wenn Kapitän Kramer diese Auskunft bekommen hätte, als er anrief, dann hätte er gewußt, daß er dem Admiral die 13 Teile der Botschaft gegen 23.30 Uhr übergeben konnte. Wir werden aber nie erfahren, welche Antwort er bekam oder ob überhaupt eine.

Obgleich Kapitänleutnant Kramer dem Admiral Turner in dieser Nacht kein Exemplar der Botschaft überbrachte, bekam dieser doch eins zu Gesicht und erfuhr, daß Konteradmiral Ingersoll und Kapitän z. See Wilkinson sie ebenfalls gesehen hatten. Dazu sagte nun Admiral Turner vor dem Vereinigten Kongreßausschuß aus, daß nach seiner Meinung die Auslieferung der Botschaft an diese beiden Offiziere ihn von der Verantwortlichkeit befreit hätte, seinerseits etwas zu unternehmen. Es ist mehr als merkwürdig, daß er zu dieser eigentlichen Aussage nicht näher befragt wurde. Seit April 1941 war er der einzige Offizier unter Admiral Stark, der ermächtigt war, Nachrichten solcher Art den überseeischen Flottenkommandos bekanntzugeben. Man hätte deshalb doch erwarten müssen, daß die Befragung sich sofort um volle Aufklärung bemüht hätte, mit welcher Begründung er sich von seiner persönlichen Pflicht entbunden fühlte, Admiral Kimmel davon zu unterrichten, daß Washington Kenntnis von der japanischen Kriegserklärung bekommen hätte. Darauf kam aber niemand bei der Vernehmung des Admirals Turner.

Während das vollständige Unvermögen Admirals Starks wie auch General Marshalls, sich an irgendwelche Ereignisse an diesem Sonnabend zu erinnern, es unmöglich machte, von diesen Zeugen irgendwelche Aussagen darüber zu erhalten, *gehört die Unterlassung genauer Befragung über die Beweggründe für ihr überraschendes Verhalten am Sonntag-Morgen zu den interessantesten Punkten der ganzen Kongreßuntersuchung.*

Obgleich der Admiral natürlich genau vertraut war mit der japanischen Methode, Kriege zu eröffnen, weigerte er sich an diesem Vormittage zweimal, dem Rat seiner untergebenen Offiziere entsprechend Admiral Kimmel in Kenntnis zu setzen, daß Washington die japanische Kriegserklärung erhalten hätte und der Zeitpunkt der Übergabe an die amerikanische Regierung und

damit die wahrscheinliche Stunde des Angriffs bereits kannte, hielt er an seiner ablehnenden Entscheidung fest. In dieser Situation konnte keine der vorhergehenden Erklärungen des Admirals für die Vorenthaltung der Magic-Nachrichten gegenüber Hawai mehr gelten. Er wußte, daß der Kriegsausbruch keine drei Stunden mehr entfernt war, als er es zum letzten Mal ablehnte, Admiral Kimmel in Kenntnis zu setzen.

Entsprechend der Aussage Oberst Brattons über die Zustellung der Einführungsdepesche an General Marshall wußte dieser um 15 Uhr am Sonnabend, daß die japanische Antwort auf die amerikanische Note vom 26. November 1941 nunmehr zu erwarten war und ihre Überreichung zu einem genau festgesetzten Zeitpunkt erfolgen würde. Wenn er sich jetzt nach drei oder vier Jahren dieser Tatsache im Zeugenstand nicht mehr erinnern konnte, hätte und den Zeitpunkt der Übergabe an die amerikanische Regierung und *so konnte er sie doch damals über Nacht ganz gewiß nicht vergessen.* Das hätte es ihm zur unbedingten Pflicht gemacht, am Sonntag-Morgen zu früher Stunde in seinem Büro zu erscheinen, nicht aber erst um 11,25 Uhr, wie er es tat. Da er obendrein die lange erwartete 13-teilige Botschaft am Sonnabend nicht mehr zu Gesicht bekommen hatte, wurde seine frühzeitige Anwesenheit im Amt erst recht notwendig. Aber auch wenn man alles außer Acht läßt, was sich am Sonnabend ereignete, so hätte schon die kritische Gestaltung der amerikanisch-japanischen Beziehungen gefordert, daß der Stabschef des Heeres sich am Sonntag so früh wie möglich Kenntnis von der weiteren Entwicklung der Dinge während dieser Nacht verschaffte.

Es steht also fest, daß beide, Admiral Stark und General Marshall, es am Morgen des Sonntag, des 7. Dezember 1941, unterließen, ihren verantwortlichenPflichten auf höchstem Posten nachzukommen. Warum? Alle ihre militärische Erziehung und Erfahrung hätte von ihnen ein genau entgegengesetztes Handeln gefordert. Es bleibt also als einzig mögliche Antwort, daß sie unter ausdrücklichem Befehl des Präsidenten Roosevelt handelten, vor dem Mittag dieses Tages keine Nachricht nach Hawai gelangen zu lassen. Allerdings unterschied sich die Art, in der sie dem Befehl Folge leisteten: Admiral Stark nahm die japanischen Nachrichten zur Kenntnis und weigerte sich einfach, irgend etwas zu veranlassen; General Marshall wählte einen geschickten Weg, indem er es zu vermeiden wußte, von den Meldungen Kenntnis zu bekommen, bis die Zeit des befohlenen Schweigens vorüber war.

Wieder einmal ist hier die unzweifelhafte Lösung des ganzen Pearl Har-

bor-Problems gegeben. Jeder versierte Rechtsanwalt von Erfahrung hätte diese beiden Offiziere im Zeugenstand einer erschöpfenden Befragung über ihr Verhalten an diesem Sonntag-Morgen unterworfen, wenn er zum Ziel gehabt hätte, die wirkliche Wahrheit über diese Angelegenheit herauszufinden. Einer derartigen Befragung wurde aber keiner dieser beiden Offiziere unterworfen.

Der Bericht des Vereinigten Kongreßausschusses und die Stellungnahme der aus den Senatoren Ferguson und Brewster bestehenden Minderheit umfassen 573 Druckseiten. Da die entscheidenden Beweise für die Aufhellung der wirklichen Pearl Harbor-Geschichte nunmehr ausreichend erörtert sind, würde es nur Zeitverschwendung sein, diese Beweise noch im Hinblick auf ihre Würdigung durch den Vereinigten Ausschuß zu betrachten. Dagegen ist ein kurzer Blick auf die Beurteilung durch die Mehrheit von Interesse, weil sie kennzeichnend sind für die Haltung der beiden Gruppen des Ausschusses.

Nebenbei sei erwähnt, daß das Gutachten der Mehrheit eine Reihe von Empfehlungen enthielt, die angebliche Mängel unserer militärischen und maritimen Einrichtungen betrafen, wie sie nach Ansicht der Mehrheit durch die Untersuchung zutage gebracht wären. Die meisten dieser Empfehlungen erledigen sich, wenn die entscheidende Rolle anerkannt wird, die der Präsident Roosevelt bei dem ganzen Verhalten der Heeres- und Marinestellen während der Pearl Harbor-Periode gespielt hat.

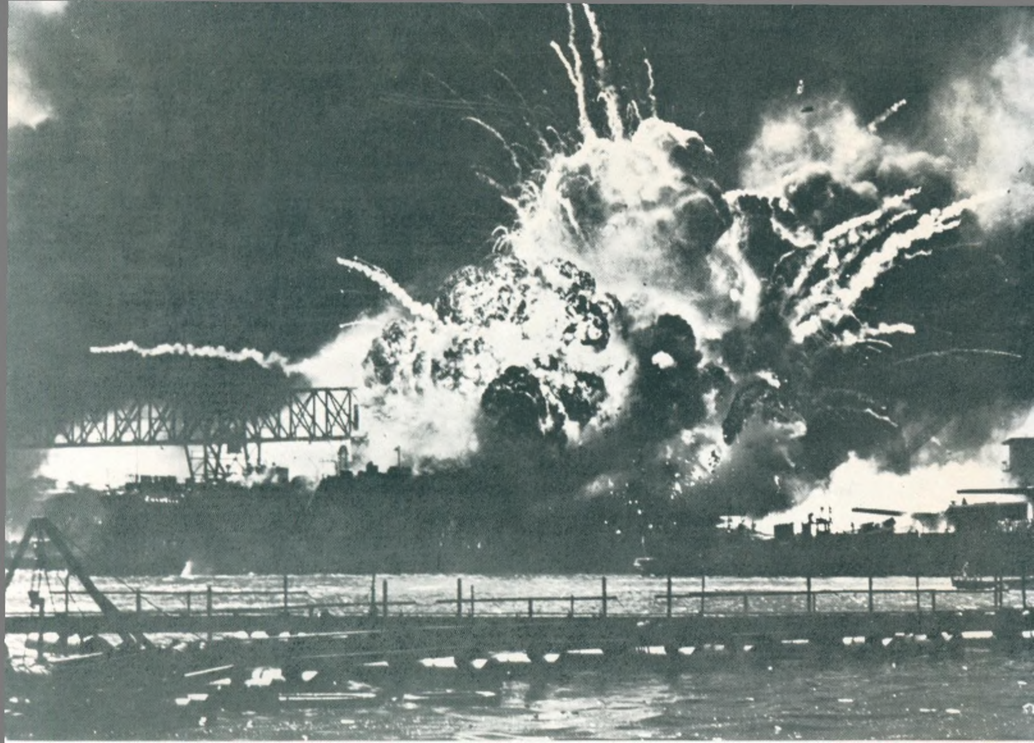
Die Beschlüsse der Mehrheit waren in kurzer Wiedergabe folgende:

1. Der Überfall auf Pearl Harbor war ein *unprovozierter* Angriff Japans.
2. Der Überfall war sorgfältig geplant und wurde geschickt durchgeführt von weit stärkeren Kräften, als man von seiten Japans für möglich gehalten hatte bei einer einzelnen taktischen Unternehmung über eine so große Entfernung und bei den gegebenen Umständen.
3. Die Politik und die Handlungen der Vereinigten Staaten gaben keinen berechtigten Anlaß für den Angriff.
4. Der Ausschuß hat keinen Anlaß dafür gefunden, daß der Präsident und die Staatssekretäre für Heer und Marine irgend etwas unternommen hätten, um Japan zu seinem Angriff herauszufordern, zu reizen oder zu zwingen, um auf diesem Wege den Kongreß leichter zu einer Kriegserklärung zu veranlassen.
5. Der Präsident, der Staatssekretär des Äußern und andere hohe Beamte machten alle Anstrengungen, um den Krieg mit Japan zu vermeiden.
6. Die Katastrophe wurde möglich durch die Versäumnisse von Heer und

Flotte, Maßnahmen zur Aufklärung gegen im Anmarsch befindliche Kräfte des Gegners zu treffen und so eine der drohenden Kriegsgefahr entsprechende Bereitschaft sicherzustellen und von allen Mitteln Gebrauch machen zu können, um den japanischen Angriff zurückzuschlagen.

7. Der japanische Angriff überraschte tatsächlich Jeden, trotz der Tatsache, daß: den Offizieren in Washington und Hawai die Gefahren eines Luftangriffs bewußt waren, die Möglichkeit eines solchen Angriffs auf Hawai erwogen wurde, mit bevorstehendem Kriegsausbruch allgemein gerechnet wurde.
8. Die Kommandeure in Haiwai versäumten es, die notwendigen Maßnahmen zu treffen entsprechend den Warnungen, die sie von Washington erhalten hatten, anderen Informationen, über die sie verfügten, und mangels richtiger Würdigung der Bedeutung gewisser Nachrichten, die ihnen übermittelt worden waren.
9. Die Irrtümer der Hawai-Kommandeure stellen sich als falsche Beurteilung, nicht als Pflichtverletzungen dar.
10. Die Kriegsplanungsabteilung des Kriegsministeriums handelte nicht entsprechend ihrer eigenen Verantwortlichkeit, als sie es unterließ, General Short darauf hinzuweisen, daß der von ihm angeordnete Sabotagealarm nicht der gegebenen Direktive entspräche.
11. Die Nachrichten- und Kriegsplanungsabteilungen des Kriegs- und des Marineministerium versäumten es: die Tokio-Honolulu-Depeschen über die Liegeplätze der Schiffe in Pearl Harbor in ihrer ernsten Bedeutung zu würdigen und diese Informationen den Hawai-Kommandeuren bekanntzugeben; sich darüber klar zuwerden, daß die Depesche mit dem Übergabetermin eine militärische Unternehmung der Japaner gegen 13 Uhr erwarten ließ, und allen überseeischen Pazifik-Kommandos entsprechende Nachricht zu geben, »wie General Marshall das sofort bei Erhalt der Depesche zu tun versuchte«.
12. Kriegs- und Marineministerium waren am 6. und 7. Dezember nicht in dem notwendigen Alarmzustande, den der unmittelbar bevorstehende Krieg erforderte.

Diese Formulierungen zeigen deutlich die Absichten, von denen die demokratische Mehrheit während der ganzen Untersuchung geleitet wurde, — *für immer jeden Verdacht abzubiegen, daß etwa Präsident Roosevelt und seine*



Durch die Wirkung der Torpedos und Bomben fliegen die Munitionskammern der Kriegsschiffe in die Luft. 4 500 amerikanische Offiziere und Soldaten wurden dem grausigen Spiel bewußt geopfert! Unten: Vergeblich versuchten die überrumpelten Amerikaner mit dem Sperrfeuer ihrer Flak dem tödlichen japanischen Angriff zu begegnen.





Stalin, Roosevelt und Churchill in Teheran. Amerikas Eintritt in den Krieg hat bereits seine Früchte getragen.

Demonstration gegen den englischen Politiker Duff Coper in New York.



zivilen Mitarbeiter in irgendwelcher Weise mit der Katastrophe von Pearl Harbor verknüpft wären.

Die Freisprechung der Staatssekretäre von Heer und Marine war allerdings gerechtfertigt. Sie berieten den Präsidenten laufend, aber die Entscheidungen traf er allein.

Die Beschlüsse 1, 2 und 3: Der japanische Angriff

Es besteht natürlich kein Zweifel, daß der japanische Überfall eine Angriffshandlung war. Ob aber der Angriff provoziert war, wird weiter unten erörtert werden im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit des Präsidenten Roosevelt. Es stimmt, daß der Angriff gut geplant und geschickt durchgeführt wurde. Aber kein Sachverständiger für Seekriegführung wird gelten lassen, daß die Stärke der Angriffskräfte größer gewesen sei, als man von Japan für eine derartige Operation hätte annehmen können. Das große Risiko des Unternehmens verlangte, daß bei erfolgreichem Verlauf der Überraschung auch große Erfolge erzielt würden, und dafür war der Einsatz starker Kräfte die Voraussetzung.

Die Fiktion eines unerwartet starken japanischen Einsatzes ist nichts als eine gesuchte Entschuldigung für die schweren Verluste der Flotte, gerichtet an die Adresse derer, die immer noch nicht überzeugt wären, daß den Präsidenten Roosevelt keine Verantwortung für den überraschenden japanischen Angriff träfe. Es ist dabei aber recht interessant, das *klare Zugeständnis* zur Kenntnis zu nehmen, *daß man auf amerikanischer Seite schon vor dem Angriff auf einen solchen gerechnet* hatte und gleich so positiv, daß man sich sogar über die vermutliche Stärke der Angriffskräfte Vorstellungen gemacht hatte. Wie will die demokratische Mehrheit das in Einklang bringen mit der Feststellung unter 7., wonach der Angriff tatsächlich jeden überrascht hätte?

Die Beschlüsse unter 4. und 5.: Präsident Roosevelt und der Kriegsausbruch

Hier wird uns erzählt, daß der Präsident nichts tat, um den Angriff herauszufordern, daß er im Gegenteil alles getan habe, um ihn abzuwenden. Die Beweise sind aber überwältigend, daß er sehr bewußt die Japaner zum Angriff anreizte (s.Kap. 2). Der Versuch, zusammen mit England und den Niederlanden ihr gesamtes Wirtschaftsleben abzudrosseln, sowie die Forderungen in der Note vom 26. November 1941, daß Japan seine vollständige Niederlage in

China anerkennen und vor der Wirtschaftsblockade kapitulieren solle, nämlich durch Zurückziehung seiner Truppen aus Französisch-Indochina, waren denkbar drastische Schritte des Präsidenten Roosevelt, um den Krieg zu erzwingen. Während des Herbstes des Jahres 1941 waren Präsident Roosevelt und Mr. Churchill in ständiger Verbindung miteinander. In Neufundland verbrachten sie Anfang August Stunden in enger Beratung. Mit alleiniger Ausnahme des Herrn Harry Hopkins war während dieser Zeit wohl niemand genauer als Churchill vertraut mit Präsident Roosevelts Vorstellungen über den Krieg in Europa und die Möglichkeit eines Krieges mit Japan. Am 27. Januar 1942 erklärte aber der britische Premierminister vor dem Unterhause »im Laufe der Zeit sind die Vereinigten Staaten unter der Führung des Präsidenten Roosevelt aus Gründen ihrer eigenen Interessen und Sicherheit, aber auch aus ritterlicher Gesinnung für Freiheit und Demokratie immer näher an die Grenzen des Kampfes herangerückt ... Die mit der Atlantik-Konferenz, auf der ich die Dinge mit dem Präsidenten Roosevelt erörtert habe, erreichte Wahrscheinlichkeit, daß die Vereinigten Staaten, auch wenn sie nicht selbst angegriffen würden, in den Krieg im Fernen Osten eintreten und so den Sieg sichern würden, schien geeignet, unsere Sorgen teilweise zu mildern«.

Dieses Zeugnis des Mr. Churchill und unzählige andere Beweise widerlegen die Beschlüsse 4. und 5. dieses Mehrheitsberichts von Grund auf.

Die Beschlüsse 6. bis 12.: Die Kritiken an Heer und Marine

Wenn wirklich Präsident Roosevelt keinerlei Verantwortung für die Ereignisse um den Pearl Harbor-Angriff getroffen hätte, dann mußte natürlich aller Vorwurf für die offensichtlich gemachten Fehler auf Heer und Marine fallen. Da aber der Präsident als Oberbefehlshaber die uneingeschränkte Kontrolle der Gesamtlage ausübte, gehorchten Armee und Marine lediglich den gegebenen Befehlen,und die Hawai-Kommandeure waren die Opfer dieser Befehle. Eine weitere Erörterung dieser sieben Punkte würde deshalb zwecklos sein.

Die Feststellungen der Minderheitsgruppe, der Senatoren Ferguson und Brewster, kritisieren den Präsidenten Roosevelt, weil er es unterlassen habe, »schnelle und wirksame Maßnahmen zu treffen in der Nacht vom Sonnabend, den 6. Dezember, zum Sonntag, den 7. Dezember, sowie am Morgen des Sonntag«. Ihr allgemeines Urteil war wie folgt formuliert: »Daß es versäumt wurde, Pearl Harbor voll alarmiert und verteidigungsbereit zu halten, berührt

zwei voneinander unabhängige Verantwortlichkeiten: 1. Die Verantwortung der hohen Behörden in Washington; 2. die Verantwortung der Kommandeure vor dem Feinde für die Flotte und die Flottenstation«.

Die folgenden Personen wurden als schuldig der Verletzung ihrer Pflichten hinsichtlich Pearl Harbor erklärt: Präsident Roosevelt, Staatssekretär Stimson, Staatssekretär Knox, General Marshall, Admiral Stark, Generalmajor Gerow, Generalmajor Short, Konteradmiral Kimmel.

Auch an dieser Stelle können wir nur unsere ständig geäußerte Meinung wiederholen, daß bei voller Klarstellung der Rolle, die der Präsident Roosevelt bei der Pearl Harbor-Katastrophe gespielt hat, eine entscheidende Berichtigung der über die vorgenannten Beamten und Offiziere abgegebenen Urteile nötig wäre.

So endeten also die Vernehmungen vor dem Vereinigten Kongreßausschuß als letzter Akt in dem Versuch, das Geheimnis von Pearl Harbor zu bewahren.

Teil IV

Kapitel 13

Die Zusammenfassung der Folgerungen

Rückblick auf die amerikanischen Schachzüge, die den japanischen Angriff herbeiführten

Unsere entscheidende Schlußfolgerung ist, daß Präsident Roosevelt Japan durch unerbittlichen wirtschaftlichen und diplomatischen Druck zum Kriege zwang und es dazu verlockte, die Feindseligkeiten durch einen überraschenden Angriff zu eröffnen, indem er die Pazifikflotte in Hawai als Köder hinlegte.

Unsere Beweisführung (Kapitel 2) zeigt, wie zielbewußt der Präsident nach dem Juni 1940 auf den Krieg hinsteuerte. Seine Unterredung mit Admiral Richardson im Oktober 1940 beweist seine Überzeugung, daß es ohne einen Bestürzung erregenden Zwischenfall nicht möglich sein würde, den Kongreß zu einer Kriegserklärung zu bewegen.

Trotz des im Atlantik zwar ohne Erklärung, aber doch tatsächlich bestehenden Kriegszustandes während des zweiten Halbjahres 1941 wurde es doch offenbar, daß Deutschland *nicht die Absicht hatte, von sich aus einen offiziellen Krieg mit den Vereinigten Staaten hervorzurufen.* Der Dreierpakt vom September 1940 zeigte aber dem Präsidenten den erwünschten Weg, um sein Ziel zu erreichen. Denn nach diesem Vertrage bedeutete Krieg mit Japan zugleich Krieg mit Deutschland und Italien.

Die Höhepunkte des immer stärker ausgeübten Druckes auf Japan waren:

1. Die Verstärkung der finanziellen und militärischen Hilfe für China, gemeinsam mit Großbritannien und den Niederlanden, beginnend Anfang 1941;

2) Die Unterbindung aller Exporte von den Philippinen nach Japan durch Order vom 29. Mai 1941;

3. Die Blockierung der japanischen Guthaben und das vollständige Handelsverbot zwischen Japan einerseits und den Vereinigten Staaten, Großbritannien und den Niederlanden andererseits, am 25. Juli 1941;

4. Präsident Roosevelts scharfe politische Formulierung gegenüber dem Botschafter Nomura bei ihrer Besprechung am 17. August 1941;

5. der brüske Abbruch der Verhandlungen in Washington durch die Note vom 26. November 1941, der endlich den erwünschten Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten brachte, genau so wie es geplant war;

Daß der Angriff auf Pearl Harbor vom Präsidenten Roosevelt geplant und gewollt war, wird durch die folgende Aufzählung von Tatsachen belegt:

1. Präsident Roosevelt und seine militärischen und maritimen Ratgeber waren sich dessen voll bewußt, daß Japan ausnahmslos seine Kriege mit einem überraschenden Angriff eröffnete, der mit der Überreichung der Kriegserklärung zeitlich zusammenfiel;
2. im Oktober 1940 erklärte der Präsident, daß, wenn im Pazifik Krieg ausbräche, dieses durch eine Eröffnungshandlung Japans geschehen würde, die die Vereinigten Staaten in den Krieg verwickeln würde;
3. die Pazifikflotte wurde entgegen dem ausdrücklichen Rat der Marineleitung durch Befehl des Präsidenten in Hawai belassen mit der vorgeblichen Begründung, daß die Anwesenheit der Flotte dort die japanischen Angriffshandlungen im Fernen Osten in Schranken halten würde;
4. die Flotte in Hawai war weder stark genug noch in der erforderlichen strategischen Position, um Japans diplomatische Entschlüsse beeinflussen zu können. Das hätte nur durch Stationierung einer Flottenmacht von ausreichender Stärke in den ostasiatischen Gewässern geschehen können;
5. um mit der Flotte von Pearl Harbor aus auf größere Entfernung operieren zu können, hätte ihr Troß (Tanker, Versorgungs- und Werkstattschiffe) enorm verstärkt werden müssen. Das wäre aber den erfahrenen Japanern bzw. ihren Agenten in Hawai bestimmt nicht verborgen geblieben;
6. Präsident Roosevelt selbst gab den nicht mißzuverstehenden Beweis, daß er von einer Einwirkung der Anwesenheit der Pazifikflotte auf die japanischen diplomatischen Entschließungen herzlich wenig hielt, als er im März 1941 ihre weitere Schwächung der schon den Japanern unterlegenen Flotte guthieß durch Verlegung von 3 Schlachtschiffen, 1 Flugzeugträger, 4 leichten Kreuzern und 18 Zerstörern nach dem Atlantik. Es war dabei klar, daß dies von den japanischen Beobachtern in Hawai und der Panamakanalzone sofort bemerkt würde;
7. eine Dezimierung der Pazifikflotte war die einzige Überraschungsaktion, die den Japanern genügend große Erfolge versprach, um das Risiko

schwerer Verluste durch Angriff von Landflugzeugen aufzuwiegen, für den Fall, daß die Überraschung mißlingen sollte;

8. eine derartige Unternehmung gegen die in Hawai stationierte Flotte bot viel größere Erfolgsaussichten, besonders hinsichtlich des Überraschungsmoments und des viel geringeren Verlustrisikos als etwa ein Angriff auf die an der amerikanischen Westküste stationierten Flottenteile;
9. die Belassung der Flotte in Hawai, besonders in der nach dem März 1941 reduzierten Stärke, konnte nur einem Zweck dienen, der Einladung zu einem japanischen Überraschungsangriff;
10. Die Vorenthaltung der Kenntnis der wichtigen Magic-Depeschen gegenüber den Kommandeuren in Hawai war eine Vorbedingung für das Gelingen des Plans, einen japanischen Überfall auf die Flotte in Pearl Harbor anzuzetteln, weil Admiral Kimmel selbst noch am 6. Dezember das Abbrechen der Angriffsunternehmung hätte herbeiführen können, indem er die Flotte in See gehen ließ und sie so der Beobachtung von Land aus entzog.

Darstellung der Situation,
wie sie vor dem Angriff in Washington bekannt war:

Seit Beginn der Konferenz in Washington im November 1941 erhielten Präsident Roosevelt und seine Berater wiederholte Beweise (Kapitel 5) dafür, daß dies Japans letzter und kritischer Versuch war, die wirtschaftliche Abdrosselung mit friedlichen Mitteln zu brechen.

Während dieser ganzen Unterhandlungen hatten die geheimen japanischen Depeschen von einem Entscheidungsdatum gesprochen, nach dessen erfolglosem Verstreichen »die Dinge automatisch ihren Lauf nehmen würden«.

Automatisch nach dem Abbruch so lebenswichtiger Verhandlungen eintretende Ereignisse konnten aber nur kriegerische Handlungen sein, ein klarer Beweis dafür, daß Japan die Absicht hatte, die Feindseligkeiten mit einem Überraschungsangriff zu eröffnen.

Die Tatsache, daß die Überraschung ein entscheidendes Merkmal der japanischen Pläne war, wurde in den Depeschen aus Tokio vom und nach dem 28. November sowie aus den telefonischen Instruktionen für die beiden Botschafter wiederholt zum Ausdruck gebracht, die darin angehalten wurden, weiterhin den Anschein von Verhandlungen aufrechtzuerhalten.

Jeder, der mit der japanischen Kriegsgeschichte vertraut ist, wußte, daß die ersten Kriegshandlungen Japans im Kriege gegen China 1894 und gegen Rußland 1904 Überraschungsangriffe gegen die Hauptseestreitkräfte dieser Staaten gewesen waren. Die einzige amerikanische Flotteneinheit im Pazifik, die das Risiko einer solchen Operation rechtfertigte, war die Flotte in Hawai.

Der Präsident und seine seemännischen Berater wußten am 9. Oktober aus der Tokio-Depesche nach Honolulu vom 24. September (Kapitel 4) sehr wohl, daß Japan einen plötzlichen Luftangriff auf Hawai und die amerikanische Flotte in Pearl Harbor beabsichtigten. Täglich erhielten sie weitere Beweise aus der Entschlüsselung bestimmter Depeschen in den Tagen vom 3. bis zum 6. Dezember, daß der geplante Angriff sehr bald vor sich gehen würde.

Am 26. November hatten die Empfänger von Magic durch die Tokio-Depesche vom 14. November nach Hongkong sichere Kenntnis davon, daß Japan Krieg mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien beabsichtigte, wenn die Washingtoner Verhandlungen scheitern sollten.

Die Tokio-Depesche vom 28. November an die Botschaft in Washington stellte endgültig fest, daß die japanische Regierung jede Möglichkeit für weitere Verhandlungen durch die amerikanische Note vom 26. November als abgeschnitten erachtete.

Die Depeschen Tokio-Berlin vom 30. November wiesen den japanischen Botschafter in Berlin an, Hitler und Ribbentrop dahin zu informieren, daß der Krieg zwischen Japan und den angelsächsischen Mächten schneller kommen würde, als irgend jemand erwartete.

Die japanische Anweisung zur Codevernichtung vom 1. und 2. Dezember (Kapitel 6) bedeuteten, daß der Krieg unmittelbar bevorstand.

Mit der Zustellung der Einführungsdepesche um 15.00 Uhr am Sonnabend, den 6. Dezember, war das Bild für den Präsidenten Roosevelt und alle anderen Empfänger von Magic in Washington und in Manila nunmehr vollständig. Sie besagte, daß die Antwort auf die amerikanische Note an die Botschaft unterwegs wäre, daß sie sehr umfangreich wäre, und daß der Zeitpunkt der Übergabe an die amerikanische Regierung genau festgesetzt werden würde. Diese Terminbestimmung konnte keine andere Bedeutung haben, als daß die Antwort eine Kriegserklärung sein würde und gleichzeitig mit einem überraschend erfolgenden Angriff übergeben werden solle. Eine *andere Auslegung war nicht möglich.*

Der Empfang dieser endgültigen Bestätigung am Sonnabend entsprach ge-

nau der in beiden Ministerien gehegten Annahme, daß der japanische Angriff an einem Sonntag Morgen erfolgen würde. Sie ließ den 7. Dezember als diesen Sonntag erkennen. Alles das war mit voller Gewißheit um 15.00 Uhr Washingtoner Zeit am Sonnabend, also 21 Stunden vor Sonnenaufgang in Hawai, dem Präsidenten Roosevelt und General Marshall wie Admiral Stark bekannt.

Nach fundamentalen militärischen Begriffen mußten die durch die Einführungsdepesche erlangte Kenntnis und die sich daraus ergebenden unabweisbaren Folgerungen unverzüglich an Admiral Kimmel und General Short übermittelt werden. Es gab keinen militärischen Gesichtspunkt, der zu einer noch so geringen Verzögerung in der Übermittlung dieser Nachricht an diese beiden Offiziere berechtigt oder sie auch nur entschuldigt hätte. Es besteht auch nicht der geringste Zweifel, daß General Marshall und Admiral Stark so gehandelt haben würden, wenn sie nicht durch Befehle des Präsidenten Roosevelt daran gehindert gewesen wären. In der gegebenen Situation würde kein Offizier selbst von geringer Erfahrung bei freier Entscheidung anders gehandelt haben.

Die aggressiven Wendungen in den in Kapitel 9 auszugsweise gegebenen Abschnitten der 13 Botschaftsteile, die am selben Tage noch eingingen, waren nur eine zusätzliche Bestätigung für die Tatsache, daß es sich um eine Kriegserklärung handelte. Auch der 14. Teil, der am Sonntag früh folgte, konnte dem nichts mehr hinzufügen.

Die Übergabe der Botschaft um 13.00 Uhr in Washington, wie das die Termindepesche bestimmte, zeigte dann unmißverständlich, daß Pearl Harbor das Ziel des Überraschungsschlages sein würde. Das letzte Glied in einer lükkenlosen Beweiskette.

Es hätte kein Pearl Harbor gegeben, wenn nicht Magic den Hawai-Kommandeuren verschwiegen worden wäre

Der immer wiederkehrende Kernpunkt der Pearl Harbor-Geschichte war die ständige Vorenthaltung oder besser Verweigerung der vorliegenden Nachrichten gegenüber den Befehlsstellen in Hawai. Hätten Kriegs- und Marineministerium unbehindert nach den Gesetzen der Kriegskunst verfahren können, ohne durch Befehle gebunden zu sein, dann hätten die genannten Offiziere allermindestens die folgenden Informationen bekommen müssen:

Die Tokio-Honolulu-Depeschen über die genauen Liegeplätze im Hafen von Pearl Harbor und im Zusammenhang damit einen Hinweis auf die ständig geübte japanische Praxis, Kriege mit einem überraschenden Angriff auf

die Hauptseestreitkräfte des Gegners zu eröffnen; die Depeschen zur Washingtoner Konferenz und über die Festsetzung eines Stichtages, nach dem »die Dinge ihren Lauf nehmen würden«, dies als Beweis dafür, daß dies Japans letzter Wunsch zu friedlicher Lösung der mit den Vereinigten Staaten bestehenden Streitpunkte war und zugleich die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs deutlich machte; die Tokio-Hongkong-Depesche vom 14. November, mit der Japan seine Absicht aussprach, zum Kriege mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien zu schreiten, wenn die Verhandlungen in Washington scheitern würden; die Depesche Tokio-Washington vom 28. November, in der ausgesprochen wurde, daß Japan die Verhandlungen durch die amerikanische Note vom 26. November als beendet ansah; schließlich die Einführungsdepesche vom 6. Dezember, die besagte, daß die Kriegserklärung unterwegs wäre und für ihre Überreichung an die Regierung der Vereinigten Staaten ein genauer Termin gegeben werden würde, ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Übergabe gleichzeitig mit einem überraschenden Angriff erfolgen würde.

Spätestens am 28. November hätten Kriegs- und Marineministerium die Hawai-Kommandeure anweisen müssen, den gemeinsamen Heeres- und Marine-Küstenverteidigungsplan in Kraft zu setzen, und ein einheitliches Kommando anordnen müssen. Die Marineleitung hätte die Mobilisierung der Marinestation Hawai verfügen müssen.

Am 28. November hätte der Chef der Seekriegsleitung Befehl erteilen müssen, die »Enterprise« von der Wake-Unternehmung zurückzurufen, und etwas später hätte sie die geplante Entsendung der »Lexington« nach Midway widerrufen müssen. Wie schon so oft betont, ist nicht ein Wort all dieser notwendigen Benachrichtigungen nach Hawai gegangen und keiner der eben genannten Befehle erteilt worden.

General Marshall zeigte Voraussicht, aber Admiral Stark ließ die Katze aus dem Sack

Alles, was sich in Washington am Sonnabend und Sonntag, den 6. und 7. Dezember, zutrug, stützt die Annahme, daß Präsident Roosevelt angeordnet hatte, es dürfe vor Sonntag Mittag Washingtoner Zeit keinerlei Nachricht nach Hawai gegeben werden.

General Marshall war sich augenscheinlich darüber im klaren, daß es spä-

ter im Zeugenstand sehr schwierig sein würde, die schwere Unterlassung zu vertreten, nicht der Kriegserklärung und ihrer befristeten Übergabe entsprechend gehandelt zu haben, denn eine Untersuchung der Ereignisse dieser Tage mußte in späterer Zeit unausbleiblich sein. Aus dieser Überlegung resultiert ohne Zweifel sein Ausweichen vor der Entgegennahme der auf die Einführungsdepesche folgenden Meldungen bis endlich um 11.25 Uhr am Sonntag Morgen. Anderenfalls wäre er fraglos an diesem Schicksalstage um 8.00 Uhr in seinem Büro gewesen.

Admiral Stark dagegen erschien um 9,25 Uhr am Sonntag im Amt, wo ihm sofort die ganze Meldung mit der Kriegserklärung vorgelegt wurde. Und nun weigerte er sich entgegen dem dringenden Rat seiner Mitarbeiter, Admiral Kimmel entsprechend zu benachrichtigen. 40 Minuten später wußte er auch, daß die vollständige 14-teilige Botschaft um 13 Uhr Washingtoner Zeit der amerikanischen Regierung übergeben werden würde. Sofort wurde ihm auch vorgehalten, daß dieser Termin für Hawai 7.30 Uhr früh bedeutete. Und wieder weigerte sich der Admiral gegen den drängenden Rat seiner Untergebenen, Admiral Kimmel in Kenntnis zu setzen.

Noch niemals in der Geschichte ist es vorgekommen, daß einem Oberbefehlshaber vor dem Feinde die Kenntnis davon verweigert wurde, daß das Land sich in wenigen Stunden im Kriege befinden würde und alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß kurz nach Sonnenaufgang ein überraschender Angriff auf seine Streitkräfte erfolgen würde. Niemals würde ein Seeoffizier aus eigenem Entschluß eine so verhängnisvolle Entscheidung treffen, wie Admiral Stark es hier tat. Diese einfache Wahrheit und Admiral Starks Entscheidungen an diesem Sonntag Morgen hätten auch ohne die Fülle vorhergehender Beweise die eine Grundtatsache der Pearl Harbor-Geschichte offenbart, nämlich, daß alle diese Nachrichten von elementarer Wichtigkeit für die Kommandoführung Admiral Kimmels nicht gegeben wurden, weil der Admiral Stark direkten Befehl des Präsidenten hatte, der ihm das untersagte.

Diese Schlußfolgerung wird ja auch voll bestätigt durch die im August 1945 für die Presse abgegebene Erklärung des Admirals, daß alles, was er vor Pearl Harbor tat und nicht tat, auf höheren Befehl geschah, was nur heißen konnte, auf Befehl des Präsidenten Roosevelt. Das Schwerwiegendste dabei war die Nichtunterrichtung des Admirals Kimmel.

Die Strategie des Präsidenten Roosevelt erreicht ihren Zweck

Auf diese Weise, indem er nämlich eine geschwächte Flotte in Hawai als Köder beließ, dabei aber dem Chef dieser Flotte jede Information vorenthielt, die ihn befähigt hätte, den Angriff abzuweisen, brachte Präsident Roosevelt es fertig, Amerika am 7. Dezember 1941 in den Krieg zu manövrieren. Er konnte dabei eine gutgläubig entrüstete und wachgerüttelte Nation in den Kampf führen, weil niemand auf den Gedanken kam, daß dieser japanische Angriff genau dem Plan des eigenen Präsidenten entsprach und entsprang. So katastrophal der Pearl Harbor-Angriff vom maritimen Standpunkt aus erscheint, so erwies er sich doch als eine diplomatische Vorarbeit zu der vollständigen Niederlage der Achsenmächte.

Eine ethisch-sittliche Beurteilung der Handlungsweise des Präsidenten erübrigt sich an dieser Stelle, weil sowieso jeder Leser sich sein eigenes Urteil bilden wird über den ganzen Fragenkomplex, den die durch den Präsidenten Roosevelt durchgeführte Lösung des Problems aufgeworfen hat.

Schlußwort des Übersetzers

Wenn es hier dem Übersetzer gestattet sein mag, ein Wort beizufügen, das dem Verfasser selbst aus Loyalität versagt gewesen sein wird, so sei ausgesprochen, daß es für uns Deutsche, die an keine Rücksicht gegen einen Präsidenten Roosevelt gebunden sind, nur eins geben kann: Die bedingungslose Verurteilung eines Schurkenstreichs.

Dabei dürfen wir uns fragen, was denn diesen Präsidenten zu seinem die Grenzen menschlichen Anstandes überschreitenden Haß gegen Deutschland trieb, das gerade ihm und seinem Lande nichts getan hatte, so wenig wie im Ersten Weltkriege.

Weiterhin dürfen wir fragen, woher ein Mann, der selbst in skrupelloser Weise einen *intellektuellen Angriffskrieg* gegen Deutschland — denn darum ging es, wie das Buch zeigt — angezettelt hatte, die moralische Legitimation nahm, Andere vor Gericht zu stellen, von deren Schuld er sich nur durch das Maß seiner Heuchelei unterschied.

Schließlich entsteht die Frage, welche Art von Demokratie diesen Mann berechtigte, sein Land selbstherrlich und gegen den Willen seines Volkes in einen Weltkrieg zu treiben.

Für den Übersetzer als früheren Seeoffizier ist es besonders bedrückend zu sehen, wie neben einzelnen tadellosen Charakteren sich gewissenlose Juristen und hohe Offiziere des Heeres und der Marine dazu hergaben, sei es durch Advokatenkniffe, sei es durch falsche Aussagen oder Verschweigen der Wahrheit, zu der Gemeinheit beizutragen, die schuldlose Kameraden zu Sündenböcken für Roosevelts Vorgehen machte, wohlverstanden als längst jede Rücksicht auf die Kriegführung entfallen war.

Bei der eminenten Wichtigkeit, die eine richtige Einschätzung unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten hat, muß gesagt werden, daß es sich hier nicht um einen bestürzenden Einzelfall handelt, sondern daß hier ein Wesensmerkmal vor allem der amerikanischen Politik vorliegt. Durch manche Beispiele aus der Geschichte wäre das zu belegen. Hier sei nur an die Bemerkung des Verfassers erinnert über das Vorgehen des Präsidenten Lincoln zur

Herbeiführung des Sezessionskrieges (S. 5 des Originals, S. 9 des Manuskripts). Besonders zeigt sich dieser Zug im Verhalten des Vereinigten Kongreßausschusses mit seiner demokratischen Mehrheit, die sich aus parteipolitischem Interesse zum Werkzeug der Diffamierung verdienter Männer machen ließ, die Schuldigen aber deckte.

Möge dieses Buch Gutgläubigen die Augen darüber öffnen, welche Einflüsse unter dem Deckmantel schöner Worte den Lauf der Geschichte bestimmen. Möge es lehren, unsere Richtlinien in den Interessen unseres eigenen Volkes zu finden, statt unser Schicksal bedingungslos in fremde Hand zu legen trotz aller bitteren Erfahrungen, die wir mit Bündnissen und Nibelungentreue haben machen müssen.

Im Januar 1961 (Gerhard Paschen)

Theobald Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor